

# Wormwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.00 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Belegungs-  
 Liste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Verschickt täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 2. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die Landarbeiter-Bewegung in Galizien.

Krakau, 31. Juli. (Fig. Ver.)

Man kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, mit welchem Entzweien die Schlagschneiderei in Galizien über die armen Landarbeiter hergefallen ist. Die Großgrundbesitzer-Klasse ist durch die Feldarbeiter-Bewegung an der empfindlichsten Stelle getroffen worden. Die unbefruchtete Herrschaft der Feudalherren, die seit Jahren jedem Ansturm der Opposition getrotzt hat, droht durch die Landarbeiter-Bewegung in die Brüche zu gehen. Daher der verzweifelte Ruf nach Polizei, Gendarmen und Militär, nach Ausnahmestellung und Bauerntum.

Es braucht auch kaum gesagt zu werden, daß die Behörden diesen Ruf ein williges Ohr schenken. Der Ausnahmezustand ist noch nicht offiziell proklamiert worden; tatsächlich existiert er schon lange, obwohl die Streikenden in allen Bezirken sich ruhig verhalten. Was da in einem konstitutionellen Rechtsstaate vorgehen kann, erzählt Genosse Semen Witz! im Krakauer Parteiorgan „Naprzod“:

„Der die Gegenden, wo der Streik ausgebrochen ist, besucht hat, der mußte sich über die feierliche Stille und Ruhe in den Dörfern wundern. Man konnte denken: Es sei ein großer und wichtiger Feiertag. Keine Streikigkeiten, keine Russkspiele! Die Wirtschaftshäuser sind ganz leer. Von Dorf zu Dorf geht nur ein Ruf: Haltet fest zusammen und bleibt ruhig! Diese ernste und dumpfe Ruhe ist es, die den Schlaf der Großgrundbesitzer stört. Und wahrlich, es fällt den Landarbeitern sehr schwer, ruhig Blut zu bewahren angesichts der unerhörten Drangsalierungen. Die Gendarmen brechen wie Diebe in die Hütten ein, schlagen die Leute in Ketten und treiben sie meilenweit zu Fuß ins Gefängnis. Es genügt, wenn zwei oder drei Leute zusammensitzen und über etwas sprechen; flugs sind die Gendarmen zur Stelle und treiben die Sprechenden auseinander, oder arretieren sie, wegen Abhaltung einer unerlaubten Versammlung unter freiem Himmel“. Wehe, wenn ein Bauer einem Gendarmen etwas dreinredet; er wird sofort wegen Störung der Ruhe und Ordnung oder ähnlicher Dinge angefaßt. Es genügt, wenn die Bauern eines Dorfes ein anderes Dorf über den Streik benachrichtigen, um wegen Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit arretiert zu werden.

Ein Gendarm, welcher mich ins Gefängnis begleitet hat, sagte mir ganz offen: „Ich würde, bei Gott, bei dem geringsten Widerstand schießen. Schauen Sie, wie laufen herum und hegen uns ab, wie Hunde, und die Kerle sitzen in ihren Hütten und lächeln uns an.“

Was einem socialdemokratischen Agitator passieren kann, wenn er ins Streikgebiet sich begibt, erfahren wir auch von Gen. Witz!:

„Ich kam Sonntag nach Trembowla. Schon seit Ternopol sind mir zwei Gendarmen auf Schritt und Tritt gefolgt. Von den Bauern aufgefordert, fuhr ich nach dem Gute Wladykowsk, um einen Ausgleich zu Stande zu bringen. Ich kam in das Schloß der Gräfin Los, um Verhandlungen anzuknüpfen. In ihrer Abwesenheit empfing mich ihr Schwiegerohn Graf Wolkowski; wir einigten uns über die Bedingungen und ich ging hinaus, um mit den 5 Mitgliedern des Streikkomitees die Sache zu besprechen. Raum hatten wir zu sprechen begonnen, als Gendarmen hinzukamen und mit dem Ruf: im Namen des Cefares! die Komiteemitglieder von mir vertrieben. Es halfen keine Vorstellungen, selbst nicht die des Grafen Wolkowski; die Gendarmen blieben standhaft und beriefen sich auf den Befehl, keine Versammlungen zu dulden. . . Im Falle Angehörigen drohten sie mit Waffengewalt.“

Von hier fuhr ich nach Janow, zum Dr. med. Brlinski. Wie ich nur sein Haus betrat, umzingelten das ganze Gebäude Soldaten der Jägertruppe mit aufgespannten Bajonetten. Am Eingang postierten sich zwanzig Gendarmen.

Ich verließ das Haus und fuhr nach Kopychace, — hinter mir zwei Schutzeinheiten in Uniform. Unterdessen langte ein Haftbefehl gegen mich von der Bezirkshauptmannschaft ein; ich wurde verhaftet und nach Husiatyn gebracht. Ein Bezirkskommissar namens Wroski (derselbe, welcher vor einigen Jahren einen Abgeordneten verhaften ließ) fragte nach meinen Papieren und fand die Legitimation als Mitarbeiter des „Naprzod“ ungenügend. Man schickte mich ins Gerichtsgefängnis. Weder der Richter des Gerichts, noch der Untersuchungsrichter wußte etwas über die Gründe meiner Verhaftung und entschuldigten sich freundlich wegen dieser Unwissenheit. . . Spät bei Nacht wurde ich freigelassen und von Gendarmen nach Ternopol eskortiert, — von dort zwangsweise nach Lemberg. Der Gendarmenregimentschef hielt an mich eine Ansprache, welche sich in die Drohung auflöste, daß alle Agitatoren unbedingt arretiert sein werden. Das geschah mit mir; wie wird da erst gegen die armen Bauern vorgegangen?“

Als Beantwortung dieser Frage diene ein Stimmungsbild aus Czortkow:

Am 30. Juli wurden um 8 Uhr abends 100 streikende Bauern aus umliegenden Dörfern nach Czortkow unter starker Eskorte von Gendarmen und Militär herbeigeführt. Man trieb sie in Ketten zu Wozaren und führte sie in den Hof des Gerichtsgeländes, wo man sie zwei Stunden warten ließ. Endlich kam der Staatsanwalt aus Ternopol und begann die „Vorausforschung“. Von Bauern wird das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit und noch mehrere andre Verbrechen vorgeworfen.

Die Arrestierten verlangten Teinwasser, da sie einige Meilen in der Hitze zu Fuß marschiert waren. Man gewährte ihnen diese Bitte lange nicht. Als eine Frau Wasser gebracht hatte, wurde sie

von den Gendarmen weggejagt. Unter den Arrestanten waren ältere Leute, von denen einige in Ohnmacht gefallen sind. In später Nachtstunde wurden endlich alle in die Kavalleriekaserne gebracht und dann ins Gefängnis nach Ternopol, da das Czortkower Gefängnis von Streikenden überfüllt ist. . .

Dieß man diese Berichte, die noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, so muß man unwillkürlich an die Bauernkriege zur Zeit des Chmelnyzki zurückdenken, an jene Zeiten, die der Herrscher der polnischen Krone, Heinrich Siemkiewicz, in seinem Roman „Mit Feuer und Schwert“ beschrieben hat.

Daß die Telegraphenbureaus unverkündete Lügen verbreiten, um die Öffentlichkeit gegen die mißhandelten Landarbeiter aufzubringen, haben wir schon gestern erwähnt.

Ein Beispiel dieser tendenziösen Berichterstattung giebt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“. Das Korrespondenzbureau hatte berichtet, daß in Wormalice Gendarmen auf streikende Bauern schossen und fünf Bauern verletzten. Das Korrespondenzbureau sucht diese Schüsse damit zu begründen, daß ein Gendarm, der fremde Arbeiter zur Arbeit führte, mit einem Fingerring am Kopfe so schwer getroffen wurde, daß er betäubt zu Boden fiel. Das entspricht jedoch nicht den Thatfachen. Die russische Zeitung „Dilo“ giebt von den Vorgängen folgende Darstellung: Die Grundbesitzer brachten aus Linnacz und Peczegizhu Streikbrecher nach Jaleszeggli. Als man in Wormalice, einer Gemeinde des Bezirkes Jaleszeggli, erfuhr, daß Streikbrecher herankommen, sammelten sich zahlreiche Bauern an. Bald darauf kamen einige Fuhrer mit Huzulen, von Gendarmen eskortiert. Die versammelten Bauern verhielten sich ganz ruhig; sie rebeten nur den Huzulen zu, ihnen doch nicht zu Schaden und noch Hause zurückzugehen. Nun kamen Gendarmen und Soldaten herbei. Während aber die Soldaten sich ganz ruhig verhielten, gingen die Gendarmen gleich mit aufgeschlängelten Bajonetten gegen die Bauern los, schlugen sie mit den Gewehrkolben und hieben auf sie mit den Säbeln los. Vier Bauern fielen schwer verletzt zu Boden. In demselben Augenblicke ertönte das Kommando „Feuer!“, und es fielen vier Schüsse, zum Glück, ohne zu treffen.

In das Gebiet der gleichen böswilligen Berichterstattung gehört das folgende Telegramm: Da Agitatoren die Landbevölkerung zu weiteren Gewaltthätigkeiten aufreizten und denselben vorpiegelten, daß die Gemeindevorstände ein kaiserliches Handbreviet erhalten hätten, in welchem zum sofortigen Beginn des Aufstandes aufgefordert wird, haben, wie die Blätter melden, die russischen Reichsrath- und Landtags-Abgeordneten an den Ministerpräsidenten, in Koerber ein Telegramm gerichtet, in welchem er gebeten wird, in das Streikgebiet Beamte mitpolnischer Nationalität zu entsenden und dieselben mit außerordentlichen Vollmachten auszustatten.

Welche furchtbaren gesundheitlichen Zustände in diesem reinen Agrarstaat unter der Herrschaft des Großgrundbesitzes herrschen, darüber giebt die amtliche Statistik Auskunft. Von allen österrösischen Ländern hat Galizien die höchste Sterblichkeit.

So erkrankten an Blattern im Jahre 1898 6000 Personen, in ganz Oesterreich außer der Bukowina nur 20 Personen. Für das Jahr 1899 sind 5723 Erkrankungen in Galizien (2396 in den andern Ländern der Monarchie) zu verzeichnen. Es starben 1898 in Galizien an den Blattern 1228, im Jahre 1899 1037 Personen! Während an Scharlach in Galizien 1898 nicht weniger als 22 625 Personen erkrankten, wovon 5421, 1899 noch 19 428, wovon 4622 starben, erkrankten in den andern Kronländern jährlich im Durchschnitt 7500 Personen. An Malaria wurden in Galizien 1898 47 802, 1899 38 517 Personen krank, von denen 3961 und 2796 Personen starben. Auch die Diphtherie fordert viele Opfer; 1898 endeten in Galizien 2399 Erkrankungen in 891 Fällen, 1899 1629 Erkrankungen in 631 Fällen mit dem Tode. Eine wahre Geißel ist der Unterleibstypus mit 7302 Erkrankungen und 888 Todesfällen im Jahre 1898 und 6042 Erkrankungen und 703 Todesfällen im Jahre 1899. Von 4147 Erkrankungen an Flecktyphus in der ganzen Monarchie entfielen im Jahre 1898 allein 3981 auf Galizien, von 362 Todesfällen 346. Für das Jahr 1899 lauten die entsprechenden Zahlen für ganz Oesterreich 6056, für Galizien 591 Erkrankungen, 505 bezw. 431 Todesfälle. 8484 Erkrankungen an Dysenterie in Galizien führten in 594 Fällen im Jahre 1898 zum Tode, im Jahre 1899 3010 Erkrankungen in 541 Fällen.

So sieht der geeignete Agrarstaat aus, der bekanntlich die Wiege der — Volkskraft sein soll! —

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 1. August.

#### Preussische Polizeidienste für den Jarismus.

Wäßer haben alle amtlichen preussischen Stellen geschwiegen zu den zahlreichen Mitteilungen über das intime Verhältnis zwischen preussischen Polizeibehörden und den Schergen Wäterschens. Weder hat man sich zu der im Prozeß Golde-Rorawski festgestellten Thatfache geäußert, daß ein preussischer Polizeispitzel einen Russen ans Messer geliefert hat. Noch ist man den Behauptungen konservativer Blätter entgegengetreten, wonach erst leghin wieder ein russischer Student ohne jeden Grund aus deutschem Boden verhaftet und seine Auslieferung entweder schon angeführt oder doch wenigstens geplant ist. Auch jene sechzigjährige Frau Angel aus Rimmerstall schwächelt, so viel wir wissen, noch immer in einem russischen Gefängnis, obwohl sie Preussin ist. Wenn irgend einem Deutschen, der sich in einem südpolarischen Kaufstaat amnähend angeführt hat, ein Paar gekrümmte Hände, dann schreit man nach verstärktem Schutz der „Deutschen im Ausland“ und möchte am liebsten gleich ein Kriegsschiff entsenden, um die Entschädigungssumme einzulassieren. Gegenüber den russischen Vergewaltigungen deutscher Staatsbürger aber duckt man sich, ja man fördert die wahrhaftigen Ausschreitungen des brutalsten Absolutismus gefegelter Gewalt.

Angefaßt dieses schematischen Stillstehens aller offiziellen Stellen zu den erwähnten skandalösen Nachrichten wirkt es geradezu erstickend, daß endlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Mund öffnet und eine „Berichtigung“ los läßt, aus der zu ersehen ist, daß man für solche Meldungen amtliches Interesse hat. Das Regierungsblatt schreibt heute an der Spitze:

„Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ (vom 18. Juni Nr. 189) hat der Arbeiterbund in Litauen und Polen bekannt gegeben, daß russische Gendarmen in russischer Uniform in der Begleitung eines deutschen Gendarmen in einer Reihe von Restaurationen und Einfahrten in Bajorhen bei Memel Hausdurchsuchungen vorgenommen und nach unerlaubten russischen Schriften gefahndet hätten. Diese Angaben des Arbeiterbundes sind unrichtig. Nach amtlicher Ermittlung haben in der betreffenden Zeit Hausdurchsuchungen in Bajorhen überhaupt nicht stattgefunden. Die Gastwirte in Bajorhen, die sämtlich über die angeblichen Vorgänge vernommen worden sind, haben angefangt, daß zwar russische Gendarmen wiederholt über die Grenze gekommen sind, aber nur Bier getrunken, kleinere Einkäufe gemacht oder für sie bestimmte Sachen abgeholt haben.“

Es dieser Berichtigung interessiert und nur im wesentlichen, daß man eine amtliche Untersuchung des von uns mitgeteilten Falles veranlaßt hat. Wir dürfen daraus schließen, daß, wenn in ähnlichen Fällen keine Berichtigung erfolgt, damit zugestanden wird, daß diese Deutschland vor der ganzen civilisierten Welt bloßstellenden Nachrichten in jedem Punkte so genau sind, daß nicht einmal ein Offizier eine Berichtigung zu dreheln im Stande ist.

Was die Berichtigung selbst anlangt, so wird der merkwürdige rege Grenzverkehr russischer Gendarmen bestätigt. Es wird auch angegeben, daß sie in den Gasthäusern „für sie bestimmte Sachen abgeholt haben“. Sollten sie nicht doch gerade die russischen Schriften als „für sie bestimmt“ angesehen haben und sollte diese „Abholung“ nicht die amtliche Verschönerung des peinlich klingenden Wortes „Hausdurchsuchung“ bedeuten? —

Rheinbaben ist auf — Urlaub, so wird berichtet, darum ist die geltende Regierungsmaschinerie zum Schweigen über den Fall Löhning verstummt.

Das ist ja ein unheimlicher Zustand. Der Minister braucht bloß auf Fernen zu geben, und alles ist totlos, völlig unwissend, zu keiner Auskunft fähig. Wenn sich nun aber in der Ferienzeit das Entsetzliche begehen sollte, daß wieder so ein hoher Mandarin eine Selbstweibsdotter heiraten will, ist dann niemand da, der das Verbrechen zu verhüten im Stande ist? —

Weiteres zur Germanisierung. Der „Volk-Zeitung“ wird aus Thorn geschrieben: In dem Thorer polnischen Gymnasium-Prozesse waren unter andern die drei Oberprimaner Leon Worowski, Franz Wejerski und Joly Widowski zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie hatten noch vor der öffentlichen Prozeßverhandlung ihr Abiturientenexamen bestanden. Sie hatten aber das Zeugnis der Reife nicht erhalten, weil damals schon gegen sie die Untersuchung wegen des Ehehindernisses im Gange war. Da sie auch an keinem andern Gymnasium in Deutschland wieder aufgenommen wurden, so begaben sie sich nach Lemberg und legten dort das Abiturientenexamen ab. Jetzt lehrten sie nach Hause zurück, um sich mit den Behörden betreffs Verabreichung der Gefängnisstrafen zu verständigen. Kaum hatten die drei jedoch die väterliche Schwelle überschritten, als sie von Gendarmen verhaftet und in das Kärzthaler Gefängnis gebracht wurden. Von dort wurden sie den Militärbehörden übergeben, um ihrer Militärpflicht zu genügen. Die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste wurde ihnen jedoch genommen und sie müssen zwei Jahre im Heere dienen.

Man glaubt in Anstand zu sein! Verkünder ist nur, daß man so viel Wert darauf legt, diese jungen Polen auf zwei Jahre ins Heer zu stecken. Man muß nicht fürchten, daß sie durch die einfache Thatfache ihres schuldblosen Maximums das ganze Regiment mit Abfährlichen Spiel in den Schmutz erlösen! Dieses System von Schneidigkeit, Gewalt und Strebertum muß zusammenbrechen. Der moralische Bankrott ist durch den Fall Löhning ohnehin herbeigeführt.

Eine abermalige Durchbrechung der Flottenvorlage läßt man schon für den nächsten Etat an. Die Marinelleferanten brauchen eben — angefaßt der schlechten wirtschaftlichen Lage — neue Aufträge. Es wird sich wohl um die vom Berliner Kruppblatt bereits sehr vernünftigen neuen Kanonenboote handeln, deren jedes „nur“ 1 1/2 Millionen kostet.

Die katolische „Germania“ verhält sich wie üblich zunächst spröde. Dochmut kommt aber allemal beim Centrum vor dem — Unfall.

Freistündige Volkswahner! Für die Reichstags-Erwahl in Pöschheim-Kulmbach haben sich die Freistündigen mit den Nationalliberalen auf einen Wahlausflug geeinigt, in dem es heißt:

„Zur Ernährung unserer gewaltig angewachsenen Bevölkerung bedürfen wir einer lebenskräftigen Landwirtschaft, eines erfolgreichen Handelsstandes und einer mächtigen Industrie. Die vereinten ungetrennlichen Interessen all dieser Berufsstände lassen sich nach unserer Ueberzeugung nur fördern durch den Abschluß langfristiger, wohlvorbereiteter Handelsverträge mit dem Auslande, aus dem wir die uns fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel beziehen und an welches wir unsere Ueberflus an Produkten abgeben müssen. Ein solcher Abschluß wird sich nach unserer Ueberzeugung vereinbaren lassen mit der derzeitigen Vorlage der Reichsregierung. Also: Schutz der deutschen Landwirtschaft vor der zunehmenden ausländischen Konkurrenz.“

Die Freistündigen haben sich also gegenüber der „Schablonentaktik“ der Socialdemokratie bereits bis zur — Regierungsvorlage durchgemauert. Die „Krenz-Zeitung“ findet dies Verhalten mit Recht „in hohem Grade anerkenntenswerth“.



**Der Königer-Ritualmord-Schwindel**, dieses beschämende Wahrzeichen preussischer Kulturzustände, hat jetzt sein Ende gefunden. Der Vater des ermoderten Winter hatte gegen eine Anzahl Juden Anzeige erstattet, weil sie seinen Sohn geschädigt hätten. Die Anzeige wurde von allen Instanzen, zuletzt auch vom Oberlandesgericht in Marienthal zurückgewiesen. Das Urteil beruht sich auf das Oberurteil der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinwesen vom 15. Januar 1892 und lautet in den Hauptstellen:

1. An dem p. Winter ist Erschickung verübt worden in einer Art und Weise, die notwendig den Tod zur Folge haben mußte.
2. Der an dem Halse vorgefundene und allein die vollständige Blutleere erklärende Halsschnitt ist mit größter Wahrscheinlichkeit nicht bei Lebzeiten, sondern unmittelbar nach dem Tode erfolgt.
3. Bezüglich der übrigen Verletzungen ist als feststehend anzunehmen, daß sie ebenfalls nicht bei Lebzeiten, sondern erst nach dem Tode, wenn auch nicht unmittelbar nachher ausgeführt sind.
4. Den Ausführungen des Medizinallotseins über die an den Kleidern des p. Winter vorgefundene Blut- und Spermaspuren wird beigetreten.

„It hiernach anzunehmen, daß der Tod des Winter infolge Erschickung eingetreten ist und daß die Schnitte, insbesondere der Halsschnitt, erst nach dem Tode ausgeführt worden sind, so verliert die Behauptung, Winter habe als ein Opfer des Aberglaubens den Verblutungstod erlitten, ihre tatsächliche Grundlage.“

Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat ja für die geschäftliche Ausbeutung des Königer-Ritualmordes in den Wälderreden Erfolg gefunden. Immerhin darf sie sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, darzutun, daß sowohl die Gerichte, wie die Sachverständigen einfach mit der ritualmörderischen Seite unter einer Decke steden. Der arischen Vorsicht halber mag sie den Dreschgrafen verantwortlich zeichnen lassen! —

### Russisches aus Kiel.

Der Kieler Student, der ein Opfer des „Simplicissimus“ geworden ist, wurde nicht nur relegiert, sondern auch auf einige Tage in den Karzer gesperrt.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über diesen akademischen Strafvollzug:

Recht eigenartig war die Behandlung, die man dem Inhaftierten zu teil werden ließ; sie unterscheidet sich insofern von der im Gefängnis üblichen. Ihm wurde jeder Verkehr, Besuch usw. unterzogen, zweimal am Tage, morgens und abends, wird sein Fenster unter Aufsicht geöffnet. Ein Erholungsgang, eine Bewegung außerhalb der Zelle ist ihm auch unter Begleitung nicht gestattet. Auch pekuniär ist die Carcer-Haft recht drückend, z. B. für Aufnahme in den Carcer 1,20, jede Nacht 0,60 M., Kaffee 0,40, Berechtigung eines natürlichen Bedürfnisses 0,10 M.!! usw.

Ein Student, der mit ihm durch ein kleines Jalousiefenster verkehrte, wurde heute morgen um 9 Uhr vor den Syndikus geladen. Er erlebte dabei folgendes: Während er zu Protokoll vernommen wurde, wollte er sich an eine Tischkante anlehnen, daraufhin wurde er angeheulert: „Stehen Sie gerade. Sie sind jung genug, Sie brauchen sich nicht anzulehnen. Benehmen Sie sich anständig. Sie sollten das doch gelernt haben.“ Zu diesem Tone ging die Protokollaufnahme vor sich. Als er sich beschwerte, daß sich der Bebell, der ihn angezeigt hatte, eines groben Unteroffizierstones bedient habe, wurde zu Protokoll entgegnet, „dazu sei er berechtigt“. Von dem Rektor erhielt dieser Student einen „scharfen Verweis“, obgleich er sich darauf berief, daß es allgemein an deutschen Universitäten zu den guten Sitten unter den Studierenden gehöre, mit dem Inhaftierten durch das Fenster zu verkehren und dies auch gebildet werde. Der Rektor versicherte den Studenten, daß er mit den „disziplinlosen Elementen gründlich aufräumen“ wolle. Es sind noch andre Studenten vorgeladen, die ebenfalls mit dem Inhaftierten durch das Fenster gesprochen haben sollen.

Diese Studenten werden ja beinahe so behandelt wie socialdemokratische Arbeiter oder Redacteure! Man könnte Kiel nach Ausland verlegen, wenn nicht darin eine Verleibung der russischen Professoren läge. In Russland sympathisiert ein großer Teil der Professoren mit den revolutionären Studenten. In Kiel übernehmen Professoren die Rolle der Kosaken, und zwar gegenüber harmlosen Leuten, die nichts weiter gethan haben, als den „Simplicissimus“ zu lieben. —

**Stuttgart, 31. Juli.** (Fig. Ver.) Die württembergische Regierung hat wieder, wie schon mitgeteilt, eine Maßregel getroffen, die den landwirtschaftlichen Arbeitern helfen soll, in Wirklichkeit aber nur eine sehr wertvolle Hilfe für die begehrteten größeren Landwirte birgt. Die Eisenbahnverwaltung versucht nämlich die Landflucht der Arbeiter durch Fahrpreiserhöhungen auszugleichen. Sie macht im „Staatsanzeiger“ bekannt, daß während der Monate August, September und Oktober versuchsweise für landwirtschaftliche Arbeiter eine Ermäßigung der Eisenbahnfahrpreise gewährt wird an Personen, welche zum Zweck des Aufsuchens von Arbeitsgelegenheit bei der Getreideernte, bei der Eimerung der Kartoffeln, Rüben und Cichorien usw. nach einer im württembergischen Staatsgebiet gelegenen Staatsbahnstation reisen. Die Ermäßigung besteht darin, daß einfache Personenfahrkarten III. Klasse beim Nachweis stattgehabter Beschäftigung als landwirtschaftlicher Arbeiter zu tagfreier Rückfahrt nach der Abgangstation bis spätestens 1. November berechtigen.

Der vor einigen Tagen in kurzem Auszug mitgeteilte Entwurf einer neuen Gemeinde-Ordnung, welcher die künftige Beseitigung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, für die Wahl der Stadtverordneten das Proportional-Wahlssystem und für die Aufsichtsbehörde den Bezirksrat, die Zugewinnung des Laienelements vorschlägt, ist jetzt offiziell erschienen. Als Nachschritt enthält er die Beseitigung der direkten Wahl des Gemeinderats.

Der Geschäftsbericht der süddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft stellt mit Behagen fest, daß der Durchschnitts-Jahreslohn des Arbeiterpersonals 1901 von 630 auf 642 M., also um 2 Proz. gestiegen sei. Seit 1885 sei eine Steigerung um 149 M. = 30 Proz. eingetreten. Und mit 643 M. soll ein Arbeiter ein ganzes Jahr lang seine Familie ernähren. Welch ein Tiefstand der Kultur! —

### Sohenzollernsche „Medallancen“.

Angesichts der Art, wie im „Fall Löning“, mit dem sich zur Zeit die ganze Presse beschäftigt, unsere Stützen der Gesellschaft, angefangen beim Minister Rheinbaben, bis herüber zum Oberpräsidenten und herab zu den letzten Kassen der preussischen Beamtenhierarchie, sich gerührt haben, um den preussischen Staat vor den schrecklichen Folgen der Medallancen des Wörsener Steuerdirektors Löning mit der Feldwebelstochter zu bewahren, dürfte diesen rasenden Mandarinen zur Abkühlung eine kleine historische Reminiscenz recht not thun.

Der Oberpräsident hat bekanntlich zu Steuerdirektor Löning gesagt: Sie können als Provinzial-Steuerdirektor nicht die Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten, ebenso wenig wie ein Oberst die Tochter eines Feldwebels heiraten kann. Betreffs Ihrer Verlobung haben Sie in Ihrer Stellung mit den bei uns nun einmal vorhandenen Anschauungen zu rechnen; Sie haben das nicht getan, Sie müssen deshalb die Konsequenzen Ihres Tuns tragen.“ Und der fittlich entriestete Abenueben verweist auf eben denselben Gründen den schweren Verbrecher in den Ruhestand.

Mit ihrer siedenden Entrüstung haben die Herren aber bloß bewiesen, daß ihr historisches Gedächtnis nur sehr schwach ist. Sie müßten sonst wissen, daß nicht bloß ein „Oberst“, sondern schon

sehr viel höher rangierende Leute, ja sogar regierende Fürsten „Feldwebelstochter“ mit ihrer unästhetischen Zuneigung beklüftet haben. Nur war dabei ein bedeutender Unterschied; die Preiner „Feldwebelstochter“ war anerkanntermaßen unbescholten; beim Verlehr jener hohen Herren mit „Feldwebelstöchtern“ war Bedingung, daß sie — bescholten sein müßten.

Wir denken dabei an jene München Ende, die man die „preussische Pompadour“ nannte. Zwar nicht direkt eine Feldwebelstochter, rangierte ihre Eltern doch auf jener Stufe, bei der sich Rheinbabens wohlfeilierte Haarlour sträubt, wenn er sich eine eheliche Verbindung seiner Oberbeamten mit „solchen Leuten“ vorstellt.

Fräulein München war die Tochter eines Berliner Regiments-trompeters Elias Ende. Auf sie fiel das Auge des Preussenkönigs Friedrich Wilhelm II., genannt „der dicke Wilhelm“, als er noch Kronprinz war. Er ließ sie auf seine Kosten ausbilden und verheiratete sie dann an seinen Kammerdiener Alex. Dieser Muttergatte mußte die Verpflichtung übernehmen, nie mit seiner Frau unter einem Dache zu wohnen und die Verpflichtung auch getrennt erfüllt. Desto eifriger sorgte der dicke Wilhelm als Prinz und später als König dafür, daß sich die Trompeterstochter nicht langweile. Er ließ ihr auch, bald nachdem er König geworden, in Charlottenburg ein Schloss bauen; ihrer Schwester, die mit dem schlesischen Grafen Raminala durchgebrannt war, verschaffte er einen Harem in v. Schönburg vom Regiment Armin als Gemahl; auch ihre Brüder kamen zu einträglichen Stellen. Die Kinder, die er mit der Trompeterstochter zeugte, machte er zu Grafen v. d. Mark. Sie selbst zu einer Gräfin Platenau. In ihrem Palais unter den Linden machte sie das glanzvollste Haus, einen förmlichen Nebenhof, vereinigte Staatsmänner, Diplomaten, Offiziere an ihrer Tafel und bei einer Festlichkeit mußte ihr sogar der Kronprinz die Hand küssen. Durch alle Höflichkeiten erhielt sie sich in der Gunst des Königs. Derweil beglückte dieser eine Mademoiselle Ninette, gewesenes Walschmädchen, Horst mit seiner Guld und verheiratete sie später sogar mit 10 000 Thaler Aussteuer. Er liebte ferner, neben obigen Damen in langer Reihe, mit deren einer, dem Fräulein v. Voh, er sich sogar in morganatischer Ehe vermählte, eine „ganz gewöhnliche“ Tänzerin vom Corps de Ballet mit dem plebejischen Namen Sänktin.

Auch von Friedrich dem Großen ist bekannt, daß er neben den vielen Hofdamen, die er anfangs mit seiner Gunst „beehrte“, auch eine italienische Tänzerin hatte, Signora Barberini. War doch überhaupt der „alte Fritz“ in Punkte Sittlichkeit von einer „Toleranz“, über die sich heute alle Verleider sträuben würden.

Es ist ein außerordentlich erheitender Anblick, angesichts dessen zu beobachten, wie sich heute die Stützen des preussischen Beamten-tums abmühen, sich vor der gesellschaftlichen Revolution zu bewahren, welche die Verheiratung eines Oberbeamten mit einer „Feldwebelstochter“ hervorruft. Früher war's anders, da bewarb man sich um die Gunst der Damen. Dafür aber ist die „Feldwebelstochter“ auch eine anständige Dame, jene aber waren königliche Mätressen, durch die man Karriere machen konnte. —

### Ausland.

#### Die Schwentung nach links.

London, 30. Juli. (Fig. Ver.) Das Resultat der parlamentarischen Nachwahl in Nord-Leeds bedeutet eine Abbröckelung der konservativen Partei. An Stelle des konservativen Abgeordneten B. L. Jackson, der zum Peer erhoben wurde, tritt der Liberale R. Barran. Noch bedeutungsvoller ist der Wechsel im Stimmungsverhältnis. Im Jahre 1900 entfielen auf den Konservativen 7512 Stimmen, auf den Liberalen 4995. Bei der gestern stattgefundenen Wahl legte der Liberale mit 7539 Stimmen.

Ein Mitglied kommt bekanntlich im allein. Zur selben Zeit erklärte Mr. C. Wason, der Abgeordnete für Orkney und Shetland, seinen Austritt aus der konservativen Partei, da er der Regierung in ihrem Militarismus, ihrer Schul- und irischen Politik nicht folgen könne.

Am 1. August wird Mr. Chadleton offiziell zum Vertreter für Clitheroe bestimmt.

Der Zug nach links ist deutlich genug. —

Ein Telegramm meldet: Auf einem Bankett der liberalen Vereinigung besprach Lord Rosebery die Wahl in Nord-Leeds und erklärte, seit Gladstones erster Wahl in Midlothian habe keine Wahl eine solche Bedeutung gehabt, wie die Wahl in Nord-Leeds. Das Aussehen der Regierung habe einen tödlichen Stoß erlitten. Nach Beendigung des Krieges beginne die Nation die frühere Haltung der Regierung zu unterziehen, die bisher nichts für die innere Befestigung gethan. Der Sieg in Leeds sei eine Folge des Zusammenschlusses der liberalen Kräfte in den Fragen des Getreidezollens und der Unterrichtsreform. Die liberale Partei hätte in den letzten Jahren unter dem Mangel an Zusammenhalt und an Sympathien für die imperialistischen Bestrebungen der Nation gelitten, sowie auch infolge ihrer unglücklichen Haltung bezüglich der irischen Frage. Die liberale Liga, der der neue Abgeordnete von Leeds angehöre, bilde den Mittelpunkt für die Vereinigung aller Liberalen.

London, 1. August. An Stelle des in den Parlamentsstand erhobenen Sir U. Kap-Shuttleworth (Liberal) wurde in Clitheroe (Lancaster) der Arbeiterkandidat Chadleton zum Mitglied des Unterhauses gewählt. —

### Frankreich.

**Ministerrat.** Im Ministerrat legte Ministerpräsident Combes die Lage der durch die Dekrete betroffenen kongreganistischen Niederlassungen dar, woraus sich ergab, daß von 6000 Niederlassungen die Hälfte von dem Vorgehen der Regierung nicht betroffen wird und daß die andre Hälfte der Aufzählung der Regierung entspricht hat außer 400, die erklärt haben, sie würden, um sich zu unterwerfen, die Schließungsdekrete abwarten. Die sie betreffenden Dekrete seien unterzeichnet worden. —

**Päpstlicher Einspruch.** Das „Echo de Paris“ meldet, der Papst habe an die französische Regierung ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die Maßregeln der Regierung bezüglich der Kongregationen Einspruch erhebt; der Text desselben werde nicht veröffentlicht werden, wenigstens für den Augenblick nicht, um nicht Anlaß zu Gegenmaßregeln von seiten der Regierung zu geben. —

**Das Gefändnis eines Bischofs.** Der Bischof von Périgueux, Delamare, hat im „Gaulois“ seiner Unzufriedenheit sowohl mit Combes als mit der Republik überhaupt Ausdruck gegeben. Dabei einschloßte ihm ein Gefändnis. Wenn wir, so sagte er, unsre Säulen nicht mehr öffnen, so werden wir dieselben in Wohlthätigkeits-Anstalten verwandeln und unsre Ordensbrüder und -Schwestern zurückrufen. So behalten wir unsre Köpfe, die, welcher Art auch immer ihr apostolisches Amt ist, als die wertvollste und unentbehrlichste Hilfe für die Kirche anzusehen sind.

Darans geht hervor, daß es den Merikalen durchaus nicht darum zu thun ist, Kinder zu unterrichten, sondern daß es sich für sie lediglich um die Erhaltung und Befestigung der kirchlichen Macht handelt. Geht dies nicht auf die eine Weise, so wird es auf eine andre gemacht.

### Belgien.

**Katholische Gewerkschaften.** Die Merikalen beginnen, sich mit der Gründung von Gewerkschaften auf „christlicher“ Grundlage zu beschäftigen. Bisher haben sie die freien Gewerkschaften verurteilt und verfolgt und der Interessensharmonie das Wort geredet. Sie sehen aber, daß ihnen die gläubigen Arbeiter unter zu werden beginnen; durch die Gewerkschaften wollen sie sich dieselben erhalten. —

### Spanien.

**Universitätsstand.** In der Universität zu Barcelona sind Betrügereien entdeckt worden. Mehrere Personen sollen falsche medicinische oder juristische Dokortdiplome erhalten haben. Der Rektor

der Universität wird eine Prüfung aller innerhalb der letzten 25 Jahre von der Universität verliehenen Titel verlangen. —

### England.

**Die Kolonialkonferenz.** von der ein Teil der Imperialisten die Erziehung eines englischen „Zollvereins“ erhofft, bezieht sich jetzt mit weit geringeren Zielen. Am Donnerstag fand wieder eine Sitzung statt; in derselben wurde über Patentschutz im ganzen Reich, über Fragen der Handelsflotte, Kabel, Telegraphen usw. verhandelt. Außerdem wurde beschlossen, aller vier Jahre derartige Zusammenkünfte der Premierminister der britischen Kolonialreiche abzuhalten. —

### Norwegen.

**Die Handelsstatistik für 1901.** Der Wert der gesamten Einfuhr Norwegens im Jahre 1901 wird auf 287 200 000 Kronen, der der Ausfuhr auf 185 100 000 Kronen angegeben. Die Einfuhr ist gegenüber dem vorhergehenden Jahre sowohl der Menge als auch dem Wert nach zurückgegangen. Ist aber größer als 1898 und in den früheren Jahren. Der gesamte Umsatzwert der Einfuhr und Ausfuhr zusammen war 31,3 Millionen, geringer als 1900 und 17,6 Millionen geringer als 1899, aber 12,8 Millionen Kronen größer als 1898. —

### Rußland.

**Unruhen in Saratow.** Aus Saratow wird berichtet: Die hiesige Gouvernementszeitung schreibt: Im Dorfe Chowanokhne des Serdobolser Kreises (Gouvernement Saratow) fanden infolge falscher Gerüchte über eine neue Regelung der Agrarverhältnisse Unruhen statt, wobei der Bezirksvorsteher und der Amtmann angegriffen und verwundet wurden. Durch das Eintreffen des Gouverneurs mit Militär wurde die Ruhe wieder hergestellt. — Im Dorfe Bladylino verlangten die Bauern von der dortigen Gutsherrscherin unter Drohungen die Unterschreibung eines Pachtkontrates. Auch hier wurde durch die Ankunft des Gouverneurs mit Militär die Ruhe wieder hergestellt. Die Anführer der Unruhen wurden verhaftet.

Diese Regierungsmeldungen sind natürlich tendenziös angefertigt. Es klingt aber in ihnen deutlich die wachsende Gärung unter der Landbevölkerung wieder, die man mit militärischer Brutalität niederzuhalten versucht. —

### Amerika.

**Eine Straßenrevolte in New York.** Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus New York vertrieben bei der Begründungsfest der Oberabbiviners Joseph 100 000 Juden zu der kleinen Synagoge in Henry Street, in der die Feier stattfand, Zutritt zu erhalten. Die Polizei war genötigt, einen Angriff zu machen, um die Straße für den Verkehr offen zu halten und es gab einen Tumult. Viele Personen wurden von den Anstößen der Polizei verletzt. Der Vorgang konnte kaum durch die Menge passieren, mit Hilfe der Polizei brachte man den Vorgang durch. Als der Vorgang bis vor Hoe's Druckerei in Grand Street gelangt war, wurde, wie dem „Egypce“ berichtet wird, von der Druckerei aus Wasser auf die Menge gegossen. Hunderte und Hunderte von Juden stürzten darauf die Druckerei und verwüsten das ganze Erdgeschloß. Die Angestellten der Druckerei verteidigten sich, hunderte wurden dabei verletzt und niedergeworfen. Die Polizeireserve mußte eindringen und die Ruhe wieder herstellen. Viele Personen wurden in das Hospital gebracht.

Die Firma Hoe drückte ihr Bedauern über den Vorfall aus. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus New York hatten die Arbeiter Hoe's einen Wasserfisch gegen die Juden gerichtet. Die Juden zerschmetterten darauf jede Fenster Scheibe in dem großen Gebäude. So lange man nur Schrauben, Blei und geölte Lampen auf die Juden geworfen hatte, war der Lanerzug ruhig weitergegangen, als aber der zweigöhlige Schland in Thätigkeit gesetzt wurde, begannen die Juden ihren Angriff. Auf beiden Seiten wurde auch mit Pistolen gefeuert. Männer mit blutenden Köpfen lagen auf der Straße umher. Ein gigantischer rothhäutiger Jude stieg die Stufen zur Druckerei hinauf und rief: „Ist dies das freie Amerika? das ist schlummer als Rußland.“ —

### Eisenzölle.

95. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 1. August.  
Zur Beratung verbunden werden die Positionen 796, Eisenbahn-Schiener, Schwellen, Laufen, Unterlagsplatten 250 M.; 797, Eisenbahn-Achsen zc. 3 M.; 820, Laufen und Schwellenschrauben, Spurplanken zc. roh 5 M., bearbeitet 12 M.; sowie 821, Eisenbahn-Puffer, Wagenbeschläge, Weichenstücke zc. 10 M.  
Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.  
Gothein beantragt zu 796 — 150 M. zu 797 — 2 M., zu 820 — 3 resp. 6 M., zu 821 — Eisenbahn-Puffer 3 M., andre Teile, roh: 5 M., bearbeitet: 8 M.

**Vernstein** beantragt die Anträge auf Zollfreiheit und meint, die Steigerung des heimischen Bedarfs sowie der Ausfuhr in Verbindung mit der hohen Technik Deutschlands mache jeden Zoll für Schienen überflüssig. Redner erörtert speziell die Preisverhältnisse, die die Politik des Schienenartells in besonderem Maße erscheinen ließen. Der Hauptabnehmer von Schienen sei der Staat. **Wie stehen die Regierungen zu dem Schienenartell?** — Diese Frage richtet Vernstein direkt an die verbündeten Regierungen, die darüber nähere Auskunft geben sollten. Eine Enquete von 1879 darüber, ob an das Ausland Schienen billiger verkauft wurden, ergab, daß dies der Fall ist; mehrere befragte Vertreter der Großindustrie bejahen dies. (Hört! hört!) Die „Königliche Volkszeitung“ besprach in diesem Jahre die Frage und dabei stellte sie heraus, daß **Schienen an das Ausland für 85 Mark, an das Inland für 115 Mark verkauft** wurden. Digen Vorkommnisse gegenüber solle um so mehr ins Gewicht, daß die hohen Zölle die zollpolitischen Verhandlungen mit ausländischen Regierungen erschweren. Man sagte, darüber dürfe nicht viel gesprochen werden, daß man verschiedene Zölle als Kompensationsobjekte betrachte. Aber das sei doch kein Geheimnis, das wenn die Welt. Der Schienenzoll könne kein Kompensationszoll sein, denn bei der bezeichneten Preisdifferenz habe das Inland, das in den letzten 11 Jahren rund 5 Millionen Tonnen Schienen im Werte von 600 Millionen verkauft habe, ca. 150 Millionen Mark an das Schienenartell zu viel zahlen müssen. Wie verlangen Auskunft, wie der Staat sich hierzu stellt, denn die ganze Verwaltungspolitik ist davon stark berührt. Auch die Landwirtschaft, die Schienen kauft, sei an dieser wichtigen Frage beteiligt. Specl. habe recht; wenn man den Kartellen hier nicht zu Leibe gehe, im Plenum werde das kaum geschehen. Ein Amerikaner, Mr. H. v. e. m. e. h. e. r, habe das Wort ausgeprochen: Die Mutter aller Kartelle ist die Zollpolitik. Romanen und Privatkonumenten, alle sind an dieser Zollfrage beteiligt, sie müssen die Preise zahlen, die das Kartell diktiert. Mit Schippels Buch glaube der Staatssekretär uns einen Schlag zu verfehlen. Aber Schippel sagt nur, daß es ein starrer Standpunkt sei, die Konumenten allein in Betracht zu ziehen; Konumenten und Produzenten, beide Teile müssen ins Auge gefaßt werden. Bei Schienen zc. falle ins Gewicht, daß alle diese Produkte für die verschiedensten Zwecke gebraucht werden und darum nicht veräußert werden dürfen. Schließlich müsse der, der die Eisenbahn benutzt, alles bezahlen. Die Zölle seien nicht bloß überflüssig, sondern schädlich, man müsse sie beseitigen.

**Müller-Sagan** beantragt zu 820 — 3 resp. 10 M. Zoll.  
**Graf Vosadovsky** geht auf das Schippelsche Buch sowie auf das parlamentarische Handbuch desselben ein, wo der Standpunkt beläpft wird, daß der Konsument allein in Betracht komme. Es gebe aus seinen Ausführungen hervor, daß auch die Produktion geschützt werden müsse. Man solle sich freuen, daß die Regierung die socialistische Litteratur studiere, er, Redner, wünsche nur, daß die Socialdemokraten auch die Litteratur anderer Parteien studieren.



**Gothein** erklärt, er stehe nicht bloß auf dem Konsumentenstandpunkt, aber Jolle auf Hochprodukte und Halbfabrikate schädigten die Produktion anderer Industrien. So weit er unterrichtet sei, habe der preussische Fiskus 120 M. nicht für Schienen gezahlt. (Graf Kanitz ruft: 118 M.) Redner geht dann auf die Produktionsverhältnisse der karteilerten Unternehmer ein, die die Konsumenten ausbeuteten. Bezüglich der Produkte unter 797 sei Deutschland so exportfähig, daß jede Zollserhöhung unvorteilhaft sei. Die Spezialisierung seiner Anträge zu 821 sei nötig, denn es seien mit den Häusern andere Teile zusammengeworfen, die andere Bedeutung hätten. Franken habe früher gesagt, Belgien produziere billiger als Deutschland, das sei aber nicht der Fall.

**Arndt** beantragt zu 796 — 2 M., zu 797 — 250 M.  
**Müller-Sagan** schließt sich in der Begründung seines Antrages den Ausführungen Gotheins an; wenn er über den Antrag Gotheins hinausgehe, so um den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten. **Arndt** meint, handelspolitische Gesichtspunkte lämen bei diesen Positionen nicht in Betracht, ebensowenig schutzzöllnerische Rücksichten, da angesichts der geringen Einfuhr und der entwickelten deutschen Produktion der niedrigere Smutzoll genüge. Wenn **S p a h n** seinen Gesetzentwurf über die Kartelle vorlegen werde, werde er sich denselben sehr genau ansehen. Man müsse das Gute zu behalten und das Schädliche auszuschreiben suchen. Der preussischen Regierung müsse eine Erleichterung gegenüber dem Schienenkartell ermöglicht werden, das bezwecke er mit seinem Antrage.

**Handelsminister Müller** ersucht, alle Ermäßigungsanträge abzulehnen, die keinen handelspolitischen Intentionen der Regierung, die keine Ursache habe, sich über die Kartelle zu beschweren und die in lautmännlich richtiger und tatsächlicher Weise der Regierung entgegengekommen seien. Redner hebt diese Jolle als besondere Kompensationsobjekte hervor und weist wieder auf die in Amerika zu erwartende wirtschaftliche Depression hin. Die Klären der Freihändler hätten keine Bedeutung. Wenn er, Redner, bei den nächsten Reichstagswahlen Bewerber um ein Mandat sein könnte, würde er mit Vergnügen in Arbeiterversammlungen gehen, um dort den Standpunkt **S p a h n** der nationalen Arbeit — vertreten zu können. Er sei überzeugt, seine Ausführungen würden den Arbeitern einleuchten, und der Standpunkt der Freihändler würde nicht gutgeheißen werden. (Zuruf: Dann seien Sie auch ohne Nachwahl durch.)

**Beumer** erwidert Verstein, daß, wenn die Schienenzölle abgeschafft würden, wenn sich die Einfuhr schnell steigern. Vebel habe am 13. Februar 1902 im Reichstage über ein Bromberger Schienengeschäft gesprochen und dabei eine Berechnung aufgestellt, welche die Vorteile für den Staat nachweisen Jolle und der Redner eine eigene Berechnung gegenübergestellt, nach der die Arbeiter geschädigt würden, wenn der Staat Schienen — wenn auch zu billigeren Preisen — vom Ausland kaufe. Gott sei Dank wüßten die Arbeiter des Rheinlandes, daß die Eisenindustrie zurückginge, wenn die Anträge auf Zollfreiheit durchgingen. Redner preist die Geschäftspraxis des Schienenkartells gegenüber dem preussischen Staat.

**Graf Kanitz** ist durch Versteins Rede an eine eigene Rede im preussischen Abgeordnetenhaus erinnert worden, in dem er die Lieferungen für den Staat besprochen habe. Wichtig sei, daß durch den Abschluß mit dem Schienenkartell Vorteile erzielt worden seien, aber mit dem Kohlenkartell stehe die Sache anders. Diesen seien 5 Millionen durch den gegen früher gezahlten Preis geschenkt worden. Seiner Zeit habe auch der preussische Fiskus 118 Mark für Schienen zahlen müssen, während das Kartell Schienen an das Ausland für 79 und 80 Mark verkauft habe. (Zuruf: Hört! Hört!) Aber die Zollfreiheit würde schädlich wirken. Das ganze Niveau unseres Zolltarifs stehe niedriger als das ausländischer Zolltarife. Redner bespricht französische und amerikanische Tarifverhältnisse und schließt sich dem Handelsminister an, der die Schienenzölle als gute Kompensationsobjekte betrachtet habe, spricht jedoch abermals sein Bedauern aus, daß nicht ein Doppeltarif vorgelegt worden sei. Er werde für die Regierungsvorlage stimmen.

**Hahn** geht auf Kartellverhältnisse ein. Der Eisen- und Stahlmarkt sei eine ungeheure wirtschaftliche Macht, die den Staat in Händen habe. Zwar sei ein Vorteil durch die letzten langfristigen Verträge für Preußen erzielt worden, aber **Sachsen, Bayern und andere Staaten hätten viel zu viel an das Schienenkartell zahlen müssen, das bezwecke er ruhig als Donceur** (Geschenk, Trinkgeld). Er halte die Belastung des inländischen Konsums durch die Säge der Vorlage für zu hart, er werde dagegen stimmen, um so mehr, da die Landwirtschaft nicht wisse, welche Säge beim Abschluß zu Handelsverträgen schließlich festgesetzt werden.

**Verstein** erwidert dem Handelsminister und Beumer, daß er, Redner, in einem Wahlkreise gewählt sei, der eine starke Eisenindustrie besitze; in diesem Kreise habe er die Zollfragen in den Vordergrund seiner Agitation gestellt und gerade die Arbeiter der Eisenbranche in den Vorstädten und Vororten hätten ihm deshalb die Stimme gegeben. Die Sozialdemokratie könne es also auf die Probe der nächsten Wahlen ankommen lassen. Redner widerlegt dann die Angaben Beumers über belgische Verhältnisse. Bezüglich des Bromberger Schienengeschäftes sei es Vebel darauf angekommen, nachzuweisen, wie viel teurer der Staat den inländischen Produzenten Schienen ablaufen muß. Die Kartelle und Trusts stellen moderne Finke dar; sind sie der Landwirtschaft, überhaupt den Konsumenten schädlich, müsse gegen sie vorgegangen werden, aber die Handelsfreiheit schränke auch die Kartelle z. B. ein. Graf **Loze** habe seiner Zeit Ausführungen über das Zollsystem gemacht, die die Regierungern berücksichtigen sollten. Dem Grafen **Podawsky** erwidere er, die Sozialdemokratie studiere die Litteratur und Presse ihrer Gegner im weitesten Maße, und behandle die Zollpolitik am eingehendsten, das sei schon aus den ausführlichen Berichten des „Vorwärts“ über die Kommissions-Verhandlungen zu sehen. Aus diesem Studium ergabe sich die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit.

Die Sozialdemokraten stellen folgenden Antrag:  
Die Kommission wolle beschließen:  
den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, sofort die Einsetzung einer aus Vertretern der verbündeten Regierungen und des Reichstages zusammengesetzten Kommission zu dem Zwecke zu bewirken, die geschäftliche Tätigkeit, Absatz, Bedingungen usw. der deutschen Eisenverlehrsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe u. dergl.) einer Prüfung zu unterziehen.  
Der Vorsitzende schlägt der Kommission vor, diesen Antrag bis zur zweiten Lesung zurückzustellen. Trotz des Einspruchs Stadthagens stimmt die Mehrheit dem Vorschlag zu.

**Handelsminister Müller** verteidigt die Kartelle, die billiger an das Ausland als an das Inland verlaufen; mit dieser Praxis erhielten sie dem Inland die Arbeit, die in der exportierten Ware stecke. Wenn es möglich wäre, für die ganze Welt den Freihandel einzuführen, würde er dem sofort zustimmen. Aber selbst England komme zu seinem Bedauern jetzt vom Freihandel bereits ab. Redner bittet, der Regierung nicht in den Rücken zu fallen mit Anforderungen am Tarif, denn um so schwieriger werde es, zu günstigen Handelsverträgen zu gelangen. Es sei ein Märchen, wenn Gothein behauptet habe, 1879 habe Deutschland mit seinem Zolltarif den Anstoß zu Zollabschlüssen anderer Länder gegeben. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme.  
Ein **Schlusstrag Herold** (C.) wird angenommen.  
Zur Geschäftsordnung bemerkt **Speck** (C.), daß durch den Schlusstrag ihm, dem Redner der stärksten Fraktion, das Wort abgeknitten worden sei. (Zuruf: Ihre eigene Fraktion hat den Schlusstrag gestellt und dafür gestimmt.)

**Gothein** weist fest, daß er das nicht gesagt habe, was ihm der Minister vorgeworfen habe.  
Position 796 wird nach der Vorlage angenommen, 797 ebenfalls; ferner die Positionen 820 und 821.  
Trotz Widerspruch werden die Positionen 376 und 800—805 verbunden. 376, Stahlflaschen, 6 M., 800, Eisenbauteile aus schmiedbarem Eisen, 6 M.; 801/2, Dampfkegel, unter 50 Doppelcentner pro Stck 8 M., über 50 Doppelcentner 6 M., andre 5 M.; 803, Ankerformen, 6 M.; 804/5, Röhrenverbindungsstücke, Säbne, Ventile zc. über 10 Kilogramm und ohne Verbindung mit

andren unedlen Metallen 7 M., unter 10 Kilogramm 9 M.; in Verbindung mit andern unedlen Metallen 9 resp. 12 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

**Gothein** beantragt zu 800 — 3 M.; zu 801 für Röhrenkegel 5, andre 4 M.; 802 zu streichen; zu 803 — 4 M.; 805 zu streichen.

**Gothein** begründet seine Anträge.

**Speck** beantragt zu 800 — 4 M. und begründet seinen Antrag. Wenn man Bericht auf Kompensationsobjekte lege, dann hätte der Staatssekretär des Auswärtigen seiner Zeit nicht die bekannte Erklärung des Kommissars abgegeben dürfen. Demgegenüber seien die heutigen Aufmerksamkeiten des Handelsministers nicht ins Gewicht.

**Hoch** tritt für Zollfreiheit ein; die Einfuhr der Eisenbauteile sei verschwindend gegenüber der Ausfuhr, die starke Erhöhung des Zolles habe also gar keine Unterlage. Auch für die übrigen Positionen verlangt Redner Zollfreiheit.

Regierungsrat **Martin** verteidigt die Vorlage; ebenso **Geheimrat Vian**, der gegen Gothein polemisiert.

**Stadthagen** geht näher auf die Positionen 804/5 ein; der Zoll auf diese Halb- und Fertigfabrikate bringe nicht ein, was der Zoll auf das Hochprodukt an diesen Produkten an Schaden verursache. So verkehrt sei das System. Auch hier würden die Gartenbau-Interessenten, besonders im Rheinland, wieder geschädigt.

**Mollenbuhr** hebt die Wirkung der Jolle bezüglich der Schiffahrt hervor. Die Resselindustrie sei konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt; selbst England nehme uns sechsmal mehr Kessel ab, als es bei uns einführt. Also auch hier sei Zollfreiheit angebracht, wenn auch der Handelsminister dies für verkehrt halte und die Arbeiter davon überzeugen wolle. Die Sozialdemokratie wisse schon, wie die Arbeiter denken. Bei der Wahl Beumers habe sie, gerade weil sie gegen die Zollansprüche aufgetreten sei, doppelt soviel Stimmen erhalten, als früher. Bei der Position Stahlflaschen sei der Sprung von der Zollfreiheit auf 6 M. Zoll ein geradezu unbegreiflicher, in den Motiven sei keine Rechtfertigung für denselben enthalten.

Der Antrag **Speck** zu Pos. 800 wird mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt, dann die Position mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen, da zur Centrum jetzt verändert stimmt. Die Positionen 801—803 werden nach der Vorlage angenommen; ebenso 376 und 804/5.

Pos. 806, Schraubstöcke, Ambosse, Anker, Brechseifen, Säbmer zc. — 5 M., und 807, Kloben und Rollen zu Flaschenzügen, Würden zc. — 7 M., werden verbunden.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

**Gothein** beantragt zu 806 — 3 M., zu 807 — 4 M.

**Mollenbuhr** tritt für Zollfreiheit ein, da der Zoll zu 806 Werkzeug treffe, die die Arbeiter vielfach selbst kaufen müssen. Die Zollserhöhungen für beide Positionen bewiesen, wie man die Industriellen auf Kosten der Arbeiter begünstige und auch die Landwirtschaft benachteilige.

**Gothein** moniert die Wareneinteilung bei diesen Positionen.

**Geheimrat Lufensky** verteidigt die Vorlage.

Die Positionen 806/7 werden nach der Vorlage angenommen.

Verbunden werden die Positionen 808—810, 800, Spaten, Schaufeln, Blattkochen, Küchenpfannen, Kohlen-, Schmelzöfen, Feuergeräte, Flugscharen, Flugstreichbretter 10 M.; 809, Hens, Dünger, Röhren, Coaks zc. Gabeln 10 M.; 810, Sensen, Sichel, Strohmesser, geschmiedet 15 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

**Gothein** beantragt Säge von 4, 4 und 8 M. und begründet dies mit dem Rückgang der Einfuhr. Die inländische Industrie selbst wünsche keinen Zoll.

**Verstein** hebt hervor, daß diese Positionen vorwiegend die Landwirtschaft, besonders die kleinen Landwirte betreffen, denen man ihre Güter verteuere. Hier solle man beweisen, ob man den kleinen Bauern und Arbeitern helfen wolle. Hauptsächlich stimmten die hier sitzenden Vertreter der Landwirtschaft für Zollfreiheit.

**Geheimrat Lufensky** vertritt die Vorlage.

**Hahn** will dem Landmann seinen Pfing zc. so billig wie möglich zuführen, deshalb sei er für die geringen Zollsätze des Antrages Gothein.

**Eichhoff**: Die Kleinisen-Industrie habe keine Entscheidung in den Jollen für die Vertenerung des Rohproduktes. Die Kleinindustriellen wissen, daß ihnen die Jolle schaden. Redner verliest die Resolution einer von ca. 1900 bergisch-märkischen Kleinfabrikanten besuchten Versammlung, die gegen Jolle protestiert. Der Fabrikantenverein in Remscheid vertrete nicht die Kleinfabrikanten. Der Vorsitzende ist der Direktor der Bergischen Stahlindustrie-Werke, also Vertreter der Großindustrie. Die Bergische Handelskammer ist schutzzöllnerisch geworden, aber deswegen wurden ihre Mitglieder bei der Wahl nicht wiedergewählt. Es liege also kein Grund zur Jollerhöhung vor.

**Müller-Sagan** schließt sich diesen Ausführungen an. Bekannt sei das Wort: Lerne leiden, ohne zu klagen; mit solchen unberechtigten Jollen lehre man die Interessenten zu klagen, ohne daß sie leiden.

**Herold** glaubt nicht, daß durch den Zoll die Preise für diese Waren verteuert würden. Wenn **Hahn** gesagt habe, die Waren, die die Landwirtschaft brauche, dürften nicht verteuert werden, dann sei es auch berechtigt, wenn Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte sagten, wir wollen die Preise dieser Waren nicht durch Jolle und verteuern lassen.

**Arndt** hält es für unbedeutend, wenn **Sense** und **Sichel** um einen kleinen Bruchteil durch den Zoll verteuert werden.

**Franken** polemisiert gegen **Eichhoff** und **Müller-Sagan**, **Hahn** gegen **Herold**, dem er bemerkt, er, **Hahn**, sei prinzipiell schutzzöllner.

808—810 werden nach der Vorlage angenommen, Position 811, Handjagen und Sägeblätter: Kreis-, Band-, Laubjagenblätter — 20 M., andre und Handjagen — 15 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

**Gothein** beantragt für Laubjagenblätter 20 M., andre 6,50 M. und Handjagen 12 M.

**Hoch** tritt für Zollfreiheit ein.  
Die Position 811 wird nach der Vorlage angenommen.  
Dann wird der Rest des Abschnittes zur Beratung eingeteilt.  
Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Für den Reichstags-Wahlkreis Spandau-Boisdamm-Ost-haveland hat der Genosse **E. Rieger** in Spandau im Auftrage der Partei-Organisation eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Reichstagswahlen gemacht, die als ein nützliches Hilfsmittel für die weitere Agitation, besonders bei den künftigen Wahlen, dienen kann. Sie vergleicht die Wahlen von 1890, 93 und 98 im ganzen Kreise, geschieden nach Städten und Landorten und dann für jeden einzelnen Ort. Außerdem wird der Stand der politischen und gewerkschaftlichen Organisation dargestellt, die Zahl der Abonnenten der Arbeiterpresse geschildert und einige allgemeine Betrachtungen über die politische Lage im Kreise gegeben.

Für Kreise, die über einige Mittel verfügen, ist solche Zusammenstellung als nützliches Hilfsmittel der Agitation sehr zu empfehlen. Es würde aber noch außerordentlich gewinnen, wenn versucht würde, über die wirtschaftliche und soziale Gliederung der Bevölkerung Auskunft zu geben. Diese Arbeit wird nicht ganz einfach sein, aber bis zu einem gewissen Grade der Vollständigkeit dürfte sie wohl zu leisten sein. Die Ergebnisse der Verneis- und Gewerbezahlung, ergänzt durch kommunales Material und durch die eigene Anschauung der im Kreise thätigen Agitatoren dürften den Anhalt hierzu bieten. Einen Anfang zu solcher Darstellung machte bereits die ähnliche Broschüre für den Wahlkreis Teltow-Beeslow, die seiner Zeit vom Genossen **Paul Hirsch** verfaßt worden ist.

In dem Bericht über den Thüringer Parteitag erfuhr uns Genosse **Henn** mitzutellen, daß der Beschluß gegen ihn nicht mit großer Mehrheit gefaßt wurde. Es hätten vielmehr von 47 Anwesenden 21 für und 16 gegen den Antrag gestimmt, während sich 10 der Abstimmung enthielten. —

Die 16. Landesversammlung der Norwegischen Arbeiterpartei wird vom 22. bis 24. August zu Trondheim im Saale der Arbeitervereingung tagen. Sie wird sich unter anderem mit der Beratung eines Agitationsprogramms für die Partei befassen. Von dem deutschen Sozialistenklub „Vorwärts“ in Kristiania liegt der Antrag vor, eine Prekommission einzusetzen, die die prinzipielle und tatsächliche Haltung des Partei-Organs kontrollieren und dessen ökonomische Interessen wahrnehmen soll. Ferner wird über die Organisierung der Frauen sowie über die Arbeitslosenfrage verhandelt werden.

Der außerordentliche Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederland, der sich mit der Reorganisation der Partei befassen wird, findet am 28. September zu Zwolle statt. —

## Aus Industrie und Handel.

Zur Beschäftigung in der Cigarrenindustrie schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: In keiner Branche wirkte wohl der Rückgang der gewerblichen Konjunktur einschneidender als in der Cigarren- und Tabakindustrie. Sobald sich die Arbeiterbevölkerung infolge geringeren Einkommens oder höherer Warenpreise einschränken muß, spart sie zunächst an den Ausgaben für Genussmittel. Der schlechte Winter und der laue Geschäftsgang in diesem Jahre hat eine ganz bedeutende Einschränkung des Tabakgenusses zur Folge gehabt, der den Absatz der Cigarrenfabriken ungemein erschwerte und zu einer Anhäufung der Lagerbestände bei Fabrikanten und Händlern führte. Ein großer Teil Arbeiter ist ferner dazu übergegangen, die Cigarre und Pfeife mit dem Pelem zu vertauschen, und in der That hat die Kautabakfabrikation infolge dieses Umstandes eine auffallend gute Zeit. In den Städten, wo so wie so schon bisher die Herstellung von Cigarren nur noch vereinzelt vorkam, schlägt die Fabrikation vollends immer mehr ein. Nicht einmal die Cigarrensortierer in den Großstädten sind zur Zeit voll beschäftigt. In Berlin arbeiten die Sortierer, Sortiermaschinen, Kistenmacher und Belleverinnen zu einem Drittel verläßt. Auf dem Lande sind im Laufe der Monate zahlreiche Arbeitskräfte außer Stellung gekommen. Sofern keine Entlassungen stattgefunden haben, mußten die Arbeiter zum mindesten sich eine Vertiefung des ihnen wöchentlich zugewiesenen Tabakquantums gefallen lassen, so daß auf diese Art eine Reducierung des Verdienstes eintrat. Endlich wurden, wie immer in schlechten Zeiten, neue Fassons und Sorten eingeführt, durch die die Accordlöhne herabgedrückt wurden.

Kohlenförderung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats. Nach dem in der heutigen Zeitschrift „Berufsammlung“ des Syndikats vom Vorstand erstatteten Bericht hat die Förderung im Juni dieses Jahres (bei 25 Arbeitstagen) mit 3.978.598 Tonnen betragen gegen 4.058.740 Tonnen im Juni des Vorjahres, so daß sich gegenüber der rechnerischen Beteiligungsgiffer von 5.005.693 bezw. 4.277.782 Tonnen für den Monat Juni 1902 eine Minderförderung von 20,52 Proz. gegen 8,33 Proz. im Juni 1901 ergibt. Im ersten Semester des laufenden Jahres betrug die Minderförderung 20,75 Proz. gegen 8,99 Proz. im ersten Halbjahr des Vorjahres. Der arbeitstägliche Verbrauch an Kohlen, Coaks und Briquets betrug im ersten Halbjahr des laufenden Jahres 10.691 Doppelwagen, gegen 12.879 im ersten Semester des Vorjahres. Die Ausfuhr des Kohlen-Syndikats belief sich im ersten Halbjahr 1902 auf 2.888.890 Tonnen. Zur Coakfabrikation wurden seitens der Syndikatsgehören im ersten Semester 1902 verwandt 3.961.430 Tonnen, gegen das entsprechende Semester des Vorjahres weniger 16,44 Proz.

Zahlungseinstellung eines Dresdener Bankhauses. Die uns aus Dresden gemeldet wird, hat dort heute die Bankfirma **Eduard Rosch** Nachfolger ihre Zahlungen eingestellt. Die Firma, die seit 1846 existiert, bestand sich schon seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten, die sich teils aus ausgedehnten Territorialoperationen, besonders aber aus starken die Kräfte der Bank weit übersteigenden Beteiligungen an industriellen Unternehmungen ergaben. Inhaber sind der Kommerzienrat **Viktor Hahn**, der dem Aufsichtsrat von nicht weniger als 28 Gesellschaften, meist als Vorsitzender, angehört, und ein Bruder des bekannten amerikanischen Judenmillionärs **Maus Spredels**.

Petroleum-Kartell. Bereits vor einigen Wochen hieß es, daß zwischen den beiden großen russischen Petroleum-Combagnien, der **Kobel-Gesellschaft** und der Gruppe der **Wostschibischen** **Raphidaverke**, sowie der **Kodesserschen Standard Oil Company** eine Einigung zu Stande gekommen sei, welche die Festsetzung der Preise und die Verteilung der Absatzgebiete bezweckt. Wie die **Londoner Daily Mail** mitteilt, hat sich jetzt auch die **Londoner Petroleumgesellschaft** diesem Kartell angeschlossen. Zur Behutsamkeit, mit der diese Kartellierung, die von der **Kobel-Gesellschaft** angeregt sein soll, betrieben worden ist, bemerkt die **Daily Mail**: Sie ist typisch für die **Kodessers-Gruppe**. Die **Standard-Oil** vermeiden die Publizität so sorgfältig, wie andre sie suchen. Zufrieden mit ihrer mehr als königlichen Macht, überlassen sie andern das Gepränge.

## Sociales.

Um einen Pfennig.

Der Magdeburger „Vollstimme“ wird geschrieben: Wenn er irgend Arbeit fand, hatte der Arbeiter **Gustav Lippe** in Magdeburg immer gearbeitet, aber freilich Schicksal hatte er dabei trotzdem nicht sammeln können. Daher kam es, daß sein Geld, als er im Juni d. J. vorübergehend arbeitslos wurde, bald aufgebraucht war. Doch da er am 15. Juli in eine verhältnismäßig gute Arbeitsstelle eintreten sollte, hoffte er, sich bis dahin durch Gelegenheitsarbeiten durchzubringen. Am 12. Juli besah er aber gar nichts mehr und er ließ sich deshalb verleiten zu betteln. Er erhielt an der ersten Stelle, wo er ansprach, einen Pfennig, wurde dann aber sofort verhoft und mußte bis heute in Unterdrückung bleiben. Das lgl. Schöffengericht vor dem am 30. Juli die Sache verhandelt wurde, rechnete Lippe, da er schon früher gebettelt hatte, die erlittene Unterdrückung nicht an und erkannte außerdem noch auf 15 Tage, so daß der eine Pfennig dem Lippe nicht nur seine gute Arbeit, sondern auch fast einen Monat seiner Freiheit kostete.

Wer gar nichts besitzt, darf auch nicht betteln gehen, sondern muß sich begraben lassen oder — **Wasserschinder** werden.

Den Dumbung der Handwerkerzunft hat ein Verurteiler, der Obermeister der Breslauer Schuhmachereinnung „**Hans Sachs**“, Herr **Maiwald**, recht deutlich gekennzeichnet. Er sagte in der letzten Innungsversammlung, die **Handwerkammer** biete für die Berufsangehörigen seiner Meinung nach überhaupt keinen Nutzen. Darüber helfe alles Geschrei nicht hinweg, das man von beteiligter Seite über ihre Bedeutung erhebe. Weiter meinte Herr **Maiwald**: Statt Nutzen haben die Mitglieder bisher nur erhebliche Lasten gehabt; ein Beispiel dafür seien die eben erlassenen Bestimmungen der Meister-Ordinung. Kein Gehilfe mag die festgelegten 30 M. Prüfungsgebühren zahlen und so komme es, daß die Innung keinen Zuwachs an jungen Meistern mehr zu verzeichnen hat.

Seine Schmerzen hat der Obermeister auch dem Breslauer Handwerker-Syndikus **Dr. Paesche**, der immer viel Wesen von dem Segen des Handwerkeres macht, vorgetragen, und dabei ist demselben die kurze Antwort zu teil geworden, die Arbeiterschaft werde den Nutzen und die Wohlthat des Gesetzes erst — in ungefähr 20 Jahren zu fühlen bekommen.

Das schein Herr **Maiwald** etwas zu lange zu dauern, denn der Innungs-Obermeister schloß seine Ausführungen: „Nun, bis dahin wird wohl längst kein Kleinbetrieb mehr existieren; so werden sie wohl zum Bettelstab und zur ständigen Armenpflege ihre Zukunft nehmen müssen. Der Großbetrieb braucht aber die Handwerkammer nicht!“ — Sehr richtig!

Heber die Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird im kommenden Wintersemester an der Berliner Universität ein zwei-



ständiges Kolleg gelesen werden. Der Vorlesende ist Herr Dr. D a d e, der rühmlichst bekannte Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats. Der Herr wird wohl beweisen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften außerordentliche Errungenschaften des deutschen Wirtschaftslebens sind, die Konsumvereine aber den Mittelstand ruinieren.

**Preussische Schulpaläste.** Am Regierungssitze hat man einen großen Entschluß gefaßt: man will endlich mit den sogenannten Präludialen Schulpalästen „aufhören“. Allerdings hat es erst wiederholter und dringender Alarmrufe in der Presse und langer Erörterungen am grünen Tische bedurft, ehe die Sache jetzt so weit gediehen ist, daß eine Kommission zunächst einen Teil der Provinz Brandenburg, die Kenntz, zur Untersuchung des baulichen Zustandes der Schulhäuser bereitet. Die Mitglieder der Kommission, ein Oberregierungsrat und mehrere Kreis- und Ortschulinspektoren besuchten u. a. auch den kleinen Ort Schwarzsee, aus dem schon seit längerer Zeit bittere Klagen des Lehrers über unträgliche Wohnungsverhältnisse an die zuständige Behörde gelangt waren. Was sich den Augen der Untersuchungskommission in Schwarzsee darbot, war dem auch eigentümlich genug: Das Schulzimmer befand sich im Gasthause, die Lehrer-Wohnung eine Viertelstunde entfernt in einem andern Hause des Gastwirts. Von der aus Stube, Kammer und Küche bestehenden Lehrer-Wohnung war nur die Kammer bewohnbar; diese war wenigstens nicht feucht, dafür gewöhnte sie der süßlichen Luft so reichlich Zutritt, daß in der kühleren Jahreszeit alle Ritzen und Fugen mit Stroh verstopft werden mußten. Ein qualmender Ofen, der beide Räume heizen soll, bedrohte den Lehrer ständig mit Erstickungsgefahr zc. zc. Als unverbesserlicher Optimist hofft er nun auf baldige Abstellung der Mißstände.

## Gewerkschaftliches.

### Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter!

Der Zug nach Hamburg und Umgegend ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Obgleich die Gesellen die Sperren aufgehoben und auch die Unternehmer die Ausperrung für beendet erklärt haben, werden doch verhältnismäßig wenig Arbeiter eingestellt, aber umsomehr macht man den Versuch, Arbeitskräfte von auswärts nach hier zu ziehen.

Das Bestreben der organisierten Arbeitgeber ist offenbar darauf gerichtet, die Hamburger Bauarbeiter aushungern zu lassen. Durch Hunger sollen dieselben gefügig werden, damit dieselben sich mit allen Maßnahmen der Baugewerkschafts-Zunung einverstanden erklären.

Der Öffentlichkeit gegenüber erklären die Herren von der Zunung, die Ausperrung sei aufgehoben, und im geheimen wird liberal nach wie vor der Versuch gemacht, von auswärts Arbeitskräfte nach Hamburg zu locken, trotzdem hier noch Hunderte im Baugewerbe beschäftigte Arbeiter arbeitslos sind.

Man will mit dem Zug nach Hamburg das Bestreben der organisierten Arbeiter — bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen — ein für allemal vereiteln.

So lange aber die Arbeitgeber die Taktik beobachten, so lange dieselben sich nicht zu Verhandlungen herbeilassen, so lange ist auch der Lohnkampf hier nicht zu Ende und ist es deshalb Pflicht aller deutschen und ausländischen Kollegen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß der Zug nach Hamburg ferngehalten wird.

Die Streikstellungen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.

### Berlin und Umgegend.

Der Ausfluß der Elektromotoren von der Firma Hardegen u. Co. wurde am Freitag vor dem Einigungsamt verhandelt. Da die Parteien sich nicht einigen konnten, so soll in einer zweiten Sitzung, die am Montag um 1 Uhr stattfindet, ein Schiedsspruch gefällt werden.

**Ausperrung von Zimmerern in Potsdam und Nowawes.** Das solidarische Verhalten der Zimmerer gegenüber den streikenden Maurern hat die Unternehmer veranlaßt, einen brutalen Gewaltakt auszuführen. Sie beschloßen nämlich, jeder organisierte Zimmerer solle schriftlich seinen Austritt aus der Organisation erklären. Ein Teil der Zimmerer fügten sich diesem unerhörten Verlangen. Diejenigen, welche es nicht thaten, sondern ihrer Organisation treu blieben — es ist dies der größere Teil der Zimmerer —, wurden am Montag ausgesperrt. Die Streikleitung ersucht um strengste Fernhaltung des Zuguges. Zimmerer, welche nach Nowawes zureisen, mögen sich zuerst im Verbandslokal Priesterstraße 31 melden.

### Deutsches Reich.

Der Verband der Steinseher bildet jetzt auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Er wurde gegründet am 2. August 1892 auf dem in Stettin abgehaltenen III. Verbandstage des „Verbandes der vereinigten Steinseher-Gesellen Deutschlands“. Dieser Verband war in der Hauptphase eine gewerkschaftliche Organisation, die nebenbei Unterstützungs-Einrichtungen pflegte, er wurde durch die Verhältnisse des Stettiner Verbandstages in eine für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfende Organisation umgewandelt. Jetzt umfaßt der Verband der Steinseher 45 Proz. aller Berufsangehörigen, während es noch kurz nach der Gründung nur 20 Proz. waren. Wir hoffen und wünschen, daß die Entwicklung des Verbandes in derselben Weise weitergeht.

**Ausperrung von Formern und Kernmachern in Erfurt.** Bei der Firma Schwabe u. Co. wurden gestern die Accordpreise herabgesetzt. Eine Verhandlung des Vertrauensmannes mit dem Inhaber der Firma hatte kein andres Resultat, als daß dieser erklärte, er lasse bloß arbeiten, um die alten Leute zu beschäftigen, ohne Nutzen zu haben. Herr Schwabe befaßl seinem Ingenieur, die Werke 14 Tage zu schließen, und der anwesenden Kommission erklärte er: Wer in 14 Tagen wieder arbeiten will, kann sich melden. Darauf verließen sämtliche Arbeiter die Werke.

Der Streik der Glaser in Plauen i. V. ist bereits mehrmals vor dem Einigungsamt verhandelt worden, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Die Streikenden erziehen um Fernhaltung des Zuguges, namentlich möge niemand sich durch die Zeitungsinferate der Meister verleiten lassen, als Glaser in Plauen Arbeit zu nehmen.

Der Streik der Holzarbeiter in Jenkenrodt ist beendet durch einen Schiedsspruch, den das Einigungsamt am 22. Juli gefaßt hat und den die Parteien am 26. Juli angenommen haben. Der Schiedsspruch empfiehlt die Einführung einer möglichst einheitlichen Arbeitsordnung und Zahlung eines Mindestlohnes nach beendeter Lehrgzeit von 22 Pf. — Gefordert wurde ein Mindestlohn von 25 Pf., Erhöhung der bisherigen Löhne um 15 Proz. und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/4 Stunden.

Im Betriebe der Aktiengesellschaft für Schriftdruckerei und Maschinenbau in Offenbach a. M. will die Direktion die Accordarbeit einführen und zwar nach einem Tarif, der es den Arbeitern nur bei äußerster Anstrengung und unter günstigen Umständen ermöglicht, ihren bisherigen Lohn zu verdienen. Die Arbeiter erklärten, daß sie zu diesen Bedingungen nicht arbeiten könnten. Es fanden verschiedene Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und einer Kommission der Arbeiter statt, die jedoch keinen Erfolg hatten, denn die Direktion erklärte, ihr Standpunkt sei unabänderlich. Die Arbeiter reichen darauf die Kündigung ein.

### Ausland.

**Wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter in der Schweiz.** In Neuen streiken 200 Maurer und Handlanger. Sie verlangen Stundenlöhne von 50 Cts. für Maurer, 40 Cts. für Handlanger und Gebirgsarbeiter und 30 Cts. für Jugendliche. — Im frommen Freiburg stehen ca. 250 Maurer und Handlanger im Streik für Erreichung besserer Arbeitslöhne. Bisher erhielten sie 38, 28 bis herab zu 16

bis 25 Cts. per Stunde. — In Bern errangen die Dachdecker nach dreiwöchigem Streik minimale Stundenlöhne von 55 Cts. für Schieferdecker, 50 Cts. für Ziegelderker und 40 Cts. für Hilfsarbeiter. Vorher hatten die Löhne 30—40 und 42 Cts. betragen.

Der Steinhauer-Streik auf Vornholm hat eine noch größere Ausdehnung dadurch erfahren, daß am Sonnabend der Direktor eines Steinbruchs eine Anzahl Arbeitseute entließ, weil sie sich weigerten, Arbeiten auszuführen, die bisher nur gelehrten Steinhauern übertragen wurden. Das Verhalten des Direktors ist ein Bruch des mit dem dänischen Arbeitsmanns-Verband geschlossenen Uebereinkommens.

Der Norwegische Schneiderverband hielt vom 20.—24. Juli seine sechste Landesversammlung zu Arendal ab. Dieser Verband, der 1892 gegründet wurde, zählt jetzt in 17 Abteilungen zusammen ca. 500 Mitglieder. Die Landesversammlung beschloß sich u. a. mit den Schritten der Heimarbeit und beauftragte die Verbandsleitung, Schritte zur obligatorischen Einführung von Betriebswerkstätten zu unternehmen. Ein Antrag auf „Eintritt in die Landesorganisation der Gewerkschaften“ wurde angenommen, die dadurch notwendig werdende Beitragssteigerung fand jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die Frage soll nun durch Urabstimmung entschieden werden. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin die Mitglieder zur Unterstützung der sozialdemokratischen Presse moralisch verpflichtet werden.

## Aus der Frauenbewegung.

Das Kammergericht ist lustig für die Polizeibehörden; trotzdem dieses Gericht entscheidet hat, daß es dem Gesetze widerspricht, den Frauen die Teilnahme an den Festlichkeiten politischer Vereine zu verbieten, geht die Verbleterei lustig weiter. Man lese diesen Bescheid: Rensburg, den 25. Juli 1902.

### Magistrat

der Stadt Rensburg.

Die nachgesuchte Erlaubnis zur Abhaltung eines Tanzvergnügens des Vereins der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter am Sonntag, den 10. August, kann nicht erteilt werden, da nach § 8 des Vereinsgesetzes Frauen zu den Versammlungen des Vereins nicht zugelassen werden dürfen. A. Vahland.

So stark man in Preußen die Autorität der Gerichte.

Die jährliche Generalversammlung des Vereins für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgegend fand Mittwoch, den 30. Juli, in Obste Festsaal statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. Frau Bämler gab den Bericht. Es wurden von der letzten Generalversammlung bis jetzt 12 Vereinsversammlungen abgehalten, in welchen meistens wissenschaftliche Vorträge gehalten wurden. Ferner wurden in Tempelhof 8, in Wilmersdorf 6 und in Charlottenburg 2 Wanderversammlungen abgehalten. Die zweite Kassiererin Frau Grunwald gab den Kassienbericht. Die Einnahmen betragen 140,39 M. Die Ausgaben 76,21 M. Bestand 64,18 M. Da die Revisoren alles in Ordnung gefunden hatten, wurde der Kassiererin auf ihren Antrag Decharge erteilt. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit in Schöneberg 138, Charlottenburg 30, Wilmersdorf 19, Johannisthal 11 und Wannigkuleweg 7, Tempelhof 14. Es wurden für das nächste Jahr gewählt als 1. Vorsitzende: Frau Bämler; 2. Vorsitzende: Frau Grunwald; 1. Kassiererin: Frau Schütz; 2. Kassiererin: Frau Gölzner; Schriftführerin: Frä. Wladow; 1. Beisitzerin: Frau Heermann; 2. Beisitzerin: Frau Wedder und als Revisorinnen: Frau Kuhlmeier, Frau Franke, Frau Ledner. Die Versammlungen des Vereins finden immer den Mittwoch vor dem 15. des Monats in Obste Festsaal statt. Der Verein hat in den zwei Jahren seines Bestehens schon eine ansehnliche Anzahl Mitglieder erworben und wird hoffentlich die Zahl derselben im nächsten Jahre verdoppeln können, da es Pflicht einer jeden Arbeiterin ist, sich dem Verein anzuschließen, der durch wissenschaftliche und andere lehrreiche Vorträge seine Mitglieder zu bilden sucht. In den Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß Sonntag, den 3. August, ein Ausflug nach dem Grunewald (Schwanenpfond), Witzhaus zum Schwan, stattfindet. Um recht erge Teilnahme wird gebeten. Nach reger Aussprache seitens der Mitglieder erfolgte Schluß der matt besuchten Versammlung.

## Versammlungen.

Eine Volks-Versammlung, einberufen von den Vertrauensleuten des 5. Berliner Wahlkreises, tagte am Donnerstag im Alten Schützenhause, Finienstraße, in der Reichstags-Abgeordneter Hr. Kunert über „Weltlichkeit der Schule“ referierte.

Unter Bezugnahme auf die im Reichstage bei dem „Toleranz“-Gesetzentwurf des Centrums zur Beratung gestellten Anträge über den Religionsunterricht in den Schulen behandelte der Referent sehr eingehend die sozialdemokratische Programmforderung und ihre Bedeutung für die Volksbildung. Nach einer sachgemäßen Kritik über den gegenwärtigen Schulzustand, wobei Ledner nachwies, wie sehr die Ausbildung der Kinder unter der schweren Belastung des Religionsunterrichts leidet, für den im Lehrplan der unteren Schulen verhältnismäßig die meiste Zeit festgesetzt ist, erörterte er die Notwendigkeit, daß in allen Schulen der Religionsunterricht in Form kommt, daß alle religiös-theologischen Disziplinen von der Lehrerbildungsausschüsse befreit werden, daß endlich an Stelle der heillosen die sachkundige Schulaufsicht tritt, kurz, daß überhaupt eine vollständige und endgültige Trennung der Kirche von der Schule in jeder Form bewirkt wird.

Der sehr interessante und lehrreiche Vortrag, in dem der Referent auch die nicht anzunehmenden Widersprüche der religiösen Dogmen zu den festgestellten Grundsätzen der Wissenschaft beleuchtete, wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der hierauf folgenden Diskussion äußerten sich sämtliche Redner, bis auf einen jungen Mann, der sich als christlicher Arbeiter vorstellte und anscheinend unverdächtige Lesefrüchte produzierte, im Sinne des Referats und unsrer Programmforderung auf volle Weltlichkeit der Schule.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Jucht, noch zum Anschluß an den Wahlverein aufgefordert, erfolgte der Schluß der sehr gut besuchten Versammlung mit einem lustigen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Eine gutbesuchte Malerversammlung, in der die Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Zunung berichtete, fand am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Die Forderungen der Gehilfen wurden der Zunung schon im Februar d. J. vorgelegt, und die Lohnkommission hat seitdem alles aufgehoben, um die Angelegenheit so schnell wie möglich zu erledigen. Aber die Vertreter der Zunung zeigten, trotzdem ihrerseits im vorigen Jahre eine Lohnerhöhung versprochen worden war, sehr wenig Entgegenkommen. Erst in der Zunungsversammlung vom 23. Juli wurden endlich bestimmte Abmachungen getroffen. Der Minimallohn soll danach vom 1. Oktober ab 53 Pf. per Stunde, vom 1. April nächsten Jahres ab 55 Pf. betragen, doch mit der Einschränkung, daß junge Gehilfen in den ersten beiden Jahren nach Ablauf ihrer Lehrgzeit 5 Pf. weniger erhalten. Verlangt hatten die Gehilfen ursprünglich 60 Pf. Minimallohn. Ueberzeitarbeit bis 10 Uhr abends soll mit einem Zuschlag von 30 Prozent, dann die Nachtarbeit mit 50 Proz., Sonntagsarbeit mit 80 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Accordarbeit soll nach Möglichkeit vermieden und dafür bei Innehaltung der festgesetzten Arbeitszeit mindestens der übliche Wochenlohn gezahlt werden. Für Festschadenarbeit wird 5 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt. Sonnabends ist um 5 Uhr freierabend, an den Vorabenden der hohen Festtage eine Stunde früher. Die Meister verpflichten sich, andre Arbeitsnachweise als den paritätischen nicht zu benutzen. Soweit es möglich ist, sollen auf den Warten verschließbare Räume den Malern zum Aufbewahren ihrer Kleidungsstücke zur Verfügung gestellt werden. Die Rüstungen sollen nur von sachkundigen Leuten hergestellt werden; als solche gelten:

Zimmerer, Maurer, Dachdecker und Maler. Fahrgehalt wird nach allen Vororten vergütet. Der Tarif soll am 1. Oktober in Kraft treten und vom 1. April nächsten Jahres ab gerechnet drei Jahre gelten, er bleibt noch weiterhin in Geltung, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf der Frist geändert wird. Um den Tarif bei allen Arbeitgebern durchzuführen und für seine Aufrechterhaltung zu sorgen, soll eine ständige Ueberwachungskommission gebildet werden. — Die Lohnkommission empfahl der Versammlung, diesen Bedingungen zugestimmt, einige Disziplinstreben, namentlich der Vertreter der Vorkolonisation, sprachen für Ablehnung des Tarifs. Nach längerer Debatte wurde die folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung erkennt den Nutzen der Tarifvereinbarung an und erklärt, trotz der minimalen Zugeständnisse ihre Zustimmung zu den in der Zunungsversammlung vom 23. Juli gefaßten Beschlüssen. Gleichzeitig verlangen die Versammelten von der Zunung weitgehendste Garantie zur Aufrechterhaltung des Tarifs. Sie erblicken diese Garantie zunächst in der Verleihung der weitgehendsten Rechte an die schon im Tarif vorgesehene Kontrollkommission. Ferner ist die Versammlung der Meinung, daß in dem Ausdruck des Minimallohns auf die Vermittlungsgesetze des paritätischen Arbeitsnachweises eine weitere Garantie geboten werden kann. Von jeder Durchbrechung des Tarifs ist von den Kollegen Mitteilung an die Ortsverwaltung zu machen.“

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlsstelle Berlin) hielt am Mittwoch im Vereinslokal (Kolbergerstraße) seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Vorstandbericht des Vorsitzenden Erubus ist zu entnehmen, daß in der Jahrszahl im letzten Quartal 2 öffentliche und 4 Mitgliederversammlungen sowie 7 Fabrikbesprechungen stattgefunden haben. Entsprechend der über ganz Berlin vertheilten geringen Mitgliederzahl von circa 400 seien die Versammlungen auch nur schwach besucht gewesen. Trotz aller Anstrengungen sei es nicht möglich gewesen, dem Verband einen nennenswerten Einfluß an Orte zu verschaffen. — Vom Kassierer A. H. L. wurde sodann die Abrechnung vorgelesen. Dieselbe ergab eine Einnahme von 1143,86 M. und eine Ausgabe von 343 M.; der Hauptkasse zugeführt sind 857,00 M., so daß in der Lokalkasse 443,15 M. verblieben. — Ueber den Stand der Bibliothek berichtet W. H. E. Er konstatierte, daß das Lesebüchlein der Mitglieder erheblich gestiegen sei, was aus der starken Inanspruchnahme der Bücher hervorgehe. — Hierauf referierte Erubus über die im „Proletarier“ veröffentlichten Anträge zum diesjährigen Verbandstag, betreffend Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Ortsverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, daß im Falle der Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt wird, eine solche für die Zahlsstelle Berlin auf eigene Faust einzuführen. Erklärt sich der Verbandstag aber für die Arbeitslosen-Unterstützung, dann möge der hiesige Delegierte Rowa darauf dringen, daß der Antrag des Centralvorstandes (Einführung der zweijährigen Karenzzeit) zu Fall kommt und die einjährige Karenzzeit eingeführt werde. Zweckmäßig erschiene es auch, die Arbeitslosen-Unterstützung bereits am 1. Oktober 1903 in Kraft treten zu lassen. Sämtliche Disziplinstreben erklären sich mit den letzteren Ausführungen einverstanden.

Der Interessenverein der Rifenmacher hielt am 28. Juli in den „Andreas-Festsaal“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Antrag, betreffend Einführung von Arbeitslosen-Unterstützung, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. — Beschlossen wurde, dem Statut folgenden Nachtrag beizufügen: „Sobald die Mitgliedschaft eines einzelnen Mitgliedes erlischt, steht denselben, oder deren rechtlich Angehörigen, kein Recht auf das Vereinsvermögen zu. Die Anwendung der §§ 738—740 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird ausdrücklich ausgeschlossen; der Fall des § 725 des Bürgerlichen Gesetzbuchs steht dem freiwilligen Ausscheiden gleich.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Wilhelm II. über einen „Hochverräter“.

Schwerin, 1. August. Der Kaiser brachte in Schwerin einen Trinkspruch auf den Großherzog von Mecklenburg aus, von dem ein Satz wiedergegeben werden kann: „Des mögen Sie sich versichert halten, daß mein Herz immer das wärmste Interesse für Sie und Ihr Land hegt, dieses Land, das eine Reihe tüchtiger Regenten herbeigebraucht hat, dieses Land, das einen der besten Klassiker unter deutschen Schriftsprachen geliefert hat, dieses Land, dem wir Freie danken.“

Freie Preter ist nun zwar kein Vertreter der deutschen „Schriftsprache“, da er ja im Dialekt gebildet hat. Aber er hat einst wegen seiner revolutionären Bestimmung im Kerker geschmachtet und ist einer der kräftigsten literarischen Kämpfer des medienburgischen Feudalsystems und ein lustig wirksamer Spötter über das „Dorfluchtings“-Gottesgnadentum.

### Zum Landarbeiterstreik in Galizien.

Lemberg, 1. August. (B. H.) Der Gerichtspräsident Zukiewicz wurde nach Zarnopol entandt, um ein gerichtliches Verfahren gegen die dortigen Beamten einzuleiten, welche sich an der Streikagitatorien beteiligt haben. Ferner wurden zwei Richter dorthin delegiert, weil die dafelbst befindlichen Gerichtsbehörden nicht im Stande sind, das anschwellende Material zu bewältigen. Auf der ganzen Linie steigt die Streikbewegung, die namentlich durch ruthenische Akademiker geschürt wird. Charakteristisch ist, daß an vielen Orten sich auch das Hofgesinde den Streikenden anschließt. Die Bewegung infolge der vielfachen Zusammenstöße mit dem Militär, wobei zahlreiche Arbeiter verwundet wurden, ist überaus groß. Die Landarbeiter erklären, daß sie nicht das geringste von ihren Forderungen ablassen würden.

### Ritchener und Wilhelm II.

London, 1. August. (B. H.) Der „Liverpool Post“ zufolge hofft Kaiser Wilhelm, Ritchener werde, ehe er nach Indien abreist, Deutschland besuchen. Der Kaiser habe Ritchener persönlich versichern lassen, die deutsche Armee würde sich freuen, Gelegenheiten zu bekommen, einen solch hervorragenden Soldaten begrüßen zu können.

Hamburg, 1. August. (B. L. W.) Der untergegangene Dampfer „Primus“ ist heute nachmittag umgekippt und glücklich auf den Kiel gestellt worden. In der Boockajüte fand der Taucher die Leiche eines etwa dreizehnjährigen Mädchens.

Braunschweig, 1. August. (B. L. W.) In Ellpingenburg und Umgegend sind nach dem Genuß von Bazillare bezw. Schlangengabe der „Braunschweigischen Landeszeitung“ zufolge 200 Personen erkrankt, darunter viele schwer.

London, 1. August. (B. L. W.) Das Mitglied des Unterhauses Oberst Lynch, der des Hochverrats beschuldigt wird, ist heute dem Gericht zur Aburteilung überwiesen worden; Lynch wird beschuldigt, auf Seiten der Boeren das irische Corps beschützt zu haben.

London, 1. August. (B. L. W.) Zum Nachfolger von Sir Martin Gosnell als Hilfssekretär im auswärtigen Amt ist Francis Campbell ernannt worden.

New York, 1. August. (B. H.) Der Colorado-Hoch ist um 40 Fuß gestiegen. Tausende von Menschen sind ihrer Heimstätten beraubt, große Viehherden sind ertrunken, weite Baumwollplantagen wurden zerstört. Infolge der ununterbrochenen Regengüsse hat die Flut des Gracos 200 Quadratmeilen überschwemmt. Die Zahl der umgekommenen Menschen ist noch nicht bekannt.

Vangot, 1. August. (B. L. W.) In Mung Beach in der Provinz Schans (Nord-Tsim) wurden die Regierungsgebäude geplündert. Gegen die Plünderer sind Truppen entsandt worden.

Vading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



**Bericht**

über die

**Parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

97. bis 192. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.  
26. November 1901 bis 11. Juni 1902.

**Inhalts-Übersicht.**

Der Zolltarif. — Der Reichshaushalts-Etat. — Die Staatsberatungen (Allgemeines). — Etat des Reichstages (Reichstag und Bundesrat). — Reichsamt des Innern (Objektivität, Der Stand der Sozialgesetzgebung). — Reichs-Gesundheitsamt (Zustände in Krankenhäusern). — Statistisches Amt (Arbeitsstatistische Abteilung). — Reichs-Versicherungsamts (Unfall-Versicherungsstellen und Statistik). — Auswärtiges Amt (Diplomatische Expedition, Weltpolitik, Wirtschaftliche Instrumente, Sabotagekämpfe). — Militär-Etat (Duellierung, Soldatenkinderhandlungen, Gumbinner Prozeß). — Marine-Etat (Tirpitz-Erlaß). — Kolonial-Etat (Reichs-Botschaften, Kolonialverträge, neues Dienstgebäude, Zustände in den Kolonien). — Zölle und Verbrauchssteuern. — Reichs-Schulden. — Reichs-Zustizamt (Ball Breidenbach, Reform des Strafvollzugs). — Post- und Telegraphenverwaltung (Unterbeamte, Petitionswesen, Fortschritt der Posten). — Reichs-Eisenbahn-Etat (Tarifreform, Eisenbahn-Unfälle). — Heilgenwürde (Strandungsordnung, Seemannsordnung, Mittelnahme beim Zusammenstoß der Seeleute, Stellenvermittlung, seerechtliche Vorschriften des Handelsbüchchens, Regelung der Kludertarbeit, Diätengesetz, Fiktionsgesetz, Gerichtsstand der Presse, Diktaturparagraf, Schaumweinsteuer, Brauwaissteuer, Zuckerkonvention und Zuckersteuer, Zehnpfennig, kleinere Waischenwaise). — Interpellationen (Arbeitslosigkeit und Notstand, Venußener Arbeiterleiter, Schulungsgesetz, Kriegsinvaliden, Militär-Pensionsgesetz, Weichen, Dues). — Initiativ-Anträge (unser Antrag, Kaufmännische Schiedsgerichte, Sicherung des Wahlheimnisses, Toleranzantrag, Lex Kintelen, Beihilfen an Kriegsteilnehmer). — Wahlprüfungen (Balk, Brüche, Sieg-Brandung). — Petitionen.

**Der Zolltarif.**

Als der Reichstag zusammentrat, fand er endlich den lang-erwarteten Entwurf eines Zolltarifgesetzes vor, die weitest-möglichste seiner Vorlagen, entscheidend für die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.

Dieser Entwurf entsprach den schlimmsten Befürchtungen der Arbeiterklasse. Er zeigte, wie groß der Einfluß des stumpfsten Aristokratismus bei uns ist. Ein Hohn auf alle soziale Politik, erwies sich dieser Entwurf als ein Wuchergesetz im buchstäblichen Sinne des Wortes. Durch Erhöhung und Erweiterung der ohnehin um Deutschland bestehenden Zollmauer, wird dieser Tarif die millionenköpfige Konsumentenmasse — in erster Linie das Proletariat — wehrlos einer Klasse von Ausbeutern überliefern, die uns hier in der Gestalt eines verachteten Junkertums, dort in der, deutungsreicher Industrieritter entgegentritt. Nirgends hat in neuerer Zeit der Klassenstaat sich schärfer zum Ausdruck gebracht als hier und ebenso hat nie eine Regierungsvorlage dem Proletariat sinnvoller die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht zum Bewußtsein gebracht als dieser Zolltarif.

Es traf sich, daß die Regierung den Zolltarif zu einer Zeit vorlegte, da über das deutsche Proletariat die schwersten Stürme der wirtschaftlichen Krise hinwegbrausten. Weit über eine halbe Million Arbeitsloser langerte frierend und darbdend um geschlossene Fabriktore, verordnete Arbeitslöse und unbefähigte Arbeitslose. Hunderttausende verzweifelter Väter und Mütter wußten nicht, woher Brot nehmen, um die hungrigen Mäuler ihrer Kinder zu füllen oder Kleider zu beschaffen, um ihre Wögen zu deden. Wenn trotzdem die Blätter der preussischen Liebs- und Kornjunker mit großem Geschrei die Macher des Zolltarifs beschuldigten, die „dringendsten Forderungen der Landwirtschaft“ nur in einem „ganz ungenügenden Maße“ erfüllt zu haben und deshalb den Zolltarif für „unannehmbar“ erklärten, so zeigt solcher wohl fast beispiellose Vorgang, wie die jahrelange volkstümliche Agitation der agrarischen und industriellen Interessentengruppen das öffentliche moralische Empfinden verunstaltet hat.

Als schließlich die Regierung zur Begründung des Tarifgesetzes vor den Reichstag trat, waren die Neben von der Ministerrede, ihrem Inhalte nach, noch kläglicher als die gedruckte Begründung, welche dem Hungergelei mit auf den Weg gegeben war. Man erlebte das Schauspiel, wie die Regierung, welche gegenüber den Forderungen der Arbeiter fast immer kräftig „Nein“ zu sagen wehr, vor den Agrariern förmlich um Entschuldigung bittet, weil sie ihrer, alle Dämme überflutenden Profitwut, nicht noch größere Millionen-geldente mache. Derselbe Reichstanzler, dessen Platz auf der Estrade bei der Begründung untrer Notstandsinterpellation, bei welcher es sich um die Not der Proletarier handelte, leer blieb, fand bewegte Worte für die „schwierige Lage“, in welcher sich die deutsche Landwirtschaft“ befinde. Und nach der Rede des Reichstanzlers vollzog sich an den neun Tagen der ersten Sitzung des Zolltarifs eine Parade der Exzellenzen, bei welcher überdies jede deutsche Einzel-regierung von der Bundesratsstrade des Reichstags dem preussischen Junkertum und seinen Verbündeten die Hommage machte. Auf die Schwäche der Regierungen trumpfte das Junkertum mit Spott und Drohungen. Wie seine Vorfahren das „Auspochen“ der Dörfer als ritterliches Recht betrachteten, so bestanden sie auf dem gründlichen „Auspochen“ des arbeitenden Volkes, von welchem sie sich dieses Mal durch Versprechungen und Verteufelungen nicht abhalten lassen wollten. Den kleinlauten Ministern wurde von den junkerlichen Rednern abwechselnd bald die hohle Hand, bald die gebaltete Faust vorgehalten. Und aus allen Teilen der Ausdehntheit des Reichstags sprangen den Junkern Helfershelfer bei. In dem Zollkampf erschienen die einzelnen Fraktionen der Reichstagsmehrheit, bis zu den Nationalliberalen hinüber, förmlich als Hülfen des Bundes der Landwirte. War es nun weiter kein Wunder, daß der hochschulmännliche Vortzug auf die Zeichen der armen Leute von den rheinisch-westfälischen Schlot-daronen, der national-politischen Eladita bis herunter zu den Antisemiten und Jüdischern unterstützt wurde, so mußte das Verhalten des Centrums jedes sittliche Gefühl empören. Es verzichtete bei dieser Gelegenheit selbst auf die gewohnten Aniffe und Pfiffe, mit denen es in den letzten Jahren jeden Volksverrat noch zu umhüllen suchte. Mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen schlug es sich offen auf die Seite der Brotverteurer Was-ihut's, daß sich unter den Centruwählern zehntausende kleiner Bauern befinden, die von der Erhöhung der Agrarzölle nicht bloß keinerlei Vorteile, sondern direkten Schaden haben, was ihut's, daß das Centrum seine parlamentarische Stärke den Massen lotholischer Industriearbeiter verdankt, aus deren Taschen die Not-groschen genommen werden sollen, die sich für die Junker zu Wuchermillionen summieren — das Centrum ging zu den Brot-wuchern über. Das vom Centrum bei den Wahlen und im Reichs-tage so salbungsvoll im Munde geführte Christentum erwies sich hier als der irdene Topf, welcher zerbrach, als er mit dem eisernen der kapitalistischen Ausbeutungsinteressen zusammenstieß. Wenn das Centrum durch einen seiner Redner sagen ließ, es wolle die Erträgnisse des Getreidezölles zu Wohlhabens-Einrichtungen für die Arbeiter, z. B. Wägen und Wasserwerkzeuge, verwenden, so war das nur ein zweifacher Akt in die alten Wohlhabens-Einrichtungen. Schließlich muß auch der letzte katholische Arbeiter einsehen, wie insam er geprellt ist, wenn er seine Witwe und Waise gezwungen wird, die verteuerten Lebensmittel zu kaufen und hernach aus dem Wucherspross ein Almosen zurückzubekommen. Wödriger war es schon, als das Centrum durch einen andern Redner verkündete, daß der deutsche Parlamentarismus werde im Ortus verschwinden, wenn es der Obstruktionstaktik der Linken gelingen sollte, den Wuchertarif zu Fall zu bringen.

Das war nur eine Umschreibung für die damals und auch heute noch gehegte Absicht des Centrums, die parlamentarischen Rechte der Arbeiter zu strangulieren, um dem verbündeten Junkertum seinen Wucherspross zu verschaffen.

Inmitten dieses widerwärtigen Feilschens um die Haut des Konsumenten vertrat die Fraktion mit Würde und Wucht die Interessen der Arbeiterklasse. Ihre Redner erwiderten auf die Klagen der ostelbischen Junker über die Unrentabilität ihres landwirtschaftlichen Großbetriebes, daß dort, wo sie beklagt werde, neben den bekannten Gründen auch vielfach die miserable Bezahlung und Behandlung der Landarbeiter mit die Ursache sei, dem schlecht bezahlte und schlecht ernährte Arbeiter seien eben weniger leistungsfähig als andre. Die Notlage des Kleinbauern sei eine Folge der kapitalistischen Ent-wicklung, die bewirkt habe, daß der Großgrundbesitzer dem Kleinbauern den Markt wegnehme. Wenn wir nicht dulden wollten, daß die Armen in Stadt und Land ausgebeutet würden zu Gunsten von 25 000 Großgrundbesitzern, so seien wir andererseits jederzeit bereit, Mittel zu bewilligen zur Verbesserung der Lage der kleinen Landwirte und namentlich der Landarbeiter. Gingen wir würden wir niemals zulassen, daß jenem adligen Groß-Agrarierum, welches allein den Vorteil aus dem Zolltarif habe, unter dem falschen Schlag-wort: „Not der Landwirtschaft“, einseitig Milliarden-Profiten in die Tasche geschonkt würden.

Weiter kennzeichneten unsere Redner den Zolltarif dahin, daß die Hochschulzölner der Landwirtschaft und die Hochschulzölner der Industrie sich gegenseitig Geschenke bewilligten, die aus den Taschen der Arbeiter genommen würden, und wobei man die Arbeiter mit der Probe abpreise, daß mit hohen Preisen guter Verdienst Hand in Hand gehe. Tatsächlich würden jedoch durch die Preistreiberien für Hunderte Millionen Mark Industrieprodukte weniger konsumiert werden und diese Unterfunktion würde einen enormen Rückgang der Löhne zur Folge haben. Der Zolltarif werde Deutschland auf die Bahn eines Agrarstaates zurückdrängen, uns vom Weltmarkt absperrten, dessen Deutschland bedürfe zu seiner ökonomischen Existenz. Arbeitslosigkeit und Elend, vermehrte Verbrechen, gefüllte Zuchthäuser anstatt gefüllter Fabriken, Hungerkrankheiten und Verzweiflung werde das Los des Volkes sein, während der Reichtum einer kleinen Klasse Besitzender riesenhaft answelle. Deshalb: „Im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls, in die Grube mit diesem Entwurf!“

Auch das parlamentarische Verhalten der Wucherparteien, ihre verlogene Argumentation, ihre nichtsnutzigen Angriffe auf unsre Partei, mit denen sie die Schwäche ihrer Position zu verdecken trachteten, fanden eine würdige Kritik. Doch diese reaktionäre Reichstagsmehrheit hat sich in der jahrelangen Schachermacherei um den Profit der herrschenden Klassen ein zu dickes Fell wachsen lassen, als daß sie auf den ersten Angriff eine Deute fahren ließe, die sie schon sicher in den Zähnen zu haben glaubt. Sie schnipst und tobt, sie lacht und höhnt, um schließlich von ihren politischen Machtmitteln gegenüber der Arbeiterklasse rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wie diese Reichstagsmehrheit über des Volkes Rot denkt, charakterisierte wie ein grelles Schlaglicht jener Zwischenruf von den Bänken der Junker, als einer untrer Redner die rührende Elendgeschichte eines hilflosen Proletarierjungen schilderte: „Der Vater hat vielleicht alles vertraut!“

Am neunten Beratungstage wurde der Zolltarif an die Kommission verwiesen. Da die Beratungen dieser Kommission zur Zeit der Er-stattung des Berichts noch nicht beendet sind, erscheint ein Eingehen auf die bisherigen Kommissionsbeschlüsse unnötig. Auch in der Kommission sind wir die einzige Partei, welche den hochschul-zölnerischen Bestrebungen unermüdlichen, planmäßigen Widerstand entgegensetzt. Wir sind dabei zumeist auf unsre eigene Kraft angewiesen. Die Mehrheit der Zollkommission geht in ihren Gesästen auf Erhöhung der Zollmauer weit über das hinaus, was die Regie-terung in ihrem Entwurfe bietet. Die Gefahr für die Ver-teuerung der Lebenshaltung des Volkes und die Verschlechterung aller seiner Existenzbedingungen ist heute größer als es bei der Einbringung des Zolltarifs den Anschein hatte. Aber die sozialdemokratische Fraktion ist gewillt, die Wucherspläne zu Schanden zu machen und sei die Phalanx der Volksfeinde noch so stark.

**Reichshaushaltsetat für das Jahr 1902.**

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 (1. April 1902 bis 31. März 1903) beläuft sich in

**Einnahme und Ausgabe**

auf 2 303 183 115 M., nämlich  
1 971 527 823 M. an fortdauernden,  
180 560 473 M. an einmaligen Ausgaben des ordent-lichen Etats, und  
151 094 819 M. an einmaligen Ausgaben des außer-ordentlichen Etats.

Hierzu kommt ein Nachtrag-Etat von 1300 000 M. (Zu-schüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art — Pensionszuschüsse und Unterstützungen), der Haushalt-Etat der Schutzgebiete mit 37 402 496 M., so daß im ganzen die etatsmäßigen Ausgaben

**2 341 885 611 M.**

betragen, von welchen 113 200 439 M. durch Anleihen zu decken sind.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Ein-nahmen des Etats für 1902 in folgender Weise:

**Fortdauernde Ausgaben:**

Bundesrat	— — M.
Reichstag	758 260
Reichstanzler und Reichstanzlei	241 690
Auswärtiges Amt	18 941 652
Reichsamt des Innern	59 852 829
Verwaltung des Reichsbeeres	568 473 824
Reichs-Militärgericht	522 647
Verwaltung der Marine	86 913 539
Reichs-Justizverwaltung	2 143 774
Reichs-Schatzamt	564 248 000
Reichs-Eisenbahnamt	397 730
Reichsschuld	93 654 100
Rechnungshof	627 360
Allgemeiner Pensionsfonds	74 494 701
Reichs-Invalidenfonds	46 305 017
Post- und Telegraphenverwaltung	887 027 539
Reichsdruderei	5 990 531
Eisenbahnverwaltung	65 638 800
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 971 527 823 M.

**Einmalige Ausgaben.**

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— — M.
Auswärtiges Amt	22 620 521
Reichsamt des Innern	2 758 000
Post- und Telegraphenverwaltung	12 976 653
Reichsdruderei	480 000
Verwaltung des Reichsbeeres	55 724 181
Reichsmilitärgericht	— —
Verwaltung der Marine	79 778 550
Reichs-Schatzamt	15 000
Reichsschuld	— —
Rechnungshof	409 000
Eisenbahnverwaltung	3 956 000
Fehlbetrag	1 842 568
Zur Verminderung der Reichsschuld	— —
Summe a)	180 560 473 M.

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	4 000 000 M.
Post- und Telegraphenverwaltung	20 354 000
Verwaltung des Reichsbeeres	29 528 995
Verwaltung der Marine	50 846 000
Eisenbahnverwaltung	13 620 000
Expedition nach Ostasien	33 254 824
Summe b)	151 094 819 M.
Summe der einmaligen Ausgaben	331 655 292 M.
fortdauernden	1 971 527 823
Summe der Ausgabe	2 303 183 115 M.
Hierzu: Nachtragetat	1 300 000
Etat der Schutzgebiete	37 402 496
Insgesamt	2 341 885 611 M.

**Einnahmen.**

Zölle und Verbrauchssteuern	819 083 690 M.
Reichsstempelabgabe	94 598 000
Post- und Telegraphenverwaltung	440 629 130
Reichsdruderei	8 107 000
Eisenbahnverwaltung	89 785 500
Bankwesen	18 429 200
Verschiedene Verwaltungsmaßnahmen	37 672 000
Aus dem Reichsinvalidenfonds	46 305 017
Ausgleichungsbeträge	16 838 577
Matrularbeiträge	580 639 792
	2 152 088 296 M.
Außerordentliche Deckungsmittel	151 094 819
Summe der Einnahme	2 303 183 115 M.
Hierzu: Nachtragetat	1 300 000
Etat der Schutzgebiete	37 402 496
Insgesamt	2 341 885 611 M.

**Die Staatsberatungen.**

Die Folgen der schlimmen Wirtschaftskrise zeigten sich für das Reich in einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Von dem Rückgang der Einnahmen waren alle Gebiete der Reichsfinanzen betroffen. Die Reichsregierung, die in den Jahren des Aufschwungs in ihrer Finanzpolitik eine Zuversichtlichkeit zur Schau getragen hatte, als würden in Zukunft die Reichseinnahmen sich immer in aufsteigender Richtung bewegen, ließ jetzt durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsschatzamt die erste Etats-bera-tung einleiten mit einem langen Klagebrief über die schlechte Finanzlage. Allerdings kam die Regierung mit Zug und Recht sagen, daß sie den Karren der Reichsfinanzen nicht allein in den Sumpf gefahren hat, in welchem er nun steckt. Die bürgerliche Reichs-tagsmehrheit und vor allem das Centrum, hat dabei weder mit-geshollen. Die ausschweifendsten Wünsche der Militär-, Marine- und Weltpolitik sind mit ein paar fast bedeutungslosen Absätzen bewilligt worden und wenn man in den guten Jahren die Ausgaben steigerte mit jeder Steigerung der Einnahmen, anstatt unschwer kommende schlechte Jahre in vorfälliger Verrechnung zu ziehen, so sind diese bewilligungseifrigen Hurrapatrioten der bürgerlichen Mehrheit an der Finanzklemme des Reiches mindestens ebenso schuldig wie die Regierung, die der reaktionäre Bewilligungseifer zu immer neuen Forderungen aufstachelte. Dieser Majorität postete denn auch das böse Gewissen zu laut, als daß sie eine ernsthafte und eingehende Kritik der Reichs-Finanzwirtschaft der letzten Jahre gewagt hätte. Mit billigen Redensarten drückte sie sich schon um den Kern der Sache herum. Die Regierung machte es ihr leicht. Bereits am ersten Tage hielt der Reichstanzler seine bekannte Granitbeißer-Rede und verurteilte die Aufmerksamkeit von der innerpolitischen Lage abzu-leiten durch den offiziellen Entrüstungseldzug wider den englischen Kolonialminister Chamberlain wegen dessen angeblicher Verschimpfung der deutschen Arme und durch ein mit feindschaftlichen Nichtigkeiten reichespielendes Kolleg über den Drei-bund. Wenn der Verfall der Dreibundpolitik so offenkundig ist, daß die Spähchen des Reichstanzlers ihn selbst dieser Reichstags-majorität nicht zu verbergen vermochten, so vermochte die Regierung sich noch weit weniger Vorbeeren im Kampfe gegen den englischen Kolonialminister zu holen. Wenige Tage darauf schraubte der Reichs-tanzler seine patriotische Entrüstung um einige Löcher zurück und gab dem englischen Militarismus eine Art Ehrenerklärung. Auch im englischen Heere gäbe es Männer, die zu sterben verständen.

Unsre Fraktion ließ sich nicht erst darauf ein, in der parlamentarischen Woffe der bürgerlichen Parteien eine Rolle mitzuspielen. Ihre Redner unterzogen die Reichsfinanzpolitik der ihr überhebenden Kritik und zeigten, wie jetzt schon das Reich, um das Loch in seinen Einnahmen zu stopfen, auf die Großen der Konsumenten spekuliere, die sich durch die Erhöhung der Getreidezölle zu Millionen summieren festten. Sie wiesen ferner hin auf den ungläublichen Gleichmut, mit welchem die Regie-terung jahrelang dem hinaustreiben der Preise durch die Syndikate, wie dem ganzen tollen Hegenfabrik der kapita-listischen Produktionsanarchie zugesehen habe, dessen natürliche Folge der wirtschaftliche Rückschlag ist. Die Unthätigkeit der Regierung gegenüber der Arbeiter-Wohnungsfrage, die Art, wie sich der Staat selbst an der Verschlechterung des Arbeiterkommens beteiligt, so z. B. indem der preussische Arbeitsnachweis gleich mit Eintritt der Krise den Arbeitern die Löhne kürzte — dies alles fand scharfe Kritik. Gleichmäßig war dies der Fall in Bezug auf die brennendsten politischen Tages-fragen, wobei unsre Redner überdies noch, als ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten sich, angeführt der Ernennung des jugendlichen Herrn Spahn zum Professor in Straßburg, als Vorkämpfer für die bedrohte Freiheit der Wissenschaft aufspielen wollten, mit Recht darauf verweisen konnten, wie sich das-selbe Ohrgertum dem Kessel um die Freiheit der Wissenschaft ge-fämmert habe, als es galt, den Genossen Dr. Krons von der Uni-versität wegzumahren und dem Genossen Dr. Conrad Schmidt un-möglich zu machen, als Privatdozent in Leipzig thätig zu sein.

Als unsre Redner das Anwachsen des Militärs und Marine-Etats, das Ueberwuchern des Militarismus sowie die abenteurliche Weltpolitik besprachen, ergrißen sie auch die Gelegenheit, eine nochmalige gründliche Abrechnung über den Nachzug nach China vorzunehmen. Es entspricht dem ganzen sonstigen Verhalten der bürgerlichen Parteien während des Chinas-zuges, daß sie auf die Ausführungen untrer Redner sachlich fast gar nichts zu erwidern hatten.

Bei der Beratung des Etats des Reichstages kam es zu einer Kritik des Verhaltens des Bundesrates gegenüber dem Reichstage bei den Verhandlungen über Initiativanträge. Obwohl gerade die Initiativanträge der Parteien die dringlichsten Fragen betreffen, stellt sich ein hoher Bundesrat so, als gingen ihn diese Beratungen gar nichts an. Durch demonstratives Verbleiben der Bundesratsstrade wird dem Reichstag gezeigt, daß er in den Augen der Regierungen nur in Betracht kommt, wenn es sich um Beratung von Regierungsvorlagen handelt. Unsre Fraktion wügte dies durch ihren Redner in nachdrücklichster Form und zeigte an dem Beispiel des Reichstags-Initiativantrags: Sicherstellung des Wahlheimnisses, wie die Regierung Forderungen des Reichstags unbeachtet läßt. Bei der Beantwortung dieser Rede entschloßte dem Reichstanzler das er-beiternde Eingeständnis, die Mitglieder des Bundesrats stimmten im Bundesrate nach Instruktionen ihrer Regierungen, seien aber häufig gar nicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimmen für oder gegen einen Antrag abgegeben werden. Diese keine Offenbarung aus den Mysterien des Bundesrates verdient wohl beachtet zu werden. Eine schonungslose Abrechnung mit der Regierung über die Reichs-Socialpolitik nahm unsre Fraktion vor bei der Etatsberatung des Reichs-amts des Innern. Dafür glaubte Graf Pofadowsky und eine Vorlesung halten zu müssen über die parlamentarische Ver-



setzung der Arbeiterinteressen, welche mit der Objektivität gegeben, die notwendig sei, um in ansehnlichen Körperlichkeiten die Geschäfte zu fördern. Nach Objektivität wären unsere Gegner stets, wenn sie auf unsere Angriffe nichts zu erwidern haben, und die verlangte Objektivität bedeutet in diesem Falle nichts anderes als der Wunsch nach einer recht zählenden Kritik, der die Spitzen abgebrochen, die Schärfe abgeschliffen sind. Wir haben keine Ursache, solche „Objektivität“ zu üben. Ist doch gerade die schonungslose Schärfe unserer Kritik zu allen Zeiten Sport und Weisheit gewesen, die Regierung und herrschende Parteien des Klassenstaats zu Taten angetrieben haben. Für die Fraktion hieße es gerade ihre schneidigsten und wirksamsten Waffen beiseite legen, wenn sie im Sinne unserer Gegner „objektiv“ werden wollten. Der Appell an die „Objektivität“ kann uns daher nicht rühren; wir werden auch fernerhin auf einen Schelmen andershalbe setzen.

So verhielt sich auch dieses Jahr die Fraktion wieder bei der Kritik der Reichs-Socialpolitik. Unser Generalredner machte zunächst einen allgemeinen Angriff auf die Socialpolitik des Reichs-amtes des Innern. Er führte dem Reichstage den Schändenschrift derselben vor Augen, der seinen Grund findet teils in der Laubbildung, teils in dem direkten Widerwillen, mit welchem die herrschenden Klassen bei uns Socialpolitik treiben. Sie darf den Unternehmern kein Geld kosten, ihre Machtbefugnisse nicht schmälern, soll dabei aber die Arbeiter „zufrieden“ machen. Während die Arbeiterklasse, gestützt auf ihre Organisationen, machtlos vorwärts drängt, suchen Regierung und herrschende Parteien zu bremsen wo sie irgend können. So giebt das Reichamt des Innern den Fabrikinspektoren auf, sich nicht mehr über die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungsverhältnisse und Vergleichen in ihren Berichten auszulassen. Freilich! Solche festgestellten Thatsachen könnten ja von uns zur Begründung des Verlangens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verwendet werden!

Zu der Unlust der herrschenden Klasse an socialpolitischen Thaten gesellt sich der Einfluß des Ausbeutertums, den unser Fraktionsredner an einer summarischen Zusammenstellung der 12 000 Kart-Kassette noch einmal wirkungsvoll demonstrierte. Unse weiteren Fraktionsredner wendeten sich alsdann den einzelnen Gebieten der Socialpolitik zu. Gerade bei dieser Einzelbetrachtung zeigte sich, wie unzulänglich das Geschaffene ist und unter welchen gränlichen Umständen die herrschende Klasse bei uns zu Lande das Proletariat, das ihr doch alle Werte schafft, leiden läßt, ohne auch nur eine Hand zur Abstellung dieser Mißstände zu rühren.

Die einzelnen Fraktionsredner zeigten, wie viel auf dem großen Gebiete der Gewerbelegene noch zu thun ist, auf welchem das Interesse der Unternehmer an der ungenügenden Ausbeutung der gekauften Arbeitskraft, dem wirksamen Arbeiterschutz hindernd im Wege steht. Viel würden die Arbeiter selbst durch ihre Organisationen zu bestim im stande sein, aber das Koalitionsrecht wird ihnen fortwährend illusorisch gemacht. Zahlreiche Beispiele aus der Reihe der gewerkschaftlichen Kämpfe führten unser Redner dafür an. Die Aufhebungen und Beschränkungen des Koalitionsrechts, die Maximalarbeitszeit und Beschränkungen der Arbeiter, welche von dem Koalitionsrechte gegenüber dem Unternehmertum Gebrauch machen, bedrängen die Arbeiterklasse um so mehr, als das Unternehmertum, in seiner Sucht nach möglichst gründlicher Auspowierung der Arbeitskraft, fortgesetzt Verträge gegen die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter begehrt. Die Verträge der Gewerbe-Kassette enthalten darüber alljährlich eine Fülle von Material. Es würde noch größer und für das kapitalistische Ausbeutertum beschämender sein, wenn nicht das Verbot der Vorverträge, die Verträge der Kassette beinhalten an Wert und Bedeutung zu verkleinern. Unse Redner beschränkten sich über die immer mehr hervortretende summarische Kürze dieser Verträge, die nicht dazu da seien, die Bibliotheken zu füllen, sondern das Material für die richtige Socialpolitik zu bilden. Weiter zeigten die Ausführungen unserer Redner über den gesetzlichen Maximalarbeitszeit, die Kinderarbeit, die Frauenarbeit, die gewerbliche Nachtarbeit, Arbeitsamt, Arbeitsstatistik und die zahlreichen anderen Gebiete der Socialpolitik, wie viel derselben noch zu thun übrig bleibe.

Zum Titel Reichs-Gesundheitsamt besprach ein Fraktionsmitglied, wie dies schon früher von ihm geschehen ist, die Zustände in den öffentlichen Krankenhäusern. Unser Redner brachte viel Material bei, welches die Verbesserungsbefürworter dieser Zustände kennzeichnete. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien mußten ihm dabei recht geben und auch der Staatssekretär nannte die Thatsachen erschütternd, wenn sie sich beweisen ließen, verweh im übrigen aber die Beschwerden an die Landesregierungen. Die Mißstände haben vielfach ihre Ursache in der schlechten Bezahlung des Personals. Darüber haben unsere Gegner eigenartige Ansichten, denn ein nationalliberaler Redner, der Abg. Kronen-Schalle, belegte dem Vorwurfe mangelhafter Bezahlung mit dem Einwande, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen sei. Unse Fraktion hat sich ein Verdienst erworben, diese Dinge, denen bisher der Reichstag nie seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zur Sprache gebracht zu haben. Ist es doch in erster Linie der erkrankte Proletariat, der unter ihnen leidet. Ihm bessere Pflege zu verschaffen, ist ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit. Unser Erfolg wird noch größer sein, wenn die Genossen in den einzelnen kommunalen Körperlichkeiten gerade der Frage der öffentlichen Krankenpflege ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Das Kapitel: Statistisches Amt gab unserer Fraktion die erwünschte Gelegenheit, zur Gründung der neuen arbeitsstatistischen Abteilung beim Statistischen Amt, die an Stelle der früheren Kommission für Arbeitsstatistik getreten ist, Stellung zu nehmen. Diese Neugründung ist wieder ein Beweis dafür, wie die allmähliche Ausdehnung der socialen Verflechtung dazu drängt, die ganze Socialpolitik vom Reichamt des Innern loszulösen und ein besonderes Reichsarbeitsamt zu schaffen. Unser Redner gab diesem Gedanken Ausdruck und bezeichnete die Gründung als eine Etappe auf diesem Wege. Er wies ausdrücklich hin auf die von der Schaffmachers-Presse ausgesprochenen Hoffnungen, daß es sich bei der Gründung um eine Einföhrung der Kompetenzen der früheren arbeitsstatistischen Kommission handle. Dergestalt provogierte er eine Erklärung des Staatssekretärs, daß die Abteilung dieselben Rechte haben sollte wie die frühere Kommission. Unser Redner verlangte noch ein Hinweis auf die weiteren Maßnahmen und für die Abteilung einen festen Beitrag aus Unternehmern, Arbeitern und einer Anzahl Gewerbe-Inspektoren. Aber wie die Reichs-Socialpolitik immer, wenn sie einen Schritt vorwärts macht, sich sorgfältig hütet, unseren Wünschen ganz entgegenzukommen, so auch diesmal. Nur von Fall zu Fall sollen, auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern der Abteilung, Unternehmer und Arbeiter zugezogen werden.

Beim Kapitel: Reichs-Versicherungsamte übte unsere Fraktion durch ihre Redner eine gehauchte Kritik an den Unfall-Versicherungsgesellschaften und an den Betriebsunfällen. Unse Redner griffen die Versicherungsgesellschaften bestig an, die ihren Ehrenvorsitzenden und Vorstehenden wahre Rüsthergehälter bezahlten, 10 000 M. Jahresgehalt, freie Dienstwohnung, Garten, Heizung und Beleuchtung, 3000, 4000, 5000 M. Jahresgehalt sind keine Seltenheiten. Im Gegensatz hierzu beziehen die Unterbeamten bescheidenen Gehälter, und die Entschädigungen, welche den Arbeitern für erlittene Unfälle zuerkannt werden, sind kein Ersatz für die Einbuße an Arbeitskraft.

Die Statistik der Unfälle spricht ganze Bände von dem Elend der Arbeiterklasse, dem Risiko, welchem der Arbeiter im Produktionsprozesse ausgesetzt ist. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toten und Schwerverwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die täglichen Unfälle betragen im Jahre 1896: 6989, 1897: 7287, 1898: 7848, 1899: 7999, 1900: 8449. Die Zahl der Verwundeten betrug 1896: 85 272, 1897: 91 171, 1898: 96 774, 1899: 104 811, 1900: 106 447. Im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1899 entfielen auf den einzelnen Arbeiter pro Tag 1 2/3 Pfl., 1900 sogar nur 1,07 Pfl. Entschädigungen.

Auf die Bestellungen und die Kritik unserer Redner antworteten die im Reichstage sitzenden Vertreter des Unternehmertums zwar mit

heftigen Angriffen auf unsere Partei, konnten jedoch die angeführten Thatsachen nicht entkräften. Sie trübten eine zu eindringliche Sprache und zeigten, wie notwendig es ist, das einzige Eigentum des Proletariats, seine Arbeitskraft, besser zu schützen vor dem Raubhand, den das Unternehmertum mit ihm treibt.

Mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fiel auch die Beratung des Etats für die Expedition nach Ost-Asien zusammen. Sind doch auch die Opfer an Geld und Menschen, welche der Kriegszug und Nachzug nach Ostasien erfordert, eine Folge der Auslandspolitik der letzten Jahre. Es wurden vom Volke an einmaligen Kosten 600 000 M., an laufenden 24 000 000 M. gefordert. Die Reichstagsmehrheit stich, nach dem Vorschlage ihrer Kommission, die ersteren auf 540 000, die letzteren auf 20 000 000 M. Im übrigen war sie befriedigt von den „Aufklärungen“, die sie aus des Grafen Kálnor Mund über den Gang der auswärtigen Politik bekam. Alles in schönster Ordnung. Deutschlands Regierung ist maßvoll, besonnen, klug, energisch, sie verfolgt in China bloß wirtschaftliche Interessen, sie verfolgt die Politik der „offenen Thür“, aber — die militärische Verlegung muß drüben bleiben. Unser Redner stellte demgegenüber die wirkliche Lage der Dinge fest. Die ostasiatische Expedition sei nichts anderes als der Anfang einer Kolonialarmee, deshalb werde von uns der Ausgabenteil völlig abgelehnt werden. Es gäbe nichts Widerspruchsvolleres als die Auslandspolitik der Regierung im Hinblick auf den Postarat. Auf der einen Seite gefische die Ausgabe von Millionen und Abermillionen zum „Schutze der deutschen Interessen im Auslande“, auf der andern Seite umschliche man sich mit einer chinesischen Mauer, so daß Handel und Industrie überhaupt nicht in die Lage kommen könnten, diesen Schutz anzurufen. In gleicher Weise griff ein anderer Fraktionsredner bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes die Auslands- und China-Politik der Regierung an. Während die Antisemiten und Antisemitin, die bisher die Grenzschotten im süd-afrikanischen Kriege zum Ausgangspunkte ihrer mordspatriotischen Englandbegehr genommen hatten, schwiegen, nagelte unser Redner die Regierung auf ihre Unterlassungsünden fest. In dem brutalen Vorkriege in Südafrika habe England schwere Verluste gegen die Haager Verträge begangen und es wäre Pflicht der deutschen Regierung, die die Haager Konventionen mitunterzeichnet habe, gewesen, hier zu intervenieren. Der Reichskanzler wußte darauf nichts anderes zu erwidern, als daß ja andre Großmächte gegen die englische Kriegsführung auch nichts eingewandt hätten, und Deutschland habe keine Ursache, hier eine führende Rolle zu übernehmen. Schwieriger war es ihm schon, die Wegnahme der astronomischen Instrumente von Peking zu rechtfertigen, woran unser Redner eine vernichtende Kritik übte. Aber der Reichskanzler kennt die Reichstags-Mehrheit. Er verlegte sich deshalb auf die diplomatische Seite und setzte auseinander, daß die Instrumente mit voller Zustimmung der deutschen Regierung in unren Besitz übergegangen seien und eine Zurückweisung würde zweifellos die Kaiserin-Witwe von China, die eine sehr intelligente Dame sei, bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse, aufs höchste verlegen. Bei den bürgerlichen Parteien schlug dieser Grund durch. Keine fand den Rat, sich unsern Verlangens anzuschließen, die Instrumente zurückzugeben.

Der Militäretat bezieht sich im laufenden Jahre nach den Beschläßen des Reichstags auf:

588 473 024 M.	an fortbauenden Ausgaben,
55 724 181	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
29 528 995	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben

zusammen 673 726 800 M., gegen das Vorjahr um 20 Millionen Mark weniger, eine „Ersparnis“, zu welcher die Reichstagsmehrheit durch die schlechte Finanzlage gezwungen wurde.

Bei der diesjährigen Beratung des Militäretats nahm unsere Fraktion wieder in scharfer Weise Stellung gegen den Duell-unfug. Er hat seinen Sitz in den Offizierskreisen und geht von hier in die bürgerlichen Kreise über, deren „feineres Ehrgefühl“ einen angenehmen, oft nur leichten Schimpf, nicht durch den Urteilspruch des Richters corrigieren läßt, sondern haugend oder knallend den „Schimpf“ mit „Blut abwachen“ will. Gegen den Duellunfug erhebt sich die Reichstagsmehrheit in lauten Resolutionen und geht hierbei benutzt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfere Bekämpfung des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verstehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbuch-Paragraphen gegen die Duellanten nach Gebühr zu handhaben. Weiter trat unsere Fraktion energisch auf gegen die zunehmenden Soldaten-Mißhandlungen, und es ist ebenso bezeichnend, daß nur die Socialdemokratie an Wälerreien der Soldaten energische Kritik übte, wie daß wir alljährlich neue Kräfte festzustellen in der Lage sind. Neben den vielen einzelnen Beschwerdepunkten, die wir durch unsere Redner vorbringen liehen, nahm die Fraktion auch Veranlassung, das ganze militaristische System, dessen Kostspieligkeit die schlechte Lage der Reichsfinanzen ganz wesentlich verursacht hat, vom principiellen Standpunkte aus zu bekämpfen und die Einführung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres zu verlangen.

Eine große Rolle spielte bei den Debatten der Gumbinner Prozeß. Für unsere Fraktion gestellte sich zu der sachlichen Auseinandersetzung mit der Militärjustiz, wegen deren Verfahren wider die Unteroffiziere Marten und Hiel in Sachen der Ermordung des Mittelmeeres Anwalt, noch eine persönliche Vorechnung mit dem Verleumdung des Verfahrens der Militärjustiz; dem Geheimen Kriegsgerat Komen. Dieser Jurist, welcher der weiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, als er in seiner Hamburger Staatsanwaltschaft zu dem Anspruch kam, die Socialdemokraten seien schon als solche des Meineids verdächtig, ist inzwischen bis zum Geheimen Kriegsgerat avanciert und dient nun auf der Bundesratsstraße als juristischer Vorstand des Kriegsministeriums gegenüber dem Reichstage. Die Fraktion verurteilte ihn eine schwere Niederlage und führte die Kritik des Gumbinner Einzelalles zu einer Kritik des ganzen Systems der Militär-Strafprozeß-Ordnung hinüber. Wir verlangten durch unsere Redner sobald als möglich eine Revision des Militärstrafverfahrens mit dem Ziele der Abschaffung des Gerichtsvertrags und der völligen Oeffentlichkeit des Verfahrens.

Der Marine-Etat bezieht sich in diesem Jahre nach den Beschläßen des Reichstags auf:

86 913 539 M.	an fortbauenden Ausgaben,
79 778 550	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
50 348 000	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben

zusammen 217 038 089 M. gegen 207 000 000 M. im Vorjahre.

Was somit der Reichstag beim Militär-Etat „erspart“ hat, ist bereits zur Hälfte beim Marine-Etat wieder hinzugekommen. Die Verhandlungen über den Marine-Etat waren in diesem Jahre mit großer Spannung erwartet worden. Kurz vorher war unser Centralorgan in die Lage gekommen, einen Marine-Erlaß des Herrn v. Tirpitz zu veröffentlichen, der vom 6. Januar 1902 datiert, klar zeigte, daß die Regierung sich bereits wider mit dem Plane neuer Flottenforderungen trägt. Als 1890 bis 1899 der damalige Flottenplan durchgeführt wurde, beteuerte die Regierung, die Ausführung desselben sei möglich ohne neue Steuern. Als das Centrum gar neue Steuern direkt andot, lehnte der Staatssekretär des Reichs-Marineamts sie weit von sich ab. Jetzt aber lagte sein Erlaß:

„Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indienststellungen, um besonders der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestand entsprechende Steigerung der Indienststellungen für die Jahre 1900—1910 so hohe Bedarfszahlen für die „Fortbauenden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und insolge dessen aufs äußerste gefährdet worden wäre.“

Hier war also mit dürren Worten gesagt, daß der Wasser-militarismus, als er 1899/1900 seine Flottenvorlage einbrachte, nach einem in seinen Grundzügen fertigen Plan handelte, der in Wahrheit eine weit höhere Forderung als die aufgestellte vorlag. Dieser umfassende Plan wurde dem Reichstage verschwiegen, man ließ ihn in dem Glauben, daß die eingebrachte Vor-

lage die ganze Forderung sei, während sie doch in Wahrheit nur ein Teil derselben war. Man versicherte, diese Vorlage sei ausführbar ohne neue Steuern und die Reichstagsmajorität, in dem Glauben, ein abgeschlossenes Ganzes zu bewilligen, stimmte zu. Die Wasserpolitik der Regierung steckte schammengelad Reichstag, daß das dicke Ende nachkommen werde. Und es wird bald kommen, denn in dem Tirpitz-Erlaß heißt es weiter:

„Nach den bisherigen Ansichten soll dem Reichstage im Winter 1904 bis 1905 eine Novelle zum Flottengesetze vorgelegt werden.“

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlreichere Vermehrung der Auslandschiffe erstrecken, die bezugsfähige Begründung aber wird

1. den Schiffbauplan für die nächsten fünf Jahre (1900—10), 2. einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesamtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1900—10) geben müssen.“

Daß die Marinepolitik der Regierung diesen zweiten Teil ihres fertigen Flottenverehrungsplans auch nicht ohne neue Steuern glauben durchführen zu können, bewies schließlich noch der folgende Passus des Tirpitz-Erlasses:

„Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzugelassenen Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indienststellungen in den Jahren 1906—1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Verpersonal anzupassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der fortbauenden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzusehen.“

Man konnte mit Recht gespannt sein auf die parlamentarische Auseinandersetzung über diese allerneueste Marinepolitik, die den Reichstag als eine bloße Falsch-Maschine einschätzte, indem sie ihm wesentliche Dinge verschweigt. Aber der Staatssekretär des Reichs-Marineamts that, als ob gar nichts geschehen sei. Er gab den markanten Sätzen des Erlasses eine Deutung, als ob er, der Staatssekretär, geradeüber viel weitergehenden marxistischen Forderungen gebremst habe und spielte so den Wortlaut des Erlasses auf das übliche „Mißverständnis“ hinaus. Konnte man von dem Staatssekretär angesichts der ganzen Lage der Dinge etwas anderes nicht wohl erwarten, so war dafür die Haltung der Reichstags-Mehrheit eine um so kläglichere. Oft klagen auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien über das geringe Ansehen, welches der Reichstag genießt. Wäre es ihnen aber erst damit, das Ansehen des Reichstags zu heben, so müßten sie sich mit Entschiedenheit gegen die Rolle erheben, in welche die Marinepolitik der Regierung den Reichstag gedrängt haben. Statt dessen halfen sie eifrig, die Regierung heraus-zuhauen. Selbst die allerloyalste Opposition der bürgerlichen Linken, mit einziger Ausnahme des Führers der freisinnigen Volkspartei, glaube dem Marineminister aufs Wort, daß sein Erlaß nur ein Beweis dafür sei, wie sehr er bei den letzten Marineforderungen „gebremst“ habe. „Voll Furcht und Hoffnung, ein hohler Darm“, so zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die bürgerliche Opposition. Wollends die Nationalliberalen und das Centrum dachte nicht daran, an den Marineminister auch nur ein Wort der Kritik zu verlieren. Sollte sich das Centrum zum zweiten Male als der „blamierte Europäer“ vorstellen? Sollte man sich vor dem Volke zum Mit-wisser der Geheimnisse der Marinepolitik machen und zugeben, man habe schon 1900 gewußt, daß die laufenden Einnahmen nicht genügt und deshalb ein Steuerbouquet präsentiert werden wird? Das ging nicht an. Folglich nahm man die Regierung in Schutz und schlug Lärm wider die Socialdemokratie. In letzterem übernahmen die edelsten konservativen Junker die Führung. Sie schrien über socialdemokratischen Brief- und Attendiebhaber und ihre Redner geberdeten sich so stüch entrüstet, als ob es nie einen Ohm und Göttsche, einen Lindenberg und Zischen gegeben habe.

Unse Fraktion sorgte jedoch dafür, daß diese kleinen Kräfte nicht verfringen. Unse Redner kennzeichneten den Vorgang als das was er war und geißelten das Verhalten der bürgerlichen Parteien, so daß diese wie die gepflügten Pudel aus der Debatte hervorzogen.

Der Kolonial-Etat erfordert in diesem Jahre bei einer Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben von 37 402 496 M. einen Reichszuschuß aus den Taschen der Steuerzahler von 28 961 600 M. Im Etat für 1902 betragen die

	Einnahmen und Ausgaben	Reichszuschuß
für das ostafrikanische Schutzgebiet	8 051 496 M.	4 805 200 M.
„ Kamerun	4 236 000	2 205 100
„ Togo	1 650 000	1 015 000
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet	9 458 000	7 634 800
„ Neu-Guinea	822 000	722 300
„ die Karolinen, Palau-Inseln und Mariannen	388 100	305 900
„ Samoa	441 400	170 400
„ Kiauschu	12 404 000	12 044 000
Summa	37 402 496 M.	28 961 600 M.

Besser als lange Ausführungen zeigen diese Zahlen die Wertlosigkeit unseres kolonialen Besitzes, der sich nicht durch seine eignen wirtschaftlichen Mittelkräfte, sondern nur durch die Zuwendungen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler erhält. Die Kolonialpolitik, die Begleiterführung der Marine- und Weispolitik, ist eine Last für das Volk, aber ein gutes Geschäft für die herrschenden Klassen. Der Reichszuschuß sichert Hebern und Großkaufleuten profitable Lieferungen und Leistungen aller Art. Dabei riskieren sie keinen Pfennig. Im umgekehrten Verhältnis zu dem „patriotischen“ Eifer, mit welchem die Weisheitsparteien die Reichszuschüsse bald „im Interesse der Missionen“, bald „im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Schutzgebiete“ verlangen, steht die weite Aussicht, mit welcher die „patriotischen“ Kapitalisten sich hüten, auch nur einen verdamnten Heller aus eigener Tasche in den Kolonien anzulegen.

Auf die Länge der Zeit bewirkt der Besitz der Kolonien das Heranwachsen einer besonderen Kolonialbureaucratie, die dem deutschen Steuerzahler ebenso kostspielig zu werden verspricht wie der kolonial-militarismus. Für die Kolonien ist die Reichstagsmajorität außerordentlich freigebig. Hat sie in diesem Jahre doch sogar einer „Ausnahmestelle für Auswanderer“, deren Verwaltung sich in den Händen der privaten und noch dazu parteipolitischen „Deutschen Kolonialgesellschaft“ befindet, 30 000 M. erstmalig bewilligt. Diese Ausnahmestelle ist ein Werbebureau für die Auswanderung in die ostafrikanischen Kolonien. Nachdem nun die Reichstagsmehrheit einmal Zuzuschuß bewilligt hat, werden weitere Forderungen nicht auf sich warten lassen.

Für die Kolonialbureaucratie genügen bereits die Räume im Auswärtigen Amt nicht mehr. Es wurden deshalb die Grundstücke Bismarckstraße 45/46 zu Berlin, die der Fürstin Luise von Hohenzollern gehörten, angekauft, um dort die Dienstgebäude der Kolonialverwaltung einzurichten. Für diesen Zweck bewilligte der Reichstag einen Kaufpreis von 2 1/2 Millionen Mark (erste Rate 1 278 000 M.). Von unserm Redner wurde der Wert der Grundstücke auf höchstens 1 1/2 Millionen Mark taxiert und vor dem Kaufe gewarnt. Aber die Weisheit bewilligte in namentlicher Abstimmung, unter braver Mitwirkung vor allem des Centrums, der Antisemiten, Nationalliberalen und freisinnigen Vereinigung, die verlangte Summe.

Ebenso bewilligungsfroh war diese Mehrheit bei allen sonstigen Forderungen für die Kolonien. Für eine Telegraphenlinie von Dar es Salaam nach Tabora bewilligte sie einen Zuzuschuß von 168 000 M. und aus den Mitteln der Reichs-Postverwaltung als erste Rate 300 000 M. Dagegen fand sie sich mit allen Klagen über die Zustände in den Kolonien leicht ab. Unser Fraktionsredner konnte über grausame Mißhandlungen von Kameruner Eingeborenen berichten. Solche als Arbeiter auf Plantagen verwendete Schwarze waren wegen irgend welcher Vergehen gefesselt, ihre Hände mit Spiritus



begonnen und dieser darauf angeordnet worden. Diese Dinge konnte der Kolonialdirektor nicht bestreiten; er verwies nur darauf, daß die betreffenden Kaufleute bestraft worden seien. Die That- sache aber, daß solche Grausamkeiten seitens der Europäer sich immer wieder ereignen, zeigt doch am besten, von welcher Art die „Kultur“ ist, die die Europäer dort drüben verbreiten.

Wanderzügen verließen sich die Eingeborenen anderer Kolonien, so z. B. Simons, darauf, den deutschen Geldbeutel anzuklopfen, als ob sie waschechte ostelbische Karawänen wären. So klagte die Regierung selbst über die Ungelehrtheit der Hauptlinge, die für die Erhebung der Kopfsteuern Gebälter verlangen und „Viebesgaben und Geschenke“ haben wollen. (Gouverneur Dr. Solf.)

Auch an der asiatischen Küste wird der Boden von Klautschou bearbeitet mit immer erneuten und vergrößerten Willkürsopfern aus den Taschen der deutschen Steuerzahler. Dabei ist eine dauernde militärische Besatzung nötig, um Deutschland den „kostbaren“ Besitz zu erhalten.

Die Praxion hat daher auch gegenüber der Kolonialpolitik auf ihrem alten Standpunkte verharrt: dieser kapitalistisch-militaristischen Kolonisation keinen Raum und keinen Großraum.

Die Zölle und Verbrauchssteuern erreichten für das Rechnungsjahr 1902 folgenden Betrag:

Zölle	488 651 000 M.
Tabaksteuer	12 108 000
Zuckersteuer	114 897 000
Salzsteuer	49 320 000
Draufsteuern:	
a) Maßschottelsteuer	16 863 000
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag	110 592 000
Draufsteuer und Uebergangsabgabe vom Bier	31 580 000
Schwarz (Abfindungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)	72 690
Insgesamt	819 083 690 M.

Diese Zölle und Verbrauchsabgaben rufen als schwere Last auf den Schultern der breiten Volksmassen. Sie verteuern den Lebensunterhalt und tragen mit bei zur Verelendung der Arbeiterfamilien. Sie verteuern die wesentlichsten Lebensmittel und bedauernswürdigen in folgender Weise:

- 1 Kilogramm Brot mit 4 Pf., 1 Kilogramm Fleisch mit 15 Pf., 1 Kilogramm Schmalz mit 10 Pf., 1 Kilogramm Speck mit 20 Pf., 1 Kilogramm Reis mit 4 Pf., 1 Kilogramm Salz mit 12 Pf., 1 Kilogramm Zucker mit 20 Pf., 1 Kilogramm Kaffee mit 40 Pf., 1 Kilogramm Gewürz mit 50 Pf., 1 Kilogramm deutschen Tabak mit 22 Pf., 1 Kilogramm ausländischen Tabak mit 65 Pf., 1 Cigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit 1/2—1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 28 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf.

Die unerfüllliche Gahler der herrschenden Klassen strebt jetzt durch die Hinaushebung der Zölle nach einer noch höheren Belastung unserer notwendigsten Lebensmittel. Dagegen richtete sich der Kampf unserer Fraktion, von welchem zumal die Zolltarif-Debatten Zeugnis ablegen.

Die ungeheuren Opfer, die, trotz der schlechten Finanzlage, Deutschland für Militarismus und Marinismus aufbringt, bewirken, daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen werden und damit die Summe der Reichsschulden sich in beständiger Steigerung befindet. Sie betrug 1880: 887 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418 Millionen Mark, 1902: 2515 Millionen Mark. In ihrer Verzinsung erfordert diese Reichsschuldsumme 1881: 11 Millionen Mark, 1891: 55 Millionen Mark, 1902: 93,6 Millionen Mark.

Bei der Beratung des Reichsjustizgesetzes brachte unsere Fraktion unter anderem den Fall Wredenbeck zur Sprache. Die Behandlung dieses Gesetzes, der, als Redakteur unseres Dortmunder Parteiorgans, gefesselt durch die Strafen des Reichsjustizgesetzes, ein Vorgang, den seine tief erschütterten Angehörigen, seine Mutter, seine Frau, seine Brüder mit ansehen mußten, hat die Aufmerksamkeit der weitesten Öffentlichkeit wiederum auf die Art gelenkt, wie Polizei und Justiz in Deutschland mit Schriftstellern und Redakteuren verfahren, die irgend eines Vergehens schuldig sind. Unsere Fraktion benutzte das Vorkommnis zur Geißelung des ganzen Systems. Ihr Redner hielt demgegenüber die rechtschaffenste Behandlung, die dem Prinzen Krenberg zu teil geworden war, und verlangte, daß endlich einmal in der Behandlung aller politischen Gefangenen eine Aenderung eintrete. Weiter erstreckte sich unsere Kritik auf die bekannte Anwendung des Erpressungs-Paragrafen auf die Gewerkschaften, sie verlangte den Schutz des Koalitionsrechts und eine zeitgemäße Revision des Strafgesetzbuchs. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt erwiderte darauf in der bei ihm gewohnten Weise. Die einzelnen vorgebrachten Beschwerden gehen ihn nichts an, das sie in die Ressort der Minister einzelner Bundesstaaten gehören. Die Notwendigkeit der Reform des Strafvollzugs ist schon seit zwanzig Jahren bekannt. Aber diese Reform ist zu schwierig, um von heute auf morgen erledigt zu werden. Die Hefelung Wredenbeck haben die zuständigen Instanzen nicht für richtig gehalten und es steht zu hoffen, daß sich Gleiches nicht wieder ereignen wird usw. Weniger dieses Verhalten der Reichsregierung als das Verhalten der bürgerlichen Parteien trägt die Schuld an solchen Vorkommnissen, wie es die Behandlung unserer Redakteure ist. Mit ein paar matten Redensarten gingen die bürgerlichen Parteien darüber hinweg und die Nationalliberalen brachten es sogar fertig, über die angeblich zu geringe Bestrafung der Verleumdungen zu lamentieren. Dies Verhalten der bürgerlichen Parteien wurde von unseren Rednern gebührend gegeißelt und darauf verwiesen, daß wir die Reform des Strafvollzugs längst hätten, wenn nur der Reichstag sie mit der nötigen Energie fordere.

An der Spitze der Reichspost- und Telegraphenverwaltung stand in diesem Jahre als neuer Leiter Herr Kraetke. Herr v. Wobbeleit, die Hoffnung der Junker, ist in das preussische Landwirtschaftsministerium übergesiedelt, so daß der Reichstag mit ihm nur noch hier und da als unwichtigen Anwalt junckerlicher Interessen zu thun bekommt. Dem neuen Postminister Herrn Kraetke kam der Reichstag nicht unfreundlich entgegen. Im Gegensatz zu seinem temperamentvollen Vorgänger bietet er vorläufig wenig Angriffspunkte, da man noch nicht weiß, wie sich unter ihm die Reichspost entwickeln wird, der Minister aber das Bestreben zeigt, dieselbe in die Hände nach Möglichkeit abzugeben. Unsere Fraktion forderte Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Maßnahmen gegen ihr Wohnungsleiden. Sie wandte sich in ihrer Kritik der Postbehörden gegen vorgekommene Fälle von Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, gegen dienstliche Ueberlastung von Unterbeamten. Ein Redner übte an der Postfreiheit, welche für städtische Persönlichkeiten gewährt wird, Kritik und es wurde festgestellt, daß von den Höfen auch für deren Telephongespräche keine Gebühren erhoben würden.

Das Reichs-Eisenbahnamt ist im Grunde nichts als eine besondere Abteilung des preussischen Eisenbahnministeriums. Der Geist derselben schwebt auch über den Maßnahmen des Reichs-Eisenbahnamts. Die Ueberwachungsstelle des preussischen Eisenbahnministeriums duldet im Reiche ebenso wenig die Durchführung der dringenden notwendigen Tarifreformen wie in Preußen. Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts ließ sich auf eine Erörterung über die Tarifreformen nicht ein und die von unserer Seite erhobenen wohlbegründeten Klagen über die Eisenbahnunfälle, beantwortete er mit dem Trost, daß ja die Zahl dieser Unfälle nicht zugenommen habe, denn nicht auf die Zahl der verletzten Personen komme es an, sondern auf die Zahl der Unfälle an sich. Kritisch wandte sich hiergegen unser Fraktionsredner, wie wir durch ihn auch wiederum energisch die Verbilligung der Tarife verlangten, gerade im Interesse der Arbeiterklasse, deren soziale Lage dadurch ganz wesentlich gebessert wird, daß man es ihr möglich macht, den Aufenthaltsort rasch und billig zu wechseln. Während das ausbeuterische Junkertum durch hohe Tarife es den Arbeitern möglichst erschweren will, der Anale des Junkers

zu entziehen und über die „Eisenbahngabonndage“ Klage führt, sind wir der Ansicht, daß unsere Bevölkerung viel zu schlecht ist und eine durch billige Eisenbahntarife herbeigeführte größere Beweglichkeit derselben von besserem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein wird. Unsere Fraktion wird deshalb, soweit hierzu der Reichstag überhaupt im Stande ist, stets hinwirken auf vollständige Reformen im Eisenbahnwesen und Bruch mit der staatskapitalistischen Ueberwachungsstelle.

### Gesetzentwürfe.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Strandungsordnung giebt der Behörde das Recht, die Beilegung der im Fahrwasser, auf der Meere oder im Hafen hilflos treibenden Wracks oder sonstiger auf den Grund gesunkenen Gegenstände zu veranlassen. Sobald die Behörde eingeschritten ist, darf, ohne Genehmigung derselben, niemand mehr etwas vom Wrack weg schaffen. Zur Kostendeckung der Beilegung kann die Behörde die beilegten Gegenstände öffentlich verkaufen, soweit nicht Sicherheit gestellt ist. — Der Gesetzentwurf bot keinen Anlaß zu Debatten und wurde angenommen. Um so lebhaftere Debatten rief die Seemannsordnung hervor. Bei dieser Gesetzesmaterie standen sich die Interessen der Reeder und der Seeleute scharf gegenüber. Man kennt die Praktiken unserer Reeder, die sich oft durch das schwierigste Teufelschanden zu Millionen heraus „arbeiten“. Vor der Ausbeutung des Schiffskapitals die Seeleute nach Willkür zu schälen, erachteten wir als unsere besondere Pflicht. Die Seemannsordnung und die mit ihr zusammenhängenden Gesetze: Verbilligung der Kauffahrtschiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittlung für Schiffleute, Abänderung serechlicher Vorschriften des Handels-Gesetzbuchs, war bereits in der vorigen Session in Kommissionsberatung gewesen. In dieser Session war sie wieder vorgelegt worden, ohne daß die Regierung von den damaligen Kommissionsbeschlüssen Notiz genommen hätte. Die Gesetzentwürfe blieben auch den vorigen Sommer wieder in der Kommission stecken und wurden erst in diesem Winter aufgearbeitet. Unter meinen Gegnern waren in erster Linie die Nationalliberalen die wildesten Anwälte des Reeder-Interesses. Man faßte bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß all das „wirtschaftlich freiheitliche“ beim Nationalliberalismus nur grobe Täuschung ist und, sobald es sich um die Niederdrückung der Arbeiter handelt, der richtige Nationalliberal auch in wirtschaftlicher Hinsicht den rückständigsten Junker übertrumpft. Jammer, wenn wir den Seeleuten gegenüber dem ausbeuterischen Reeder den Schutz des Rechts an die Hand geben wollten, schrien die Nationalliberalen über den Bruch der Disziplin und verkündeten den Untergang der Reederei. Aber unsere Redner namen kein Blatt vor den Mund. Sie schilderten die Ausplünderung der Arbeitskraft der Seeleute, ihre oft schändliche Behandlung, ihre Rechtlosigkeit gegenüber den Kapitänen, die den Profit der Reederei immer vor Augen haben. Zahlreiche Einzelfälle führten unsere Redner zur Unterbrechung ihrer Forderungen an. Von unserer Fraktion wurde beantragt, bei der Beilegung der Seemannsordnung in allen Fällen einen der Schöffen aus dem Kreise der seefahrenden Schiffleute zu nehmen gleichzeitig Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung und Diätenzahlung an die Schöffen einzuführen. Ursprünglich hatte das Centrum diesen Antrag unterstützt, das Wesen der Reeder und das Abwinken der Regierung veranlaßte aber einen beim Centrum üblichen Anfall und wir blieben in der Minderheit. Unser Versuch, an auswärtigen Hafenplätzen den Konflikt, wenn er Mitthaber der Reederei ist, prinzipiell auszuschließen, mißlang, dagegen legten wir bei einem anderen Paragraphen die Verbesserung durch, daß die Anwesenheit der gewerkschaftlichen Stellenvermittler, der „Landhaie“, als Vertreter der Reederei bei der Musterung ausdrücklich verboten wurde. Weiter verfaßten wir in das Gesetz, in die notwendigen Angaben des Heuervertrages, auch die Zeit des Dienstantritts, die Zahl der auf den Schiffen beschäftigten seefahrenden Mannschaften und die Höhe des Ueberstundenlohnes einzuführen. Doch wurden wir niedergestimmt. Die Mehrheit ließ auch die Bestimmung stehen, wonach der Schiffmann, der ohne genügende Entschädigung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstverhältnisses sich entzieht, von der Polizei zwangsweise und noch dazu auf seine Kosten an Bord gebracht werden kann. In Bezug auf Ueberstundenbestimmung wurden nicht nur unsere Verbesserungsanträge abgelehnt, sondern es wurde sogar eine konservative Verschlechterung, die die Abhängigkeit des Seemanns vom Kapitän noch erhöht, in das Gesetz hineingebracht. Bei den Paragraphen, welche die Arbeitszeit auf den Schiffen im Hafen und auf offener See, im gemäßigten Klima und in den Tropen, sowie die Sonntagsruhe und die Entschädigung für Ueberstunden behandeln, erwarben sich die Reichsparteiler große Verdienste um den höchsten Reederprofit. Unter ihrer Führung lief die Mehrheit sogar Sturm gegen die Kommissionsbeschlüsse und setzte durch, daß die achtstündige Arbeitszeit in den Tropen für die Stewards und die Arbeiter im Aufschiffsdienst nicht gilt. Auch die Verzahlung der Ueberstunden wurde diesen Arbeitern gestrichen. In der Mehrheit stand auch die freisinnige Vereinigung mit. Ihr Führer war Herr Frese. Die Art und Weise, wie uns die Mehrheit niederschnitt, wurde schließlich so arg, daß unsere Redner sich mit Festigkeit dagegen auflehnten und das Reederturn schonungslos angriffen. Die Nationalliberalen antworteten darauf mit Bemerkungen, wie „ein Vogel, der sein Nest beschmutzt“. Diese Herren glauben nämlich, daß ein Abgeordneter Hamburgs ein Vertreter des Reeder-Interesses sein müsse, obgleich er von Arbeitern gewählt ist. Wir zeigten den Herren indessen, daß das Interesse der Wähler und das Interesse der ausbeuterischen Reeder zweierlei ist und behandelten im übrigen ihre Wut mit dem gebührenden Spott.

Die Regelung der Fürsorge für den erkrankten und verletzten Seemann gelang es uns durch unsere Anregungen wenigstens etwas zu bessern. Ebenso gelang es uns bei der Regelung des Heuerbezuges in Krankheitsfällen für Angehörige der Seeleute Verbesserungen durchzusetzen. Dagegen zeigte sich wieder die ganze Rücksichtslosigkeit der Mehrheit, als das Koalitionsverbot in Frage kam. Hier fanden die Reeder vorzügliche Anwälte in den Konservativen, die das Koalitionsrecht, welches ihnen ein Schenkel und Greuel ist, aufs heftigste bekämpften. Es kostete uns alle Mühe, im Gesetz den Ausdruck, der vom „Entlassen“ des Seemanns wie vom Entlassen eines Hundes spricht, wenigstens in „Entweichen“ abzuändern. Schließlich wurde auch noch unser Verlangen, bei Lohnstreitigkeiten für die Seeleute die Gewerbegerichte zur Instanz zu machen, mit großer Entrüstung abgelehnt, wobei es noch (in zweiter Lesung) eine Gewerbegerichts-Debatte gab, in welcher sich deutlich die ganze Feindseligkeit der Regierung und aller bürgerlichen Parteien gegen das „Lohnement“ in der Reichsprechung zeigte, welches die Witt-wirkung der Arbeiter in den Gewerbegerichten darstellt.

Angefaßt der geringfügigen Verbesserungen, die die Vorlage brachte, vor allem aber der Art, in welcher die Mehrheit unsere wichtigsten Anträge niederstimmte, votierte unsere Fraktion in der Schlussabstimmung gegen das Gesetz mit Nein.

Die Verleugung riefen keine bemerkenswerte Debatte hervor. Das Gesetz vom 27. Dezember 1872, welches die Kauffahrer verpflichtet, hilflosbedürftige Seeleute mitzunehmen, wurde in verschiedener Hinsicht gebessert oder geändert. Dieser Aenderung halber erhielt das Gesetz auch einen anderen Titel: „Hilfsbedürftige“ wurde in „heimzuschaffende“ Seeleute umgeschrieben. Neu ist an dem Gesetze u. a., daß die Kauffahrer verpflichtet sind, auch Sträflinge mit heimzuschaffen. Es ist dies insofern eine Verbesserung, als früher, ihrer Ueberführung zur Aburteilung in Deutschland harrende Seeleute oft lange Zeit in fremdländischen Gefängnissen als Unterungsgesangene hocken konnten, wenn die nach Deutschland zurückkehrenden Kauffahrer sich weigerten, sie mitzunehmen. In dem Gesetz betreffend Stellenvermittlung ist der weittragendste Paragraph derselbe, welcher den Reeder zur Zahlung der Hälfte der Stellenvermittlungsgelder verpflichtet. Es wird damit dem Anwesen der Gruerbote wirksam entgegen gearbeitet werden, denn sobald die Reeder die Hälfte der Gebühren bezahlen müssen, werden sie im Interesse des eigenen Geldbeutels eine billige Stellenvermittlung schaffen und so der Ausbeutung der Seeleute durch die Heuerdase entgegenwirken. Endlich

hat die Aenderung der Seemanns-Ordnung Abänderungen der seerechtlichen Vorschriften des Handels-Gesetzbuchs notwendig gemacht.

Der Reichstag nahm am Schluß der Seemannsdebatte eine Resolution an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, dem Reichstage mit thunlichster Beschleunigung und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetätigkeit, Tiefgang, Seemannung und Verproviantierung von Kauffahrtschiffen geregelt, für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reichs unterstehende Instanz bestimmt wird. Wir stimmten für diese Resolution, weil sie dem Zustande ein Ende machen will, daß manche Reeder „den Kosten vollpaken bis zum Erfassen“, wie der Ausdruck eines Reeders lautete, der in der Debatte angeführt wurde. Unser Redner zeigte, an der scheidlichen Zahl der verflochtenen Schiffe, wie notwendig es sei, hier gesetzlich Remedur zu schaffen.

Eine wichtige sozialpolitische Materie, welche den Reichstag in dieser Tagung beschäftigte, war die **Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben**. Infolge des Verbots der gewerblichen Beschäftigung von Kindern in Fabriken, war die Kinderausbeutung in der Hausindustrie bedeutend gestiegen. Die Unternehmer schlugen dem Geley ein Schnippschen, indem sie die Arbeiten, welche bisher Kinderhände in der Fabrik besorgt hatten, an die Hausindustrie gaben und durch Hungerlöhne die Eltern zwangen, ihre Kinder bei der Arbeit mit anzupacken. Sie machten dabei überdies noch ein Profitchen, indem sie einen Teil der Produktionskosten, die sie bei der Fabrik-Kinderarbeit hatten, auf den Hausindustriellen abwälzten. So stieg die Kinderausbeutung in der Hausindustrie, und mit brennenden Augen und blutendem Herzen mußten die Proletariereltern zusehen, wie ihre Kinder frühzeitig bei unmäßiger Erwerbsarbeit ihre Gesundheit raumeren, während für die Kinder der Reichen Frühling und Sommerferien, lagen. In dieser hausindustriellen Thätigkeit gefiel sich die Erwerbsarbeit der Kinder in der Landwirtschaft, in häuslichen Dienstleistungen, im Handels- und Verkehrs-gewerbe, in Gastwirtschaften, als Austräger und Ausläufer. Die gewerbliche Kinderarbeit ist eines der düstersten Bilder des sozialen Elends des Proletariats. Die Reichsstaatsrat von 1900 stellte 532 283 Kinder in noch nicht oder noch schulpflichtigen Alter fest, welche außerhalb der Fabriken und außerhalb Landwirtschaft und Hausindustrie thätig waren. Thatsächlich ist dies nur die unterste Grenze. In einer großen Anzahl Bundesstaaten sind nur eine Anzahl Betriebe für die Enquete herausgegriffen, die übrigen nur abgeschätzt worden. 1895 ergab die Berufszählung der in einem Hauptberuf gewerblich thätigen Kinder bereits eine weit höhere Zahl und man wird die thatsächlichen Verhältnisse ziemlich genau treffen, wenn man heute die in gewerblichen Betrieben thätigen Kinder auf eine Million, die in Landwirtschaft und Hausindustrie thätigen Kinder mit zwei Millionen abschätzt.

Gegenüber diesen Zuständen bedeutet der Gesetzentwurf nur eine schwächliche Halbheit. Er verbietet die Kinderarbeit überhaupt bei Bauen, Ziegeleien, Bräuen und Gruben, beim Steinlopfen sowie in Werkstätten zur Herstellung von Schieferwaren, Steinarbeiten, in Köpfen, Kalkbrennerei, Spiegelblech, Glasbläser, Blei- und Zinn-Spielwaren, Metallgießerei, Schleiferei, Gläser- und Bronzier-, Feilenhanerei, Quecksilberarbeit, Feuerwerk- und Zündholz-Werkstätten, Abdeckereien, Färberei, Lampenfortler, Gummi-, Guttapercha- und Kautschukwaren, Polsterwaren-Werkstätten, in Koffhaat-Spinnereien, Werkstätten der Perlmutter-Verarbeitung, in der Wärsen- und Wärselmacherei, Fleischereien, Hakenhaat-Wäschereien, Wäsche-Reinigung, Maler- und Anstreicher-Werkstätten, Gemischen Waschanstalten. In allen übrigen Werkstätten sowie im Handels- und Verkehrs-gewerbe wird die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten. Die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren wird auf täglich drei Stunden und in den Schulferien auf vier Stunden beschränkt, darf nicht über 8 Uhr abends dauern und vor dem Vormittagsunterrichte nicht beginnen. Bei theatralischen Aufführungen und Schaustellungen dürfen Kinder unter zwölf Jahren, sofern nicht das höhere Interesse der Kunst und Wissenschaft vorwaltet, nicht beschäftigt werden, mehr als zwölfjährige Kinder nur bis 9 Uhr abends. In Gast- und Schankwirtschaften ist die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten, die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren mit der Einschränkung, daß Wärschen nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden dürfen. Beim Austragen und bei Botengängen erlaubt der Gesetzentwurf die Kinderarbeit bereits vom zehnten Lebensjahre ab und giebt überdies der unteren Verwaltungsbehörde für die ersten fünf Jahre das Recht, zu gestatten, daß die Arbeit 12jähriger Kinder hier bereits von 6 1/2 Uhr morgens an eine Stunde lang dauern darf. Der Gesetzentwurf verbietet weiter, mit Einschränkungen, die Sonntagsarbeit der Kinder und unterlagt die Beschäftigung eigner Kinder für alle die Betriebe, in denen auch fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

So ist hier wieder ein paragraphenreicher Gesetzentwurf geschaffen, weil die Reichs-Socialpolitik nicht den Mut findet, kurzweg alle Erwerbsarbeit der Kinder vor dem 14. Lebensjahre zu verbieten.

Die Gegner waren mit dem Gesetze höchlich zufrieden und sangen Lobeshymnen auf die Thatsache der Regierung, romantisch die Junker schmanzelten, weil der landwirtschaftlichen Ausbeutung der Kinder in keiner Weise entgegen getreten wird und die Junker somit die billige Kinderarbeit auch weiterhin behalten werden. Ihre Anschauungen über Socialpolitik sagte ihr Redner in den höchst lehrreichen Worten zusammen: „Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande hält, kann man an eine Socialreform denken!“ Unser Redner schilderte demgegenüber die gegenwärtig herrschenden schmerzlichen Zustände, vor allem auch die Ausbeutung der Kinder auf dem Bande durch die Hakenhaat. Graf Pofadovsky aber nannte das Hakenhaatvergehen eine verhältnismäßig leichte Arbeit, und bezüglich der Hakenhaatvergehen er schwärmerisch auf die poetische Rolle, welche der Hakenhaat in der Dichtung spielt. Ihm sprangen die bürgerlichen Vertreter in ihrer Gesamtheit bei, Junker, Polen, Elässer, Centrumslente, und den Vogel schob Herr Stöder ab, der selbungswohl die Freuden der Kinder beim Kartoffelasmauchen schilderte.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen und wird im Herbst zur zweiten Beratung gelangen.

Bei dem Gesetzentwurf, der die **gesetzliche Behandlung des Zolltarifgesetzes** regelt, mußte die Regierung schweren Herzens mit ihrem Geduldsge: keine Diäten für den Reichstag, brechen, Bestimmung hierfür war, daß sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Kommissionsberatung des Zolltarifs bis zur Reichstagsvertagung fertigzustellen. Um die Kommission über den Sommer zusammenzusetzen, wollte die Regierung jedem Mitgliede derselben einen Betrag von jezt 2400 M., in Summa 67 200 M., bewilligen. Unsere Fraktion ergreift die Gelegenheit, die ganze Frage der Diätenlosigkeit des Reichstages aufs neue aufzurollen. Unser Redner erklärte aber, daß unsere Fraktion der Diätenfrage mit großer Gemütsruhe gegenüberstehe, da die Diätenlosigkeit unser Wachstum in keiner Weise verhin-dert habe. Es falle uns auch jetzt gar nicht ein, das Zustandekommen eines Gesetzes, welches dem Volke die wichtigsten Lebensmittel verteuere, durch Diäten zu fördern. Habe doch auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, die 1898er Gewerbe-Ordnungs-Kommission, monatelang außerhalb der Tagung des Reichstages gesessen, ohne Entschädigung zu bekommen. Wenn nun die Vorlage ohne unseren Willen Gesetz werden sollte, so würden wir die auf unsere Fraktionsmitglieder entfallenden Kommissionsdiäten in unsere Partei-kasse zu führen, um damit eine energichere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu betreiben. Diese Erklärung war den Gegnern begrifflichweise so unangenehm wie irgend möglich. Ihre brennende Sehnsucht, den Zolltarif zu fördern, ließ sie aber auch den unfreiwilligen Beitritt an unsere Partei-kasse mit in den Kauf nehmen. Sie nahmen die Diäten, mit der Gesamterhebung auf 56 000 M. und für das Kommissionsmitglied 2000 M. an. Wir haben anfangs dessen allgemeine Tages-gelder für die Abgeordneten überhaupt verlangt; der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, ebenso unser Eventual-antrag, den Kommissionsmitgliedern 20 M. Anwesenheitsgelder pro Tag zu gewähren.



Die Platen an sich haben bis jetzt die Tätigkeit der Zollkommission auch um keinen Schritt zu fördern vermocht.

Der **Kriegs-Verdichtungsdruck** war ein seit langen Jahren vorhandener Uebelstand, unter dem zumal unsere Parolepresse zu leiden hatte. Es war vorgekommen, daß die Redacteure unserer Blätter an Orten, wo nur einige Exemplare der Zeitung vertrieben worden waren, auf das Verlangen eines Staatsanwaltes, eines Unternehmers oder sonst wessen vor Gericht gezogen wurden, indem man diesen Verbreitungsort als den Ort der That anmaßte. Die zahllosen Unzulänglichkeiten, die sich daraus ergaben, sind so oft beklagt worden, daß man sie hier nicht erst zu schildern braucht. Gegenüber dem Klagen hatte die Regierung stets gesagt, daß man vor der allgemeinen Revision der Strafprozeß-Ordnung einzelne Materien aus dieser nicht herausgreifen dürfe. Nachdem sie sich dann aber von der Harmlosigkeit der Reform überzeugt hatte, kam sie mit einem Gesetzentwurf, der den in Frage kommenden § 7 der Strafprozeß-Ordnung dergestalt abänderte, daß für periodische Druckschriften dasjenige Gericht als zuständig gilt, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Es wurde aber sofort wieder eine Durchsicherung geschaffen durch die weitere Bestimmung, daß für die Verfolgung von Verleumdungen im Wege der Privatklage auch der Verbreitungsort zuständig sei, sofern an ihm die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt habe. Und damit der Reichstag nur ja nicht glaube, die Regierung wolle ihm zu weit entgegenkommen, gab der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums der Vorlage als Geleitwort mit auf den Weg: Die Vorlage sei weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der verbandelten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser strittigen Frage der Forderung des Reichstags entgegen zu kommen. Sollte der Reichstag den gegenwärtigen Zustand für besser halten als das Vorgesetzte, so ziehe die Regierung das Gegenwärtige auch vor. Unser Redner gestellte diesen Standpunkt ganz gehörig, verlangte ein bestimmtes „ausdrückliches“ Forum für Verleumdungen und die Einbeziehung auch der nichtperiodischen Presse in die Vorlage. Im übrigen beantragte wir, daß, sobald der Inhalt einer Druckschrift den Tatbestand einer strafbaren Handlung begründe, für alle dabei beteiligten Personen ausschließlich der Erscheinungsort als Gerichtsstand zu betrachten sei. Aber die Reichstagsmehrheit war nur mit Mühe dazu zu bewegen, aus dem Gesetz das Wort „periodisch“ zu streichen und so auch die nichtperiodische Presse einzubeziehen. Auf weiteres ließ sie sich nicht ein. Wir stimmten daher, und weil es uns nicht als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande erschien, gegen das Gesetz.

Eine allgemeine Ueberprüfung bereite die kaiserliche Kundgebung, welche die **Aufhebung des Diktatur-Paragrafen in Elsaß-Lothringen** verhandelt. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahmegewalten beseitigt, über welche sich die Elsaß-Lothringische Bevölkerung lange mit Recht, aber vergeblich beklagt hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagrafen hatten wir Socialdemokraten an der Seite der eifrigen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraf gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er „zur Abwendung der Gefahr“ für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken Truppen zu requirieren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Beratung stand, schwamm alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwelung, mit der sie, nach jahrelangen heftigsten Widerstande, sich jetzt plötzlich auch für die Beseitigung aussprachen, was von den „Gründen“ zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerspruch gegen fortschrittliche Maßregeln maalierten. Die Elsaß-Lothringer betreten nach der Reife die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagrafen zu bedanken, welche ein Centnalsabgeordneter als ein „Geschenk“ bezeichnete. In diesen Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unseren Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich gesehen sei, was wir Socialdemokraten jahrelang gefordert hätten, und weisen im übrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmezustand in den Reichsländern noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächst zu erstrebendes bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesausbau, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht und die Aufhebung des jetzigen, aus der Zeit Napoleons III. stammenden sowie endlich die Aufhebung des jetzigen und die Einführung des allgemeinen deutschen Pressgesetzes. Mit diesen Motivierungen stimmten auch wir der Aufhebung zu. Auch nach dieser Aufhebung des Diktaturparagrafen regiert in Elsaß-Lothringen der alte Polizeigeist weiter, wie das Ausfreten des Staatssekretärs der Reichslande, v. Köller, im Reichstage bewies.

Unter den **Steuergesetzen** wurde das aus der vorigen Session noch rückständige **Schaumweinsteuer-Gesetz** nunmehr erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unkosten beitragen, die der Weinbau und Vermarktung, und schon aus dem Grunde hatten wir keine Veranlassung, dasselbe zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten Schaumweine. Sollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine „Luzinssteuer“ schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbenommen, endlich den Weg durch die Einführung einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Ertragung der Lasten der kostspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz nur ein Palliativmittelchen, dem die Fraktion ihre Zustimmung versagte.

Die **Branntweinsteuer-Vorlage** kommt im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns bekanntlich gelungen, die Beschlußfähigkeit zu konstatieren, wodurch der Spiritusjunker und ihrer Spirituscentrale ein arger Pöbel gespielt war. Beim Wiederausbruch des Reichstages war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Centrum zu Stande gekommen, welches die im Mai des Vorjahres verabschiedete Liebesgaben-Politik auf andre Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück, und in der Sitzung, den Protest der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommissionsmehrheit an dem Gesetz so vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionsarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt. Unsere Fraktion übte eine scharfe Kritik an den Schönheiten der Spiritusgesetzgebung. Wir forderten die Abschaffung der hohen Spiritussteuer, welche die Ausbreitung der Trunksucht in keiner Weise hindere, wohl aber eine Liebesgabe von 48 Millionen Mark aus den Taschen der Trinkbranntwein-Konsumenten an die Brenner möglich mache. Die Spiritusindustrie besitze an und für sich durchaus nicht die Erzielsberechtigung, welche ihr die Spiritusinteressenten zuschreiben. Diese enorme Spiritusproduktion sei erst künstlich durch die unerhörten Preissteigerungen der Centralen für Spiritusverwertung erreicht worden. Der Nach wird doch einmal kommen. Nicht durch die Spiritus-Liebesgabe werde die „Gesundheit des Kartoffelbauers“ bewirkt werden, sondern durch den Anbau besserer Kartoffelarten, die zwar nicht die großen Erträge liefern wie mit Hilfe der Liebesgabe die minderwertige Kartoffel, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nützlich. Diese Liebesgabe nützt überdies nur den größeren Brennereien Deutschlands und nicht den mittleren und kleineren Brennereien. Wir legten Verwahrung gegen eine derartige Gesetzgebung ein.

Auf unsere Einwände erwiderte die Regierung, daß bei jeder Steuer auf die großen erwerbenden Industrien Rücksicht genommen werden müsse und als die Spiritussteuer auf das Biergeschäft erhöht werden müsse, man den landwirtschaftlichen Brennereien, um sie existenzfähig zu erhalten, eine staatliche Unterstützung habe geben müssen. Das könne man doch keine Liebesgabe nennen. Und die Agrarier, die nach dem Grundgesetz handeln: „Fusel brennen, das ist kein — Fusel trinken, wie gemein!“ beschuldigten uns, wegen unseres Widerstandes gegen die Liebesgabenpolitik einer „latenten Sympathie für den Konsum von Spiritus“. Auch die wackeren Polen

hätten hier, wo es sich um agrarische Selbstinteressen handelte, weidlich den preußischen Junkern gegen die socialdemokratische Opposition.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1889 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns notwendig angesichts der Thatfache, daß gerade die kleinen Brennereien auf dem Lande stark fuselhaltigen Spiritus produzieren. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitsgefährlich herausstellt, zu Grunde geht, konnte uns gleichgültig sein als wenn viele Trinker an dem Genuß von Fusel ihre Gesundheit total zerstörten. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennereien eine verdeckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark zuschützte, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung der dritten Liebesgabe, der Brennsteuer. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennern, sondern von dem konsumierenden Publikum getragen und zwar in Höhe von 11 bis 12 Millionen Mark jährlich, so daß die Gesamt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 130 Millionen gehen in die Staatskassen, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So verhielten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gesetzgebung die schlimmsten Fische anzudecken, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichstagspräsidenten ersucht, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Maischbottich-Steuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe vorzulegen. Ferner: dafür Sorge zu tragen, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffel und Bierhese und das Festhalten solcher gemischten Hefe verboten werde.

Die **Abänderung des Zuckersteuer-Gesetzes** war durch die Brüsseler Judenkonvention notwendig geworden. Die Judenkonvention war am 5. März d. J. seitens der Regierungen unterzeichnet worden, nachdem endlich die deutsche Regierung ihren verzögernden Widerstand aufgegeben hatte. Nachdem die Zollpolitik der Judenartelle nicht nur die Konsumenten in der schamlosesten Weise ausgeplündert, sondern auch die Zuckerindustrie durch eine schlimme Ueberproduktion schwer gefährdet hatte, waren Großbritannien, das Haupt-Verbrauchsland für Zucker, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, als die Haupt-Exportländer für Zucker, mit einziger Ausnahme Rußlands, zu einem Vertrage zusammengetreten, der eine Art Abstrichpolitik auf dem einen Gebiete des Schutzzolles darstellte. Die Exportländer verpflichteten sich, alle direkten und indirekten Prämien für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Um zu verhindern, daß in Zukunft die Zuckerindustrie eines Landes, unter hohem Zollschutz, mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch Vorteile zieht, die den vertraglich abgeschafften Prämien gleichkämen, wurde ferner bestimmt, daß die sogenannte „Surat“ (Ueberzoll), d. h. der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt werde, der bei Rußland und ausländischem Zucker 6 Fr. und bei rohem Zucker 5/3 Fr. für 100 Kilogramm nicht überschreiten darf. Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, übernahm gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewährt werde. Ferner übernahm dieses Land die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrages, den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln. Der Zucker jener Länder, die den Vertrag nicht mit unterzeichneten, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungslande genießt, oder der Vorteile, die sich aus einem dort bestehenden hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Der Vertrag wurde auf fünf Jahre geschlossen und tritt am 1. September 1903 in Kraft.

Durch die Konvention wurden den ausbeuterischen Zuckerartellen Riegel angelegt und die Zuckeragrarier begannen deshalb gewaltigen Lärm zu schlagen. Aber der Bankrott, zu dem die Hochzollindustrie in der Zuckerindustrie geführt hat, ist zu offensichtlich, als daß sich die Zuckerinteressenten der internationalen Regelung dauernd halten entziehen können.

Der Entwurf zu einem neuen Zuckersteuer-Gesetz paßte sich der durch die Annahme der Konvention geschaffenen Lage an.

Die Zuckerjunker übten zunächst gegen den Brüsseler Vertrag Opposition. Doch wurden sie schließlich mit derselben zu Schanden. Unsere Fraktion stimmte nicht bloß für die Konvention, sondern führte dem Reichstage auch bei dieser Gelegenheit die ganze verwerfliche Liebesgabenpolitik wieder vor Augen. Unser Redner zeigte, daß die ganze Zuckerindustrie ein künstlich aufgepöbeltes Produkt sei. Entstanden in der Zeit der napoleonischen Kontinentalperre, da der Kolonialzucker ausgepöbelt war, wurden mit Unterstützung der preußischen Regierung die ersten Fabriken gegründet, welche nach dem Rezept des Berliner Apothekers Warzagoß aus der Ammelische Zucker gewannen. Sie brachen zusammen, als mit Aufhebung der Kolonialperre der Kolonialzucker wieder hereinkam. Der Staat begann nun große Unterstüßungen zu geben, die den Kolonialzucker gegenüber dem Kolonialzucker konkurrenzfähig machen sollten und die schließlich zu dem ausgebaute System der heutigen Prämienwirtschaft führten. Die verdeckte Prämie reizte die Zuckerindustrie zur immer größeren technischen Verbesserung ihrer Betriebsweise an, so daß schließlich der Zuckerertrag der Kolonialzucker weit überholt hatte. Die Zuckeragrarier machten ungeheure Profite aus der Reichs- resp. aus der Volkskassette.

Unser Redner stellte fest, daß im letzten Jahre neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuckerindustriellen herausgeholt worden sind; dazu kommen noch 30 Millionen Mark Zuckerprämien, das macht eine Zucker-Liebesgabe von 105 Millionen Mark.

Dem entgegen hielt unser Redner die Ausbeutung der Zuckerindustriellen durch die Zuckerartellen. 40 Prozent Dividende, aber die erbärmlichsten Arbeiterlöhne und ungesundesten Betriebsräume! Wir verlangten deshalb die Abschaffung der Ausbeutung, die das Zuckerartelle betrieben hat.

Die Zuckeragrarier hatten alles aufgeboten, die Brüsseler Konvention kaputt zu machen. Auf Bestellung des Bundes der Landwirte mußten die interessierten Zuckerfabriken Telegramme an die Abgeordneten richten und um Ablehnung der Konvention ersuchen. Bei der schließlich Abstimmung ergab sich jedoch eine beträchtliche Mehrheit für die Konvention.

Bei der Abstimmung über die Abänderung des Zuckersteuergesetzes fiel zunächst die Kontingentierung, welche die Kommission wieder in die Vorlage hineingebracht hatte. Weiter wurde die Zuckersteuer, die nach dem bisherigen Gesetz 20 M. pro 100 Kilogramm beträgt, nach einem Antrag der freisinnigen Volkspartei auf 14 M. herabgesetzt. Die Regierungsvorlage hatte einen Steuerfuß von 16 M. festgelegt. Von unserer Seite war völlige Aufhebung der Zuckersteuer verlangt worden. Aber unser Antrag wurde niedergestimmt und der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Auch den ganzen Ueberzoll wollten wir beseitigen, doch wurde hier der höchste Betrag, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist, 4,80 M., angenommen. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz; ebenso die bürgerliche Opposition. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die verbandelten Regierungen ersucht, dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahndarlehnen die Frachttarife für Zucker, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker, für letztere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlichst ermäßigt werden.

Eine Auseinandersetzung, die am letzten Beratungstage zwischen der freisinnigen Volkspartei und uns, aus Anlaß des angenommenen freisinnigen Zuckersteuerantrags (14 M.) stattfand, verdient hier noch erwähnt zu werden. Die freisinnige Volkspartei, Herr Richter voran, hat in ihrem Programm die Forderung der Abschaffung aller indirekten Steuern stehen und legt bei ihrer Agitation im Lande auf diese Forderung den größten Nachdruck. Hier aber stecken die Freisinnigen, unter Führung von Richter-Hermes, ihr Programm tief in die Tasche und, anstatt für unsten Antrag auf

völlige Abschaffung der Verbrauchsabgabe einzutreten, bewirkten sie mit allem Hochdruck die Annahme einer 14 Mark-Verbrauchsabgabe. Von einem unser Redner wurde dieses Verhalten gehörig angezweifelt. Die Gründe, welche Richter zur Verteidigung seines Verhaltens anführte, waren so schwächlich, daß es der Redner wohl selbst empfand. Er suchte deshalb seine Position zu festigen durch allgemeine Angriffe auf unser parlamentarisches Verhalten. Damit hatte er aber noch weniger Glück. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, bei der Agitation den Wählern das Verhalten der Freisinnigen gebührend vor Augen zu führen.

Das vom Reichstage angenommene **Süßstoffgesetz** ist eine Verschärfung des vor drei Jahren beschlossenen Gesetzes. Die Zuckerfabriken fürchten, daß die künstlichen Süßstoffe, welche bedeutend billiger als Zucker sind, diesem eine wachsende Konkurrenz machen, was ihre Profite einschränken würde. Wir waren Gegner dieses Gesetzes, weil einmal der Süßstoff, als Konkurrent des Zuckers, auf einen niedrigeren Preis desselben hinwirkte, zum andern, weil gerade die ärmere Bevölkerung den Süßstoff zum Würzen von Speisen an Stelle des teureren Zuckers verwendet. Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 M. für 1 Kilogramm belegen; die Kommission, an welche das Gesetz zunächst verwiesen war, setzte den Steuerfuß auf 60 Mark fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Zuckersteuer-Kommission überwiesen, die einen neuen Gesetzentwurf ausarbeitete, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionierten Betrieben, der Apothekenzwang für den Verkauf von Süßstoff und die Bestrafung schon des bloßen Besitzes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgelegt wird. Unser Redner griff die Mehrheit, die sogar auf eine förmliche Begründung ihres Vorgehens verzichtete, festig an. Das Gesetz aber ward von den Agrariern und ihrem Anhang, unter getreuer Mithilfe des überwiegenden Teiles des Centrums und der Nationalliberalen, gegen unsere Stimmen und diejenigen der bürgerlichen Opposition angenommen.

Die **kleineren Gesetzentwürfe**, welche der Reichstag in dieser Tagung annahm, betrafen die Kontrolle im Reichshaushaltungsetat, den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens (rotes Kreuz), den Gebührentarif für den Nordostsee-Kanal, den Servistarif, die Militärdienstleistungen von Reichsangehörigen im Auslande, den Schutz der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel durch ein Staatenabereinkommen.

### Interpellationen.

Die wichtigste unter allen in dieser Tagung eingebrachten Interpellationen war wohl diejenige unserer Fraktion über die **Arbeitslosigkeit** und den durch die Krise hervorgerufenen **Nostand**. Die fünfjährige Prosperitätsperiode seit 1895 hatte 1900 in einem schrecklichen Zusammenbruche ihr Ende gefunden, der Zeugnis davon ablegte, wie ungesund und schwindelhaft der ganze Aufschwung gewesen war. Die seit 1895 ständig gesteigerte Wohlthätigkeit für die kapitalistische Warenproduktion, den Weltmarkt mit ihrem Ueberflusse zu überschwemen, hatte speciell in den kapitalistischen Unternehmertreibern Deutschlands ein wahres Fieber hervorgerufen, welches sich allmählich allen Zweigen des kapitalistischen Produktionslebens mitteilte. Nach einer langen Stodung schien der Weltmarkt unbegrenzte Abnahmefähigkeiten zu bieten. In Rußland begann eine rege industrielle Tätigkeit, teilweise im Zusammenhange mit dem Bau der sibirischen Bahn, Amerika verlangte in gesteigertem Maße europäische Waren und England, als der Vermittler des Handels der ganzen Welt, verteilte den bei uns vorhandenen Warenüberschuß auf die entferntesten See- und Handelsplätze. Die wunden Millionenprofite riefen bei uns eine tolle Gründerthätigkeit hervor, die bald dem Gründungsschwindel der siebziger Periode nichts nachgab. Die im Dienste des Gründertums thätige Börsenpresse malte die taufend Gelegenheiten profitabler Kapitalanlagen in den glänzendsten Farben. Dazu gesellte sich das im Interesse des maritimen Weltverkehrs ausgegebene Schlagwort: „Weltpolitik“. Die herrschenden Parteien, die offizielle Presse wurden nicht müde, es so darzustellen, als brauche Deutschland nur seine Kriegsstärke zu vergrößern, überseeische Besitzungen zu erwerben, in die Interessenstreitigkeiten an den entferntesten Küsten sich hineinzuwringen, um einen industriellen Aufschwung zum dauernden Zustande zu machen, welcher einen wahren Goldregen auf Deutschland herabziehen werde. Noch am Ende der Aufschwungsperiode, als man bereits die Flügel schlägt des Weltgeistes rauschen hörte, erschienen die Professoren der bürgerlichen Nationalökonomie in Berliner Arbeiterversammlungen, um mit der Miene der Unfehlbarkeit den Arbeitern auseinander zu setzen, wie thöricht ihr Widerstand gegen die Flottenvermehrungen sei, wie die „socialistische Verelendungstheorie“ Fiasco erlebt habe und welcher großen Zukunft Deutschland im Zeichen dieses endlosen Aufschwungs entgegen gehe, der bald den letzten Proletarier zum Besitzenden gemacht haben werde. In dem so bei der Bourgeoisie erzeugten Zauber wurde jede warnende Stimme verächtet. Das Geld der großen und kleinen Kapitalisten strömte den Industriebanken zu, die mit demselben industrielle Unternehmungen aller Art finanzierten. Aktiengesellschaften schossen empor, wie Pilze nach dem Regen, die Zahl der Maschinen wurde enorm gesteigert, die Betriebe vergrößert oder neue angelegt. Vom platten Lande holte die Industrie ganze Armeen Proletarier in die Industrie-Centren, in denen sie den Mehrwert für die Gründer und Schwindler zusammenschlagen mußten. Die Lage der Arbeiterklasse besserte sich dabei fast in keiner Weise. Während der Industrie-Unternehmungen aller Art von Jahr zu Jahr steigende Dividenden verteilten und die kleine und große Bourgeoisie sich mühelos bereicherte, konnte man für die Arbeiterklasse durch schnittlich nur geringe Lohnsteigerungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsweise wie ihrer Lebenshaltung konstatieren. Und auch dies wenige war nur möglich geworden durch den energischen und sperrischen Kampf, den die Gewerkschaften und die Arbeiterpresse für das Arbeiter-Interesse geführt hatten. Aber auch der Mehrerwerb der Arbeiter ging größtenteils wieder verloren. Die durch die Unternehmer bewirkte Anhäufung großer Arbeitermassen in den Industriestädten rief einen von Jahr zu Jahr sich steigenden Wohnungsmangel hervor, den Grundstückspekulanten und Hausbesitzer zu einer geradezu schamlosen Ausplünderung der Arbeitermassen benutzten. Hierzu trat die Preissteigerung der Lebensmittel und aller Artikel des Lebensbedarfs. Die großen Produzenten und Eigener derselben, allen voran das junkerliche Agrarierturn, schöpften durch Ringbildungen aller Art die Konsumentenmasse derart, daß der Preis einzelner Artikel bald in keinem Verhältnis mehr zu ihrem wirklichen Werte stand. Besondere Empörung erregte hierbei in den weitesten Kreisen das Verhalten der Kohlenbarone, die durch das Kohlen- und Coakshindal eine unerhörte Bewucherung der Konsumenten betrieben.

Die Wirkungen, welche die Vereinigungen der Rohproduzenten ausübten, zeigten sich auch bald für die Industrie in einer verhängnisvollen Weise. Während sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Preise der Fertigfabrikate noch weiter zu steigern, wollte man nicht das Abfließen verlieren, wendeten die Preise der Rohprodukte immer noch in die Höhe getrieben. Die Industrie geriet hierdurch und durch die weitere Thatfache, daß die Konsumtionsfähigkeit der Massen nicht gleichen Schritt mit der gesteigerten Warenproduktion zu halten vermochte, in eine schlimme Lage. Es fehlte nur noch der äußere Anstoß, um die Ueberflutung des Marktes zu zeigen und die schrecklichsten Katastrophen in die Erscheinung treten zu lassen.

Dieser Anstoß kam, als der englisch-südafrikanische Krieg den Weltmarkt zu lähmen begann und der Ausbruch der ägyptischen Wirren zeigte, wozu die „Weltpolitik“ führte. Ein panischer Schrecken ergriff die Kapitalisten und führte zu der Krise auf dem Markte der Hypothekendarlehen und dem Markte der industriellen Erzeugnisse. Gleichzeitig stieg die ganze Produktion und massenhaft wurden an jedem Lohnstage die Proletarier von den Unternehmern auf Pfahle gesetzt.

(Schluß in der 2. Beilage.)



Bericht über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Auf solche Weise wurde eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die im vergangenen Winter Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenhaft zog. Aber die Reichsregierung, die dem toten Treiben in der Prosperitätsperiode ruhig zugehört hatte, hat auch jetzt nichts, um dem namenlosen Elend der Massen zu steuern. Wir brachten deshalb im Januar eine Interpellation ein, welche die Regierung befragte, welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichsminister zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebsbeschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstande weiler Volksschichten entgegen zu wirken?

Der Redner, welcher die Interpellation begründete, entwarf ein Bild der grauenhaften Zustände, die durch die Arbeitslosigkeit erzeugt worden waren. Er beschränkte sich jedoch nicht hierauf, sondern schlug auch Maßnahmen vor, durch welche der Arbeitslosigkeit jetzt und früher entgegen gewirkt werden könne. Solche Maßnahmen sind: der zehnstündige Maximal-Arbeitsstag mit Verkürzung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichs-Arbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, die Einführung einer reichsweiten Arbeitslosen-Unterstützung. Weiter verlangt er, daß Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung keine Arbeiterentlassungen vornähmen, um nicht die Arbeitslosenarmee noch zu vermehren; statt dessen aber sollten sie Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit vornehmen, um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sind wir auch davon überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit als eine Folge der anarcho-kapitalistischen Produktionsweise des Kapitalismus erst ihr Ende finden wird, wenn die Sozialdemokratie daran gehen kann, ihr Produktionssystem aufzurichten, so lag doch auch auf der Hand, daß das Reich durch entsprechende Maßnahmen die Wirkung der Krisen auf die Arbeiterklasse lindern und die Arbeitslosigkeit weniger fühlbar machen kann. Unsere Vorschläge waren hierzu ein erfolgreichster Weg.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutieren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu teil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Poldadowsky nun das Vorhandensein eines außerordentlichen Notstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der beteiligten Ressorts bereits alles geteche, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Fürsorge für die Arbeitslosen anzubringen brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Noch nicht einmal zu einer Arbeitslosenzählung war die Regierung geneigt. Der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im Reichstag sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Junkerghilde, Aufhebung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermeidung des Zustromens der Bevölkerung nach den Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Centrum hatte für die Arbeitslosen viel lobungswürdige Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm garnicht ein. Was die Freisinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Vollends die Nichterischen Freisinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun könne. Die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bedauernde Worte über die Not der Arbeitslosen fallen, verhielten aber hernach dem westfälischen Bergwerksbesitzer Hilke das Wort, der den Kohlenwäcker und die Preisverwertungsminister der Syndikate auf die Händler abwälzte, der Syndikalpolitik überhaupt ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittelländler empfahl, der bekanntlich noch in weiter Ferne steht. Graf Kautz, als Redner der Junler, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitslosen und ein anderer Junlerredner feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den — Postarat, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schätze.

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein, nicht mehr über den „Zukunftsaal“ zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft sich unfähig erweise, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müßten die Arbeiter die Wirtschaftsweise in die Hand nehmen.

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeitersfreundlichen Phrasen der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben. Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Weimarer Polizeibehörde, das Weimarer Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen. Wir sahen in dem Vorgehen der Weimarer Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretär, Genossen Dr. Winter in Weimern, der mit Geldstrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariates als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Versuch gegen den freien Wortlaut der Gewerbe-Ordnung. Der Vorgang erschien uns von prinzipieller Bedeutung, weil das Weimarer Beispiel leicht auch für die von den Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Poldadowsky gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Weimern sich sofort an den preussischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Weimarer Anklagebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwaltschaften eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftsvertretern erichteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 25 der Gewerbe-Ordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

In dieser Tagung brachte auch das Centrum wieder seine bekannte Interpellation über die Aufhebung des Jesuitengesetzes ein. Obwohl das Centrum der Regierung brav rapportiert, was diese nun irgend verlangt, sieht die Jesuitenfrage noch immer auf demselben Platze. Das Centrum ist es seinen Wählern schuldig, diesen Rest der Kulturkampfsache immer wieder auf den Schild zu heben. Nicht dies hoch den Eindruck, als sei das Centrum eine unterdrückte Partei, die für die angeblich gefährdete Sache des Antikatholizismus kämpft. Die Jesuitenfrage des Bundesrats ist noch immer groß genug, um der Rückversicherung der Jesuiten zu widersprechen. Wenn sie nicht inzwischen überwunden ist! Denn vom Regierungstische wurde die Erklärung abgegeben, es sei zu erwarten, daß noch in dieser Session die verhandelten Regierungen sich zur säubenden Frage schlüssig machen würden. Das Centrum wird schließlich seine Jesuiten bekommen.

Unser alter Standpunkt zur Sache: nur her mit den Jesuiten, hat sich in keiner Weise geändert. Unser Redner, der diesen Standpunkt begründete, gab den Mitgliedern des Centrum, der unentbehrlichen Bewältigungspartei der Regierung, unter sämmtlicher Heiterkeit des Hauses den guten Rat: sie sollten doch alle als Mitglieder in den Jesuitenorden eintreten, dann würden sie sehen,

wie schnell sich die Regierung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes einschleife.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Trendl u. Gen. beschäftigte sich mit der Beihilfe für die Kriegsinvaliden. Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist, kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Eifer unterstützen, weil sie der Stimmung in den Kriegervereinskreisen, die sie bei den Wahlen nötig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwollen keine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten und der Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unserm Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegsteilnehmern die bewilligte und überdies „wegen Mangel finanzieller Mittel“ zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihilfe von 120 M. auf 160 M. zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 M. pro Jahr könne man ein zwar bescheidenes aber doch von der öffentlichen Wohlfahrt unabhängiges Leben führen. Und die Konservativen hatten gesagt, Leute mit 120 M. barem Gelde würden von den kleinen Leuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligen möchte.

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, durch einen Nachtragsetat zum Reichs-Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen. Die dergestalt im Nachtragsetat eingestellte Summe beträgt 1.900.000 M. (Siehe die Statistiken.)

Unser Fraktion hat von jeher die Verpflichtung des Reiches anerkannt, für die invaliden Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen als es jetzt geschieht. Da von seiten der Regierung erklärt wird, es seien keine Mittel vorhanden, hatten wir für den gangbarsten Weg, solche anzubringen, die Reichs-Einkommensteuer. Mögen die Wohlhabenden des Reiches, die für den Militarismus eintreten, auch für seine Opfer sorgen. Diesen unsern Standpunkt nahm unser Redner auch gegenüber der national-liberalen Interpellation betreffend die baldige Revision der Militärpensions-Gesetze ein. Die Nationalliberalen brachten diese Interpellation mehr aus Rücksicht auf die verabschiedeten Offiziere ein, die ihnen natürlich sehr am Herzen liegen. Auch jetzt gab die Regierung wieder die Erklärung ab, der Grund, weshalb die im Kriegsministerium längst fertiggestellten Gesetze noch nicht abgebracht wären, sei, daß das Geld zur Durchführung der Reform mangle. Unser Redner erklärte, daß wir den Offizieren gönnten, was ihnen zukomme, jedoch auch verlangten, daß dieselbe Fürsorge für die Mannschaften und ihre Hinterbliebenen gelte. Und sei es zu verdanken, wenn bei dem letzten Gesetze von 1901 wenigstens eine kleine Erhöhung der Fürsorge für die Mannschaften eingetreten sei, in dessen sei der Abstand zwischen den Summen für die Offiziere und für die Mannschaften noch immer viel zu groß.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die Vorgänge in Breschen im Reichstage zur Besprechung. Das Verhalten des Reichstagsleiters entsprach dabei dem Standpunkte, den er im preussischen Abgeordnetenhaus als Vertreter der preussischen Regierung wie überhaupt in der preussischen Polenpolitik eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht beteiligen werde, und daß er auch weiterhin dafür sorgen werde, daß „das Deutschum im Osten nicht unter die Räder kommt“ — also die preussische Polenpolitik in hergebrachter Weise fortgesetzt wird — verließ er an der Spitze sämtlicher Minister den Saal. Polen und Centrum weilserten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preussischen Osten. Haben doch die Holsolen im preussischen Abgeordnetenhaus wie auch im Reichstage, und hat doch auch das Centrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nötig. Das hindert aber weder die Polen noch das Centrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu sündigen. Nur in ihrer national-polnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstages von der Mehrheit, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär wie der schlimmste preussische Junler und halten auch auf intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines andern Anwalt, den mit der polnischen Arbeiterklasse vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polendebatte wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Breschen Schulpragmatiken und dem was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchs-Kullagen und den schweren Verbrechen, als Kern: den verurteilenswerten Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisierungspolitik sei nur ein Bestandteil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preussische Juntertum oder die polnische Staatsmacht, hätten die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangten Sprachentoleranz so gut wie Regierungstoleranz, denn die Kenntnis der Muttersprache sei die Grundlage aller Bildung. Im übrigen zeigte unser Redner an den Beispielen schwerer Verantwärtungen unserer in der Parteibewegung stehenden polnischen Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit, denn für das Klassenbewußte Proletariat gäbe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unserer „nationalen“ Gegner teils mit Lärm, teils mit Hohnläden, und bewies so am besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Leutenants Maslowitz und Hildebrand zu Jüterburg war die Veranlassung zu der national-liberalen Duell-Interpellation. Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Leutenant Maslowitz im Kampf den Leutenant Hildebrand, der ihn gemeinschaftlich mit dem Leutenant Rossmann aus einer Zährde, woselbst er zur Rechtzeit betrunken hockte, nach Hause brachte, im Hausflur seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trunke einen Schlag gab. Dadurch war dem Leutenant Hildebrand eine jener Verletzungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrengesetz nur „mit Blut abgewaschen“ werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Maslowitz, der übrigens kurz vor seiner Heirat stand, blieb tot auf dem Platze. Hildebrand erhielt zwei Jahre Gefängnis.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst bestimmen, bevor sie ein Duell für unvermeidlich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich bereit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Initiativanträge.

Entgegen den Behauptungen unser Gegner, daß unsere parlamentarische Tätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermöchten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aufs neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzesentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformieren. Zwar berührt uns das Gebot über die angeblich „unfruchtbare Kritik“ in keiner Weise. Solche Vorwürfe sind überhaupt nur möglich, weil unsere Gegner von der Vorstellung beherricht sind, der Reichstag sei eine Art Bedienter der Regierung, der nach einiger „zulässiger“ Kritik wieder Gesetzentwürfe anzunehmen habe und dessen Tätigkeit damit erschöpft sei. Daß der jeweilige Reichstag, als der Ausdruck des Volkswillens, über den Ministerien steht und den Forderungen des Volkes bei der Regierung Geltung zu verschaffen hat, wollen die Gegner nicht einsehen. Gerade von diesem Standpunkte aus hat die Volksvertretung eine vorwiegend kritische Tätigkeit zu entfalten; ihre Bemängelungen und Anregungen hernach in Paragraphen und Gesetzesvorlagen zu bringen, kann sie getrost den einzelnen Regierungsbüros überlassen, welche, wie einer unser Redner einmal humorvoll bemerkte, „die Fabrikation von Gesetzentwürfen gewerbmäßig betreiben“. Nur soweit die Regierung den Anregungen nicht Folge leistet, sei es, daß sie nicht will oder es nicht zu können glaubt, hat der Reichstag selbst durch die Vorlegung ausgearbeiteter Gesetzentwürfe die Initiative zu ergreifen.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. Unsere Initiativ-Anträge sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, speziell der Arbeiterklasse, und wenn wir, unter allen Fraktionen, die meisten Anträge gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Zollvorlage und andern wichtigeren Gesetzentwürfen befaßt war, deren vorläufige oder endgültige Erledigung dem Reichstage stark in Anspruch nahm, sind die Initiativ-Anträge der Parteien, durch die Einschränkung der „Schwerindustrie“, sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unfrüher. Einzig unser Gesetzentwurf betr. das Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren konnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesetzentwurf: Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeits-lammern und Einigungsämtern; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbe-Aufsichtsbehörden; unser Antrag betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden; unser Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung); unser Gesetzentwurf betr. Schutze der Reichstags-Mitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode; unser Gesetzentwurf betreffend Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines zehnstündigen Maximal-Arbeitstages für alle im Gewerbe, Industrie, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist; unser Gesetzentwurf betreffend Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Neu-Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. das Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Handhölzchen mit weißem Phosphor, und schließlich unser Gesetzentwurf betr. die Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichs-Ministers.

Auch bei der Beratung der Initiativanträge anderer Fraktionen hat sich unsere Fraktion mit Eifer beteiligt. Eine alte Forderung unserer Fraktion ist die Errichtung lausnämischer Schiedsgerichte. Bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichts-Gesetzes haben wir zuletzt den Versuch gemacht, den Handlungsgeschehen durch Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrage ein Verfassungsgericht zu verschaffen. Wir sind damit an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien gescheitert, die auch unsere jahrelangen Kampfe um Schaffung lausnämischer Gewerbegerichte durch ihren beharrlichen Widerstand zu einem vergeblichen gemacht haben. Ein Teil unserer Gegner ist aber, angesichts der gegenwärtigen Rechtslage der Handlungsgeschehen, von der Notwendigkeit überzeugt, ihnen ein billiges und beschleunigtes Recht nach Art der Gewerbegerichte zu geben. Sie sträubten sich gegen die Angliederung an letztere nur, weil sie fürchten, bei den Gewerbegerichts-Wahlen würden die Handlungsgeschehen gezwungen sein, mit den gewerblichen Arbeitern zusammenzugehen und hierbei unter den Gehilfen in steigendem Maße die Sozialdemokratie Eingang finden. Deshalb stellte der Nationalliberale Bassermann wohl den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen „Dienst“-vertrage, verlangte jedoch deren Angliederung an die Amtsgerichte. Wir erklärten zwar durch unsern Redner, daß für uns, nachdem die einfache Ausdehnung der Gewerbegerichte einmal abgelehnt war, die Frage der Angliederung der lausnämischen Schiedsgerichte an Gewerbegerichte oder Amtsgerichte keine prinzipielle Bedeutung habe, sondern nur eine Frage der Praxis sei, daß wir jedoch die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer hielten und sie deshalb verlangen würden. Auch das Centrum hatte bei früherer Gelegenheit die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer erklärt. Der Antrag ward einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender nach parlamentarischem Brauche der Antragsteller, der national-liberale Herr Bassermann, wurde. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Hause baldigst vorgelegt werden würde. Später wiederholte Staatssekretär Poldadowsky diese Versicherung mit dem Hinzufügen, der Gesetzentwurf liege bei der Justiz und diese schiene gewillt, die Sache auf einen breiteren Reisten zu schlagen. Kurz darauf erhob sich aus den Reihen der bürgerlichen Verfassungsjuristen lebhafter Widerspruch gegen die „weitere Ausdehnung der Verfassungsgerichte“. Bald wurde „jeder Stand sein eigenes Gericht haben“. Jedes weitere Verfassungsgericht bedeute „ein weiteres Eindringen des Parlamentarismus in die Rechtspflege“ und schließlich werde es daher kommen, daß „die Wissenschaft überhaupt aufhöre, bei der Rechtspflege mitzuwirken“. Diese der Rechtsprechung durch das Volk und speziell der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtsprechung, die ihre eigenen Angelegenheiten betrifft, feindschaftlichen Anschuldigungen haben auf die Regierung sofort Eindruck gemacht. Am 18. April erhob bei der zweiten Beratung der Seemanns-Ordnung Staatssekretär Poldadowsky, in vielen Kreisen habe sich das Widerstreben gegen die Tendenz, einzelne Standesgerichte von der allgemeinen Rechtsprechung abzusplitteln, immer mehr verstärkt. Man sehe in diesem Bestreben eine Gefahr für die allgemeine Rechtsprechung. Nach seiner, des Ministers, Ansicht wäre der gezeigteste Weg, alle Ansprüche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle Lohnansprüche und was damit zusammenhänge, den Amtsgerichten zur schlichterem und wesentlich billigeren Erledigung zu überweisen. Man könnte ein solches Verfahren für alle Lohnansprüche einführen mit Ausnahme derjenigen, die schon in den bestehenden Gewerbegerichten ihre Erledigung finden. Stelle man die ganze Frage auf diese breite



Grundlage, so erreichte man mehr als wenn man fortgesetzt neue Standesgerichte fordere. Ihre Redner stellten sofort fest, daß sich diese Ausschüsse offenbar gegen die im Interesse der Handlungsgehilfen geforderten Schiedsgerichte richteten, im weiteren aber nicht bloß eine Abgabe an diese, sondern eine Abgabe an jede weitere Ausdehnung der Gewerbeperiode über Haupt seien.

Seidem ist es bei den Nationalliberalen von den lautmännlichen Schiedsgerichten recht still geworden und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Herr Wassermann die Schiedsgerichtskommission, deren Vorsitzender er ist, auch noch nicht zu einer einzigen Sitzung einberufen hat. Herr Wassermann wartet mit nationalliberaler Dauerhaftigkeit auf das Einbringen eines Regierungsgesetzentwurfes, aufstift die Kommission, entsprechend seiner ursprünglichen Initiative, einen Gesetzentwurf fertigstellen zu lassen und ihn dem Reichstage vorzulegen. Die zaudernde Regierung wäre damit vor vollendete Tatsachen gestellt und müßte sich, so oder so, zu einem Schritte entschließen.

Bei der Beratung der Initiativanträge Rieder-Gröber auf Sicherung des Wahlscheimmissses und Abänderung des Wahlgesetzes haben wir sowohl auf Maßnahmen hingewirkt, welche die zahlreichen ungesetzmäßigen Beeinflussungen und Terrorisierungen der Wähler unmöglich machen sollen, als auch eine energische Kritik an den Praktiken der Wahlbeeinflussung selbst geübt. Unser Redner konnte kraft Beispiele der Beeinflussung der Wähler durch Beamte und Unternehmern aus den Akten der Wahlprüfungskommission anführen, die im Reichstage teils Heiterkeit, teils Entrüstung erregten. Nur die Ziemer verharren auf ihrem Standpunkt. Der Reichsparteiler v. Rüdern brachte eine Lanze für die öffentliche Stimmabgabe und hatte allerlei Bedenken, das geheime Wahlrecht noch geheim zu machen. Der konservative Oertel sah gerade in der äußerlichen Verschiedenartigkeit der Stimmzettel — die größte Klage der Arbeiterwähler in kleineren Orten — die eigentliche Wahrung des Wahlscheimmissses.

Die Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Kern dieses Gesetzes zur Abänderung des jetzt gültigen Wahlgesetzes ist, daß in Farbe, Gewicht und Größe gleichmäßige Stimmzettel sowie amtlich abgestempelte Umschläge zur Couvertierung des Zettels durch den Wähler eingeführt werden. Ferner ist für das Wahllokal eine Vorrichtung vorzusehen, daß der Wähler, ohne beobachtet werden zu können, an einem Nebenische seinen Zettel couvertieren kann.

Wie bei früheren Beratungen, so auch jetzt wieder blieb die Bundesrattribüne leer. Der Antrag ist also dieses Mal vergebens gestellt. Es würde dies sofort anders werden, wenn die Reichstagsmehrheit sich mit der nötigen Energie zur Wehr setzte. Aber sie bescheidet sich mit der Haltung der Regierung und der Reichstagsler konnte bei einer andern Gelegenheit dem Reichstage, der sich über die Ablehnung seiner Initiativanträge durch den Bundesrat beschwerte, den erbaulichen Trost mit auf den Weg geben: je öfter der Reichstag seine Anträge stelle, desto reiflicher würden sie vom Bundesrate erwogen.

Ein Initiativantrag des Centrums betraf den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag). Dieser Antrag stammt noch aus der vorigen Tagung und entspringt den Klagen des Centrums über Beschränkungen der katholischen Religionsübung in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen andern Bundesstaaten. Der Gesetzentwurf, der bereits in voriger Tagung eine Kommission beschäftigt hat, will innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der religiösen Vereinigungen und der häuslichen und öffentlichen Religionsübung schaffen. Unser Redner unterließ nicht, auf die scheinheilige Heuchelei hinzuweisen, deren sich alle bürgerlichen Parteien in der Debatte schuldig machten. Toleranz verlangen sie bloß für sich; die Nicht-Christen gläubigen sowie die Atheisten verfolgen sie, ob sie nun Lutheraner, Katholiken oder Juden seien, mit der gleichen Unbuddisamkeit. Verlangten wir die absolute Freiheit der religiösen Meinung als etwas Selbstverständliches, so forderten wir aber auch gleichzeitig die Zermürung der Kirche vom Staat und die Freiheit der Meinung auch für die Dissidenten. Statt dessen aber brachten in der zweiten Lesung Centrum und Junter einen Zusatzantrag ein, wonach die allgemeinen landespolizeilichen Bestimmungen über Vereins- und Versammlungswesen von dem Gesetze unberührt bleiben. Dieser Zusatz wurde auch gegen unsere Stimmen angenommen. Eine nette „Toleranz“, die für die anerkannten Religionsgemeinschaften die größte Bewegungsfreiheit schaffen will, diejenigen aber, die ihre Lehrlinge bekämpfen, der Polizeienjur überantwortet. Wir versuchten auch, in das Gesetz eine Bestimmung über den Fortfall des Religionsunterrichts als Unterrichtsgegenstand in den Schulen einzuzubringen. Die „Toleranz“ der bürgerlichen Parteien läßt aber solchen Schritt nicht zu. Mit großer Entrüstung wandten sie sich alle gegen diesen Antrag.

Selbst Herr Richter ließ dabei Arm in Arm mit dem konservativen Oertel und ließ sogar einen Antrag des freisinnigen Schrader im Stich, welcher bestimmte, daß ein Kind nicht gegen den Willen der Eltern zu irgend einem Religionsunterrichte herangezogen werden dürfe. Er hat dies, um das Gesetz nicht zu gefährden.

Indessen enthält der Gesetzentwurf doch Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Wir versagten ihm deshalb unsere Zustimmung nicht, während die Nationalliberalen, der größte Teil der Konservativen und die Reichspartei dagegen stimmten. Er wurde mit 163 gegen 60 Stimmen angenommen.

Auch die lex Minteln beschäftigte den Reichstag wieder. Die Mitglieder der Kommission zur Beratung der bekannten Gesetzentwürfe Minteln, Venzmann, Mündel, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung, der Zivilprozeß-Ordnung und des Straf-Gesetzbuchs, beantragten eine Resolution, welche der Reichstag einstimmig annahm und wonach die sogenannte lex Minteln für erledigt erklärt, die Regierung aber ersucht wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Wiedereinführung der Verurteilung in Strafsachen enthalten ist. Der Staatssekretär im Reichs-Justizamt gab dazu eine Erklärung ab, die weder sich noch Fleisch war. Er wird nach besten Kräften für die Weiterführung der Sache sorgen, aber eine Anzahl Regierungen ist gegen die Wiedereinführung der Verurteilung. Ob daher die Regelung sich schleunigst vollzieht, läßt sich nicht bestimmt erklären.

Ein auch von unsrer Fraktion unterstützter Antrag des Reichsparteilers Ruedt in Gen.: Nachtragsetzt zum Reichs-Haushaltsetzt 1902, betreffend Auszahlung der bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer, ist unter „Interpellationen“ behandelt.

### Wahlprüfungen.

Unter den Wahlprüfungen, mit denen sich das Haus in dieser Tagung zu befassen hatte, erforderten mehrere eine Stellungnahme des Reichstags. Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Volk-Saarbrücken wurde wegen der Wahlbeeinflussungen laßiert. Auf neue aufgestellt, gelang es den Nationalliberalen, das Mandat wiederum zu erobern und den Abg. Volk als „gewählt“ in den Reichstag zu entsenden. Auch das Königreich Stimm haben die Nationalliberalen, nach des Gewaltigen Tode, durch die bekannten Wahlpraktiken für sich erobert. Hier wurde der nationalliberale Vergrat Prieger „gewählt“. Gegen diese „Wahl“ lagen aber so wohlbegründete Proteste vor, daß der Reichstag durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl Priegers zeigen wollte, daß er mit den Wahlpraktiken der Ausbeuter im Königreich Stimm nicht einverstanden sei. Es gelang den Nationalliberalen jedoch, ihren Prieger vorläufig zu retten. Sie drohten mit der Auszahlung des schwachbesetzten Hauses und setzten damit den Beschluß durch, auf neue über einige Protestpunkte Erhebungen zu veranstalten. Auch über die Wahl eines dritten Nationalliberalen, des Abg. Sieg-Gründens, beschloß das Haus wegen vorliegender gewichtiger Beschwerdepunkte Erhebungen zu veranstalten. Die übrigen Wahlen, die den Reichstag beschäftigten, wurden genehmigt.

### Petitionen.

Wie in jedem Jahre, so nahm auch dieses Jahr die Fraktion an der Erledigung und der Erweiterung der eingelaufenen Petitionen regen Anteil. Eine Petition, welche den Erlaß eines Verbots der Herstellung von Phosphorgründhölzern wollte, wurde

von unsrer Fraktion dringlich befürwortet. Die Schweiz und die Niederlande haben bereits das Verbot der Verwendung weissen Phosphors ausgesprochen. Die Regierung erklärte, sie werde die Sache im Auge behalten. — Bei einer Petition, welche die Aufhebung des Impfgesetzes verlangte, wies unser Redner darauf hin, daß im Volke eine große Stimmung gegen das Impfgesetz vorhanden sei, welches unter dem Einfluß der Furcht vor großen Epidemien entstanden sei. Demgegenüber wendeten Regierung und Mehrheit ein, daß die überwiegende Mehrzahl der Sachverständigen noch heute für den Impfwang sei. Unser Verlangen, die Petition der Regierung „zur Berücksichtigung“ zu überweisen, wurde darauf abgelehnt. — Andre Petitionen verlangten wieder die Prägelftrafe. Sie wurden durch frühere Beschlüsse für erledigt erklärt. — Viele Petitionen beschäftigten sich mit den Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, mit der Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, der Abänderung des Börsengesetzes und andern Gesetzmaterien. Eine Folge der Erregung, die im Volke vorherrschte über die englischen Grueselthaten in Südafrika, waren die zahlreichen Petitionen betreffend Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Krieg. Der größte Teil dieser Petitionen rief keine wesentliche Debatte hervor, da über das Botum, welches die Petitionskommission beantragte, keine Meinungsverschiedenheit herrschte.

Im allgemeinen haben gerade in dieser Tagung die Petenten im Lande nur eine sehr geringe Berücksichtigung seitens des Reichstags gefunden und unsre Fraktion hat im Interesse der Petenten darüber lebhaft Klage geführt. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf die späte Einberufung des Reichstags, die keine genügende Zeit mehr läßt zu öfterer und gründlicher Besprechung von Petitionen, die nicht im Zusammenhang mit vorliegenden Gesetzentwürfen eingereicht sind. Zum andern aber liegt die Schuld auch an den Mehrheitsparteien. Gesetze, an denen sie ein höheres Interesse haben — Branntwein, Zucker, Schloß usw. — gehen eben vor und müssen durchgepeitscht werden. Die Petenten im Lande, die sich gegen irgend welche von ihnen empfundenen Mißstände Abhilfe suchend an den Reichstag wenden, mögen sich in Geduld fassen. Die Besprechung der von der Kommission vorgelegten Petitionen wird immer weiter hinausgeschoben, bis dann der Schluß der Tagung sie überhaupt unmöglich macht.

Dieser Abhilfe zu schaffen, wird sich bei bietender Gelegenheit die Fraktion immer bestrebt sein.

### Schluß.

Die Tagung, zu welcher der Reichstag im Oktober — ein ungewöhnlich früher Einberufungs-Termin — zusammentritt, wird die letzte vor den allgem. Wahlen sein. Da der Regierung daran liegt, den Wählerstimmen vor den Wahlen fertig zu stellen und ihre Mehrheit nicht mit diesem Beweigewicht bedacht, vor die Wähler zu schinden, wird sie seit einiger Zeit von Verfassungsbedenken geplagt. Sie hat die Frage aufgeworfen: wann endet die fünfjährige Legislatur-Periode des Reichstages? Nach allgemeiner Anschauung, die auch bisher Gültigkeit hatte, fünf Jahre nach der Wahl des Reichstags, diesmal also am 20. Juni 1903. Die Regierung aber hat sich von Staatsrechtslehren beheimigen lassen, daß sie fünf Jahre nach dem Zusammentreten des Reichstages endige, also im Dezember 1903. Die Regierung rechnet also damit, daß der Wählerstimmen nicht bis zur Mitte nächsten Jahres fertig ist und plant deshalb die Hinauszerrung der Reichstags-Tagung bis in den Dezember nächsten Jahres hinein. Die Wahlen würden dann erst Anfang 1904 vorgenommen werden.

Sollte man wirklich versuchen, diesen in der offiziellen Presse eifrig diskutierten Plan auszuführen, so wird unsre Fraktion alle Mittel daransetzen, ihn zu Schanden zu machen. Ueber den Wählerstimmen muß die Wählermasse Deutschlands selbst ihr Urteil sprechen!

Der zielbewusste Kampf, den die Fraktion im Reichstag gegen die Regierung, die Parteien und die parlamentarischen Interessengruppen der kapitalistischen Bourgeoisie führt, wird von ihr deshalb mit solcher Freudigkeit und Siegeszuversicht geführt, weil sie sich einig weiß mit den Interessen der ganzen Volkmasse, die da leidet unter dem Ausbeutungssystem des Kapitalismus. Mit uns so größeren Teile kann unsre Fraktion kämpfen, wenn ihre parlamentarische Thätigkeit Wiederhall im Lande erweckt und die Genossen anpornt zu unermüdlicher Agitation. Wir hoffen, daß dies gerade jetzt der Fall sein wird im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen. Sie sollen ein neues Vorankreiten des klassenbewußten Proletariats sein auf der Bahn zu seiner endlichen Befreiung. Und dieser Kampf, den das Proletariat führt, wird nicht bloß ihm selbst nützen, sondern der Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft dienen. In diesem Sinne sei der Bericht geschlossen mit den eburnen Sätzen aus dem kommunistischen Manifest: „Seit der Auflösung des uralten Gemeinbundes an Grund und Boden ist die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dieser Kampf hat aber jetzt eine Stufe erreicht, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.“

## Gerichts-Beilage.

Chinakrieger und Inhäler. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand der etwa zwanzigjährige Arbeiter Hamann, der beschuldigt war, zwei Damen der Halbwelt in ihrem schmähligen Gewerbe unterführt und durch Drohungen und Schläge außerdem auch zur Ausübung des Geschäfts angehalten zu haben. Der Beschuldigte betrat die Anklagebank mit einer Ordensauszeichnung an der Brust. Auf die Frage des Präsidenten, Landgerichtsdirektor Ladmann, woher er diese habe, erklärte D., daß er sich diese in China erworben habe. „Dann hätten Sie sich doch aber von solchen schamlosen Treibern besser fernhalten sollen“, meinte der Vorsitzende. Die Beweisnahme ergab eine vollständige Feststellung der in der Anklage behaupteten Thatfachen. Demgemäß konnte der Gerichtshof bei der Urteilsfällung nur den bekannten neuen § 181a, der die erheblichen Strafverschärfungen enthält, zur Anwendung bringen. Dieser bestimmt bei Inhäler unter Anwendung von Gewalt usw. eine Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis, auf die auch erkannt wurde. Der Angeklagte, ein Sohn anständiger Eltern, drach bei Verkündung des Erkenntnisses in Thränen aus. Er wurde wegen der Höhe der Strafe sofort in Haft genommen.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich heute der Läkter Julius Feige vor der 2. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte ist schon einmal wegen wahrheitsgemäßer Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 17. April begegnete er auf der nach Weihenstepf führenden König-Claufer zwei Hautboisten vom Königin-Angusta-Regiment. In ostentativer Nordallität klopfte er ohne weiteres dem Hautboisten Klüßner auf die Schulter. Dieser verbat sich das, der Angeklagte erwiderte aber: „Was, Du Kauschunge? Du läßt Dir auch schon einen Bart stehen? Du kriegst gleich was in die Presse — (und nun folgte eine Herberung, die sich nicht einmal andenten läßt). Die Anklage lautete daher außer auf Majestätsbeleidigung auch auf Beleidigung des Hautboisten Klüßner. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und endete mit der Beurteilung des Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Thusewida Perzog, Ihnen steht ein Anspruch auf Entschädigung wegen Nichtentziehung gegen den Wert zu. — Streikherstr., Allenfalls an der Uhr

steht Ihnen ein Zurückbehaltungsrecht zu, da die andren Sachen unpfindbar sind. — 2. Weizende. 1. Ja. 2. Nein. — Klinge. Sie sind im Verzug, wahrscheinlich ist, da Sie nicht erschienen sind, im Termin Verfallurteil gegen Sie ergangen. Erklärenden Sie sich demnach auf der Geschäftsstelle. — Mann 5. 1. Die Besten. 2. Sie haben die Wahl. — N. 1. Beantragen Sie beim Gericht Regulierung des Nachlasses. — W. 99. Die Stellvertreter-Kommission würde Ihnen verlag werden. — Gottsch 19. 1. Erscheinen woher Sie noch für Sie ein schriftlich von Ihnen benachmächtigter Vertreter, so ist die Klinge auf Antrag des Beklagten abzuweisen. 2. Möglicherweise ist es, daß Ihnen Kosten zur Last fallen. — C. Bösch. 1. Darüber besteht keine Vorchrift. 2. Der Geschäft wäre als Zeuge zu vernehmen. 3. Die Gemeinde. 4. Die Unfallrente besteht nicht im Ertrag des vollen Schadens, sondern nur in dem Betrag eines Teils des Schadens. Ob Ihnen Ansprüche über die gewählte Unfallrente hinaus zufließen, läßt sich nur vor der Hand des betreffenden Bescheides erforschen. Sprechen Sie eventuell mit demselben in der Sprechstunde vor. — F. D. Lichtenberg. 1. Nein. 2. Ja.

### Witterungsübersicht vom 1. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C in 1 m	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C in 1 m
Zwinnende	763	W	3	hls. bed.	13	Haparanda	756	W	2	heiter	14
Hamburg	765	WSW	3	bedekt	11	Petersburg	759	W	1	hls. bed.	13
Berlin	765	WSW	3	wolkig	13	Wort	768	W	2	hls. bed.	13
Frankf./M.	765	W	4	wolkig	14	Reerben	—	—	—	—	—
München	765	SW	3	Regen	15	Paris	765	NO	3	heiter	14
Wien	763	NO	1	heiter	20						

### Weiter-Prognose für Sonnabend, den 2. August 1902.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Am Donnerstag, 31. Juli, nachm. 6 Uhr, entlichst sanft noch schwerer Krankeit meine innigstgeliebte Frau Bertha Schnopp geb. Manski, im 42. Lebensjahre. Dies jagt tieftraurig an Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, 3. August, nachmittags 4 Uhr, von der Rantaustraße 54 aus nach dem Gammelskirchhof statt. 12296

Von der Reise zurück. Dr. Lachmann, Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Gehörkranken, 12288 Brunnenstraße 115.

## Geschäfts-Eröffnung

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Madalstr. 9 ein Geschäft übernommen habe. Fritz-Golz, Gastwirt.

Allen Parteigenossen, Freunden sowie meiner weiten Nachbarschaft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein Weiß-u. Bayerisch-Bier-Local von Ballfadenstr. 9 nach der Jörnborferstraße 8 verlegt habe. Vereinszimmer bis 60 Personen. 8446\* Kätungsvoll Otto Franke.

# Arbeiter-Sportfest

am Sonntag, den 3. August 1902 in den Gesamttränken des Müggelschloßes und des Strandschloßes am Müggelsee bei Friedrichshagen veranstaltet von den Arbeiter-Sport- und Turn-Vereinen

bestehend in sportlichen Veranstaltungen aller Art: Korso-Reisenfahrten der Radfahr-Vereine, Reigen- und Riegen-Schwimmen sowie Springen u. Wasserball-Spiel, Weichwader-Segeln u. Rudern, Segel-u. Ruder-Regatta, Turnerische Aufführungen, Waffengefänge, Volksbelustigungen aller Art.

## Großes Konzert von 3 Kapellen.

Die Kapelle der „Strandschloß“ während des ganzen Tages, im „Müggelschloß“ von 8-10 und 2-6 Uhr geöffnet. Anfang 8 Uhr früh. Eintritt a Person 20 Pf. Die vereidigten Teilnehmer erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß es uns gelungen ist, mit einer Dampfmaschinen-Gesellschaft einen gütigen Vertrag im Interesse der Teilnehmer abzuschließen. Dieselbe bestrebt Personen von Cafe Alsen, vor dem Schloßlichen Thor 2, nach dem Festplatz. Die Hin- und Rückfahrt kostet 70 Pfennig. Kinder bis zu 10 Jahren sind frei. Die Dampfer fahren nach Bedarf von früh morgens um 7 Uhr an Cafe Alsen in mit der Stadt, Hoch- und Gelehrtenbahn bequemen zu erreichen. Vorverkauf der Dampfer-Billets bei L. Lang, Scharrenstraße 14, III; F. Koll, Köpenickerstraße 123; W. Hirtig, Rübendstraße 33, IV; Kademann, Köpenickerstr. 3, Hof I, sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften und an der Aufsichtsstelle Cafe Alsen, vor dem Schloßlichen Thor 2. Wichtigst machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Teilnehmer, welche die Eisenbahn benutzen, bei der Fahrt für Kinder bis zu 12 Jahren nichts zu zahlen brauchen. Das Komitee. 290/18

## Rixdorf.

Sonntag, den 3. August 1902: Grosses Sommerfest

veranstaltet vom Socialdemokratischen Wahlverein Rixdorf in Bethges Konzert-Park, Weich, Chanseeckstr. 39. Konzert, Humoristische Vorträge, Turnerische Aufführungen und Tanz. Kinder-Belustigungen aller Art und Päckelzug, wozu jedes Kind am Eingang eine Stocklaterne erhält. Anfang 4 Uhr. Kasseneröffnung 3 Uhr. Entree 20 Pf. Personen, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Um zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen von Rixdorf und Weich bitten Der Vorstand.

## Freireligiöse Gemeinde.

Zum Besten des Baufonds Sonnabend, 30. August, in Lenis Selters Becken, Köpenickerstr. 29: Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert und Sommernachtsball.

Die Gesänge werden ausgeführt von dem gutrenommierten Männerchor der freien Religionsgesellschaft zu Roggeburg und dem „Gesanglichen Chor der freireligiösen Gemeinde zu Berlin“; Musik vom „Orchestra der Civil-Berufsmänner“ unter Leitung des Herrn Rud. Vietz. Programme a 30 Pf. sind zu haben in allen Billeterverkaufsstellen der freireligiösen Gemeinde, in den Sonntags-Versammlungen 21. Franzfurterstraße 6 und bei Rodd, Tücherstr. 70 IV; A. Hoffmann, Blumenstr. 14; Bege, Rübendstraße 48, sowie beim Kassentoten Sieder, Rübendstraße 62II. Anfang 8 1/2 Uhr. Tanz für Herren 50 Pf. Um zahlreiche Beteiligung erucht Das Komitee.

## „Jägerhäuschen“ Saatwinkel

Am Spandauer Schiffschiffkanal. Inh.: Heinrich Hoppe empfängt Bierchen, Weichschaften und Habiten sein am Bad und Wasser gelegenes Lokal mit 3000 Sitzplätzen, herrlichem Naturgarten und großem Tanzsaal zum gefälligen Besuch. Für Kremer-Partien besonders geeignet. Ausspannung für 150 Pferde. Beschäftigungen werden auch in unserem alten Geschäft Berlin, Alsterstraße 12 angenommen. 47870\* Heinrich Hoppe.







**Orts-Krankenkasse**  
für das  
**Gewerbe der Verfertigung von**  
**Musikinstrumenten Berlin.**  
**Bekanntmachung.**

Anlage A  
zum  
**Statut der Orts-Krankenkasse**  
für das Gewerbe der  
**Verfertigung von Musik-**  
**instrumenten.**

**Gebühren-Tarif.**  
Auf Grund des § 55 des Kranken-  
versicherungs-Gesetzes und nach § 32  
des Statuts hat die außerordentliche  
Generalversammlung vom 7. Juni 1902  
beschlossen, daß diejenigen Arbeitgeber,  
welche die Eintrittsgelder und Beiträge  
nicht zum Fälligkeitstermine  
eingezahlt haben, für die der Be-  
treibung vorausgehenden Wahrung  
eine Gebühr zu entrichten haben und  
ihre nachstehender Wahrungsbühnen-Zer-  
setzung folgende sind:

1. bis 3 M. einschließlich . . . 10 Pf.
  2. von 3 M. bis einschließlich  
lich 15 M. . . . . 20 Pf.
  3. von 15 M. bis einschließ-  
lich 150 M. . . . . 40 Pf.
  4. von über 150 M. . . . . 75 Pf.
- Diese Wahrungsbühnen werden in derselben Weise wie die Rückstände be-  
trieben. 274/12

**Der Vorstand.**  
A. Baartz, Jos. Meyer,  
1. Vorsitzender, Schriftführer.

**Der Magistrats-Kommissar**  
für d. Orts-u. Betriebs-Krankenkassen.  
J. B.  
Dr. Meyer.

**9. Abänderung**

zum  
**Statut d. Orts-Krankenkasse**  
für das Gewerbe der  
**Verfertigung von Musik-**  
**Instrumenten.**  
Artikel I.

§ 30 lautet wie folgt:  
Die wöchentlichen Beiträge betragen:

1. für erwachsene männliche Kas-  
senmitglieder über 16 Jahre, aus-  
schließlich der Lehrlinge 60 Pf.
2. für erwachsene weibliche Kas-  
senmitglieder über 16 Jahre 45 Pf.
3. für männliche Kassemittglieder  
unter 16 Jahren und für Lehrlinge  
30 Pf.
4. für weibliche Kassemittglieder  
unter 16 Jahren 24 Pf.

Diese Abänderung tritt nach Ge-  
nehmigung durch den Bezirksausschuß  
mit dem ersten Montag nach erfolgter  
statutenmäßiger Bekanntmachung in  
Kraft.  
Berlin, den 9. Juni 1902.  
**Der Vorstand.**  
A. Baartz, Jos. Meyer,  
1. Vorsitzender, Schriftführer.  
Genehmigt.  
Berlin, den 9. Juni 1902.  
Name des Bezirksausschusses  
der Abteilung II  
Der Vorsitzende:  
Raufer.

**Patentanwalt Dammann,**  
Moritzplatz 57.  
Ankunft bis abends neun. (45302)

**Partei-Expeditionen:**

**Berlin zweiter Wahlkreis:** Hermann Werner, Wittenwalder-  
straße 30, v. part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Dr.  
Frankfurterstr. 133, Dof part. — **SO.:** Paul Böhm, Postplatz 14/15  
(Waden). — **Sechster Wahlkreis (Noabit):** Karl Anders,  
Sulzweberstraße 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger**  
**Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wittenbergstraße 41/42. — **Gesund-**  
**brunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh**  
**und Schönholz:** Hermann Masche, Grünhoferstr. 65. — **Rosen-**  
**thaler und Schönhauser Vorstadt:** Carl Mars, Rastanien-  
allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharberg, Selen-  
heimstraße 1, Ecke Weichstraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:**  
W. H. Edel, Umlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichs-**  
**feld:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — **Grünau:**  
Gustav Meyer, Adenierstraße 111. — **Rixdorf:** Oskermann, Grö-  
straße 5. — **Schöneberg:** W. Baumler, Martin Lutherstr. 51, Laden.  
— **Ober-Schöneberg:** Emil Kaufhold, Wilmersdorferstr. 18.  
— **Nieder-Schöneberg:** Bonafowski, Berlinerstraße 8. —  
**Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstraße 39, I. — **Adlers-**  
**hof:** Gustav Hitz, Gadenbergstraße 8. — **Köpenick:** Friedrich  
Bald, Grünstraße 29. — **Friedenau-Steglitz:** J. Bernlee,  
Kirchstr. 15 in Friedenau. — **Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:**  
H. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 15a. —  
**Baumshulenberg:** Stock, Grünstraße 2, II. — **Neu-Weissen-**  
**see:** Heinrich Bachmann, Heiderstraße 5, Ecke Friedrichstraße. —  
**Rummelsburg:** Georg Bert, Prinz Albrechtstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden!

**Hüte! Herrenhüte von 1,50 an**  
Anabenhüte „ 0,75 „  
Größtes Lager in Strohhüten  
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres  
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
München, Krawatten. (45042)

**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
Ecke Staligerstraße.

**Jede Uhr**   
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens  
nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger.  
Größtes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschwinglich billigen Preisen.  
Dulaten-Trauring, 900 gest., 1 1/2 Dulaten 15,50, 2 Dulaten 30,50.  
Für sämtliche Waren gesetzliche Garantie. Galt Rathenower Strassen  
Finances, Obergasse. 45062

**T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.**

**SULIMA**  
**CIGARETTEN**  
Feinste Marken!  
Jährliche Production: 175 Millionen.

**Matrapas**  
feine Specialität zu 3-10 Pfg. p. Stück  
garantirt rein u. blumig  
In allen Specialgeschäften erhältlich.

**Wo?** in ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und  
Kreuzer zu erreichen? Beim **alten Freund** auf  
**Pichelswerder.** — Für gute Küche usw. ist  
immer bestens gesorgt! (45129)

• Musik: Elektrisch. •

**Kufekes**  
BESTE NAHRUNG FÜR  
gesunde & darmkranke Kinder  
**Kindermehl.**

**30 Tage**  
zur  
**Probier**  
BRILLANT  
LABRIK-MARKE  
versendet  
die **Stahlwaren-Fabrik** und  
**Versandhaus I. Ranges**  
von  
**Gebrüder Rauh**  
Gräfrath bei Solingen  
eine hochfeine, kräftige  
**Herren-**  
**Nickel-Uhrkette**

ganze Länge 27 cm wie Zeichnung, unter Garantie  
hier wechselläufig, mit Glashaarhänger (Perlmutter mit  
Emaille-Steckband), modernes Façon zum Preise von  
nur **1.40 M. francs**, 2 Buchstaben in das Per-  
mutter des Anhängers eingraviert berechnen mit nur  
**10 Pf.**  
Sollte vorstehendes Muster nicht gefallen, so bitten  
wir nach unserem Katalog zu wählen, welcher eine große  
Auswahl in Ketten enthält.

**Versand gegen Nachnahme**  
oder Vorherzusendung des Betrages.  
**Garantieschein:**  
Nicht gefallene Waren tauschen  
wir bereitwillig um oder zahlen  
das Geld zurück.

**Umsonst u. portofrei**  
versenden wir an jedermann unseren neuesten  
illustrierten  
**Pracht-Katalog**

— Ausgabe 1902 —  
mit über 2500 Abbildungen von  
Solinger Stahlwaren, Lederwaren,  
Gold- und Silberwaren, Haus-  
haltungs-Gegenständen, Uhren, Uhr-  
ketten, Musikwaren, Pfeifen, Ci-  
garren, Cigarrenstücken, Spielsachen  
und sonstigen vielen Neuheiten.  
Bemerken noch, daß wir nur  
elegante, gediegene, gute und  
preiswürdige Waren versenden.  
Wir bitten genau auf  
unser Firm- und Fabrikmarke  
zu achten.

**Jeder Arbeiter,**  
**Jeder Handwerker**  
sollte zur Arbeit  
die **Lederhose Herkules** tragen.  
Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Hand aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Rapp-  
nähte. Galtbarste Wäse-Taschen.  
Große Hüften umfaßt. Die Hose  
bei Entnahme von  
6 Stück 26 M.  
**4 M. 50f**

Schöneblauer Monteur-Jacke 1 M. 90  
Schöneblauer Monteur-Jacke 1 M. 50  
Schöneblauer Monteur-Jacke  
Prima Röper-Gewebe . . . 2 M. 50  
Schöneblauer Monteur-Jacke  
Prima Röper-Gewebe . . . 2 M. 10  
Manschetten-Jacke, 3, 25, 4, 25, 3 M. 50  
Gefütterter Mantel-Jacke 14 — 9 —  
Weiße Herren-Jacke 3,50, 2 M. 75  
Ronditor-Jacke, Dreifach, 4, 25, 3 M. —  
Rohleder-Rittel . . . 3 —, 2,50, 2 M. —  
Mechaniker-Rittel (braun) 3 —, 2 M. 40  
Weiße Leder-Jacke, Dreifach  
7,50, 3 M. 75  
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 75  
Zwischenhosen, fest u. schön, 3 — 1 M. 75  
Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Chausseestr. 21a. 25. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Die 19. Preisliste 1902 wird kosten-  
los und portofrei zugesandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Hosweite und die Schrittlänge, bei  
Jacken und Mänteln die Brustweite  
anzugeben. 44332  
— Versand von 20 M. an franco. —

**Tabak u. Cigaretten verboten!**  
Cigaretten- u. Cigaretten-Fabrik  
Schillingstr. 7. Venus-Schillingstr. 7.  
Engros u. Einzel  
empfehlen nur feinste Qualitäten.  
43572  
**H. Fyret.**

**Herren-Kragen,**  
rein leinen, garantiert 4fach,  
sämtliche neue Façons in allen Weiten  
Stück 15 Pf., Borsat leicht.  
Geschlossene Kragen  
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.  
Manschetten, prima, garantiert 4fach,  
1/2 Dubend 2,25 Mark,  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten  
in größter Auswahl. Tricotagen,  
Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-  
Preisen. 43152  
**Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.**  
Prämiiert mit der goldenen Medaille.

**Kraft-Rothwein**  
für Blutmangel  
u. Kranke  
ärztl. empfohlen  
Feurig-Süßer  
**Santa Lucia**  
Fl. 1,50  
u. 2 M.  
Überall  
zu haben

In all. Apotheken, Drogen-Handlungen,  
Delikatess- u. Kolonialwarengeschäft.

**Jedes Wort 5 Pfennig.**  
Wort: 5 Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
16 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,  
in der Hauptexpedition Behrstr. 3  
bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Waldparzellen,** an Biese und  
Wasser, verkauft Bestzer Pflaumbaum,  
Hermisdorf, Lindenstraße 15. 8190\*

**Baukelle,** sofort 10 Minuten  
vom Bahnhof, gesunde Lage, verkauft  
wegen Krankheit. 6-8 Mark die  
Kute. Hörs in Hermsdorf. 11968\*

**Garbenerhaus** Große Frankfurter-  
straße 9, portiere. 737\*

**Vorjährige elegante Herrenhosen**  
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.  
Verkauft Sonnabend und Sonntag,  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Linden 21, II. 12428\*

**Weiße Herrenhüte,** gute Qualität,  
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen  
enorm billig. Kaufhaus, Komptoir  
Kaiserstraße 25A, früher Barnim-  
straße 4 und 6. Sonntag ge-  
öffnet. (11978)\*

**Teppiche!** (feinsterhalt) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes im  
Teppichlager Berlin, Gadeschloßstr. 4,  
Bahnhofstr. 11957\*

**Sporthilf!** Teppiche, Betten,  
Stoppdecken, Gardinen, Regulatorien,  
Repetieruhren Verkaufshaus Neander-  
straße 6. Teilzahlungen gestattet. \*

**Schmuckgeschäft** sofort billig ver-  
käuflich, voller Schmuck, wegen Verzug  
nach außerhalb. Namierstraße 33.

**Schmuckgeschäft,** gutgehalten, 2/3  
Barock, 2/3, Weibler. Zu erfragen  
bei Dalz, Kleberstraße 23. 9769

**Kolonie** Banfelde, Ostbahnhof  
Friedrichsberg, 60 Quadratmeter 600  
Mark, keine Anzahlung, gesunde  
Lage, verkauft Walter, Fischerstraße 12

**Zwei Mark** Viertelbügel Damen-  
hemden, Herrenhemden 3,00. An-  
zahlungen sowie elegante Klei-  
dungsstoffe, Kuchenschmuck, Weiß-  
salomon, Stadtbahn 21, Nähe  
Postplatzbaum. 7118

**Stoppdecken,** spottbillig, Fabrik  
Weinstraße 20 I. 11576

**Wettdecken,** Pfund von 45 Pf.  
an, echt chinesische Randarmenbaum  
Pfand 1,90. Fabriklager Landsberger-  
Allee 37, I. 1206K\*

**Schminke** verkauft Damen-  
Wettdecken 25,00, Wettdecken 34,00,  
25,00, Wettdecken, Komplett 34,00,  
Trumeau 33,00, Kuchenschmuck 15,00,  
Salomon 10,00, Kuchenschmuck 4,00,  
Zimmerstühle 2,50, Küchenschmuck,  
Betten, Stores, Gardinen 2,50,  
Schloßregulator 15,00, Wettdecken  
30,00, alles wie neu. Verkaufshaus  
bis Oktober fehen. Schönhauser  
Allee 101, im Restaurant. Café  
übernehmbar. 10345\*

**Stühle** billig. Stuhl-  
lagerer 4. 10435\*

**Teppiche** mit Gardinen  
Fabrikverkauf Große Frankfurter-  
straße 9, portiere. 737\*

**Verjüngende** Pflaster, goldene  
Uhren, Ringe und andre Goldsachen,  
Reiten jeder Art, lauter und schön,  
werden spottbillig verkauft. Alles  
Gold und Silber wird gekauft und  
in Zahlung genommen in der Pfand-  
leihe Weinstraße 28, I. Ecke Ritter-  
straße. 10005\*

**Nähmaschinen,** spottbillig, Pfand-  
leihe Alexanderstraße 73. 317\*

**Stoppdecken** billig Fabrik  
Frankfurterstraße 9, portiere. 737\*

**Dame** verkauft Garnitur, Pfand-  
leihe, so gut, zwei Bettstellen, Auf-  
gabe eines Pensionats, Gadeschloßstr. 32,  
vorn II. 7120

**Wirtschafts-Vereinszimmer,**  
anliegendes Wohnung, bequem,  
Miete 1100 (sofort oder Oktober ver-  
kauflich) Vödenstraße 42. 781

**Kleines** gangbares Cigarren-  
geschäft in Lodenstraße halber Preis-  
wert zu verkaufen Anhalterstraße 57.

**Fahrender** Saisonabschluss wegen  
spottbillig Pfandleihe Große Frankfurter-  
straße 9, portiere. 12326\*

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung,  
Wode 1,00, gebrauchte, taublos,  
räumungsbaher spottbillig, Köpfer-  
straße 60/61, Vödenstraße 82. \*

**Nähmaschinen** 15,00 an Pfand-  
leiheband Vödenstraße 82/83b

**Restoration** zu verkaufen Vöden-  
straße 40. 12359\*

**Herrenanzüge,** feinste Stoffe,  
welche von der Saison zurückgeblieben,  
fertige nach Maß von 25,00 an.  
B. Vostowiz, Schneidermeister,  
Alexanderstraße 14a, I. 12218\*

**Geschäft,** Doh, Gemüse und Ge-  
räte, gutgehend, umhändelbar billig  
verkauft Rixdorf, Bannerstraße 28.

**140** Kundenanzüge für das Alter  
von 3 bis 10 Jahren sind zum Preise  
von 2-9 Mark noch kurze Zeit zu  
haben im Kundenkauf des Wolff  
Vödenstraße 82/83b, Vödenstraße 82,  
Wittenbergstraße 7. 12288

**Zurückgabe** 85. Voger fertiger  
Küche, Paletots, Joppen, Joppen,  
Beisen usw. Solide Stoffe. Güter  
Sich. Kein Vorzahlen. Kein Nach-  
lassen. Streng feste, billige Preise.  
Hermann Schlegler. 12248

**Vibifikation!** Wer sich über diese  
ruchloseste Grausamkeit unter Zeit  
unterrichten will, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Bio-  
sekten, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Berliner Tierärztungs-  
verein, Königgräberstraße 108. Um  
gütigen Abdruck wird gebeten. 1618\*

**Vereinszimmer,** vier, alle Jach-  
straße 119. 1188K\*

**Vereinszimmer,** schön groß,  
Buckner, Brig, Rudowstraße 11. \*

**Vereinszimmer** zu vergeben, auch  
gut geeignet zu Familien-Festlichkeiten  
Rosenstraße 12, Hermann Hei-  
lich. 74\*

**Rechtsbureau,** Prozeßbeistand,  
Eingabengeld, Raterteilung, Fall,  
Brannenstraße vierzig. 1237b

**Metallbruch** aller Art, kauft  
Broder, Doppelstraße 16. 74\*

**Vereinszimmer** empfiehlt Blumen-  
straße 35a. 12326\*

**Frauenhaare** kauft Winterfeld,  
Chausseestraße 121. 12346

**Klavier-,** Pflon, Horn-Unterricht,  
W. Wolburgstraße 8, Garten-  
haus III. 12305\*

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Buchdrucker-Jubilide,** 35, Schrift-  
gewandt, guter Rechner, sucht Be-  
schäftigung bei beschriebenen An-  
sprüchen. Walter, Fischerstraße 12.

**Jubilide** Buchdrucker, 41 Jahre,  
welcher nur Invalidentrente bezieht,  
bittet um leichte Beschäftigung. Seher,  
Oranienstraße 200 bei Friedrichs.

**Blinder** Stuhlrechner bittet um  
Arbeit. Stühle gefertigt zu den  
billigsten Preisen geflochten, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geliefert. Adresse: Wladstraße 27,  
K. Gläser.

**Stellenangebote.**

**Farbiger** verlangt, Rixdorf,  
Brig Handstraße 73. 7131

**Bücher,** der auch kocht, verlangt  
Tafel, Schulstraße 7, II, Part-  
fette. 1237b

**Wamsels** auf Jacken und Paletots  
(in und außer dem Hause) verlangt  
Reichenbergerstraße 119. 12305

**Wamsels** auf Stoffpaletots und  
selbenem Pflisch im und außer Hause.  
Schulze, Gadeschloßstr. 41, I. (12315)\*

**Stucenteure nach Kopenhagen**  
werden gesucht. Krieger und Sieber.  
Hinsendung in Goldhof Zum Oh-  
preußen, Eisenbergstraße Nr. 8,  
Berlin, am Montag 4. August, von  
2-3 Uhr nachm. Keine Vergütung.  
Sofortige Adresse: J. Andersen. \*

**Achtung! Holzarbeiter!**  
Gesucht sind folgende Werkstätten  
für Tischler, Maschinenarbeiter und  
Polster:  
K. Schulz, Frankstr. 18/19.  
Emmelich, Diefenbacherstr. 33.  
Kunze u. Friedrichsen, Poststr. 48.  
Kunze u. Friedrichsen, Poststr. 59.  
Reinhold Wolf, Waldemarstr. 27  
und Behnichen-Platz 6.  
83,3\* Die Creditverwaltung.

**Achtung! Achtung!**  
**Elektromonteur.**  
Bei der Firma Paul Har-  
degen & Co., Glöcknerstr. 5/6,  
sind abermals Reduktionen vor-  
genommen worden, und befinden sich  
daher die Elektromonteur im Streif-  
Zugung ist fernzubalten. 68/8\*

**Die Lohnkommission.**

**Achtung, Töpfer!**  
Bei dem Töpfermeister Gebauer,  
Bau Vödenberg, Wödenbergstr. 75, haben  
unsere Kollegen wegen Umgehung des  
Arbeitsgesetzes leidendes des Arbeit-  
gebers die Arbeit niedergelegt.  
Zugung ist fernzubalten.  
190/9 **Der Vorstand.**



Die Arbeitsverhältnisse des Personals der Berliner Straßenbahnen.

Unter den Erhebungen des Vereins für Socialpolitik über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben dürfen die über die Arbeitsverhältnisse des Personals der Berliner Straßenbahnen von besonderem Interesse sein. Herr Dr. Fritz Deichen, der in einer umfangreichen Arbeit darüber berichtet, hat die Erhebungen im Sommer 1899 begonnen und im Laufe des darauffolgenden Winters fertiggestellt. Bevor seine Abhandlung jedoch zum endgültigen Abschluß gebracht wurde, brach im Mai 1900 der große Ausbruch der Straßenbahner aus. Die Ergebnisse dieser Lohnbewegung sind in der Arbeit bereits berücksichtigt.

Das die durch den Streik geschaffenen Verhältnisse dauernden Bestand haben werden, wagt der Verfasser nicht zu behaupten, ein Zweifel, der in den Augen aller „Staatsverhaltenden“ Elemente vorwiegend um so schwerer ins Gewicht fällt, da Herr Deichen jede Gemeinschaft mit der Socialdemokratie weit von sich weist. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Angestellten der Straßenbahnen „unter der Flagge einer socialdemokratischen Gewerkschaft“ regeln mußten, um bessere Arbeitsverhältnisse zu erlangen, und hofft, daß der größte Teil derselben den Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter nur als Mittel zum Zweck bemittelt hat und sich jetzt wieder von ihm loslösen wird.

Kur ein kleiner Bruchteil der Bediensteten gehört nach seiner Kenntnis der Dinge aus politischer Ueberzeugung der Socialdemokratie an, während ihr das Gros stets ferngeblieben hat und auch wieder fern bleiben wird. Als Kronzeuge dient ihm der — Schaffner Fischer, jener Mann, der in dem Straßenbahnerstreik eine mehr als zweideutige Rolle gespielt hat.

Trotz der Ausfälle gegen die Socialdemokratie, die an einigen Stellen der Arbeit enthalten sind, sind die Erhebungen des Herrn Dr. Deichen doch von bleibendem Wert. Zeigen sie doch, daß im „Staate der Socialreform“ in Betrieben, über die die Organe des Staates die Aufsicht führen, Zustände herrschen, wie man sie zwölf Jahre nach den Februarentscheidungen kaum für möglich halten sollte!

Das Personal zerfällt in eigentliches Straßenbahn- und in Handwerkerpersonal. Zum ersteren gehören alle diejenigen Personen, deren Funktionen in ihrer Gesamtheit dem Unternehmen das charakteristische Gepräge einer Straßenbahn geben; die Einführung des elektrischen Betriebes bringt im allgemeinen eine Verminderung dieser Kategorie zu Gunsten der Handwerker mit sich, denn an die Stelle der vielen Stalleute beim Pferdebetriebe treten jetzt einige Maschinenisten und Heizer sowie die nötigen Schlosser und Leitungs-monteurs. Die Gesamtzahl aller Bediensteten einschließlich der Arbeiter in Baukolonnen betrug Ende 1899 auf rund 8000 und nach Inbetriebnahme der bereits konzessionierten resp. projektierten Bahnen auf etwa 10 000.

Am Vordergrunde des Interesses stehen die Wagenführer und Schaffner, weil ihre Thätigkeit im öffentlichen Verkehrsweien als die wichtigste erscheint; auch der Zahl nach sind sie am bedeutendsten. Die Sicherung eines gesunden, leistungsfähigen Fahrpersonals ist daher eine Hauptaufgabe der Straßenbahnverwaltungen. Während sich für das übrige Personal leicht Ersatz schaffen läßt, kann ein plötzlich auftretender Mangel an Wagenführern und Schaffnern, ebenso wie eine dauernde Unthätigkeit derselben, zu den schwersten Schädigungen des Unternehmens führen. Wer jedoch glaubt, daß Männer in so verantwortungsvoller Stellung auch entsprechend bezahlt werden, der befindet sich in einem großen Irrtum. Zwar sind die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse der Führer und Schaffner meist besser als die der anderen Betriebs-mitarbeiter, aber es fehlt, wie wir weiter unten sehen werden, noch viel, ehe diesen Beamten eine menschenwürdige Existenz gesichert ist.

Besondere Mängel werden vom Straßenbahnpersonal im allgemeinen nicht gefordert; es erhält vielmehr im Betriebe selbst den nötigen Unterricht. Alle Neueinsteigenden, welche die Stellung eines Führers oder Schaffners erlangen wollen, haben 2-3 Wochen lang an einem theoretischen und praktischen Fahrunterricht teilzunehmen, der durch eine Prüfung abgeschlossen wird. Bis zu dem Streik wurde während der Lehrzeit — außer bei Siemens u. Halske — nicht der geringste Lohn gezahlt, obwohl die Anwärter 8-10 Stunden täglich zur Verfügung des Unternehmers stehen mußten. Aber selbst nach Ablauf der Lehrzeit und sogar nach Hinterlegung der Kaution wurden die betreffenden bei der Großen Berliner Straßenbahn gewöhnlich noch nicht fest angestellt, sondern vorläufig erst als „Ersatzfahrer“ oder „Ersatzschaffner“ gegen einen Tagelohn von 2,50 M. oder einen Stundenlohn von 25 Pf. bei jederzeitiger Kündigungsbefähigung beschäftigt; sie hatten dann aber keineswegs alle Tage Arbeit, sondern wurden je nach Bedarf in der Woche nur an zwei bis drei Tagen zum Dienste herangezogen. Ja, falls sie die Kaution nicht gleich stellen konnten, wurden sie sogar bloß als Wagenführer, Wagenreiner oder zu sonstigen Hand-langerdiensten verwendet. Oft erhielten die Anwärter erst nach vielen Monaten, manchmal erst nach mehr als Jahres-frist, ihre dauernde Einberufung, und zwar zunächst sechs Monate lang auf Probe und erst dann endgültig, d. h. mit einem beiderseitigen Kündigungsbefähigung von 14 Tagen. Infolge der Lohnbewegung haben sich die Verhältnisse etwas günstiger gestaltet. Der sogen. Reservendienst gegen Tagelohn fällt fortan überhaupt weg; die neu-Eingestellten bekommen sofort ein Monats-gehalt von 85 M. und werden nach sechsmonatlicher Probezeit mit 90 M. Gehalt fest angestellt.

Was den Dienst, die Arbeitszeiten und Ruhe-pausen des Personals betrifft, so beträgt bei den Con-troleuren die reine Arbeitszeit gewöhnlich 11 Stunden. Unterwegs sind sie allerdings 12 bis 13 Stunden; jedoch gehen hier von regelmäßig 1-2 Stunden für Frühstück- und Mittagspausen ab. Am schwersten hat es wohl das eigentliche Fahrpersonal, nämlich Kutscher resp. Wagenführer und Schaffner. Nach der Dienstordnung, die jedem Angestellten beifolgt, ist das Rauschen im Dienst verboten. Kleidungsstücke dürfen nur mit Genehmigung der Direktion gegen Jahresfrist anständig gemacht werden. Bei dem einen Unternehmen ist der Besuch von Schank-wirtschaften an den Endstationen untersagt. Überall ist es ver-boten, daß Fahrer und Schaffner zu gleicher Zeit auftreten; oft ist auch weder zum Besuch von Schankwirtschaften noch zum Austrinken Zeit vorhanden. Als sehr drückend empfunden das Fahr-personal die Vorschrift, daß der Ausrüstungs- und das Speisen in den Wagen an den Haltestellen verboten ist. Die Leute mühten also eigentlich ihre Wadlzeiten im Stehen, und noch dazu selbst beim größten Unwetter, im Freien einzuweichen.

Einen ganz besonders anstrengenden, sowohl Körper wie Geist ruhrender Dienst haben die Wagenführer im elektrischen Be-triebe, und oft genug trägt noch die Sparlichkeit der Unternehmer dazu bei, ihnen das Leben schwer zu machen. Es sollen nämlich vielfach zu wenig Schlosser vorhanden sein, welche die Motorwagen, speciell die Bremsen, einer regelmäßigen Prüfung unterziehen und etwa auftretende Mängel rechtzeitig beseitigen können. Da wird dann leicht ein Wagen ohne Vornahme der notwendigen Reparatur aus der Hand gelassen, und der Fahrer muß vom Hofe fahren, trotzdem die Bremse nicht richtig funktioniert. Dem Wind und Wetter ist der Fahrer vollkommen preisgegeben. Selbst bei stürmendem Gewitterregen darf er seinen Posten nicht verlassen. Trotzdem er oft bis auf die Haut durchnäßt ist, muß er, zitternd vor Kälte, bis in die tiefe Nacht hinein seinen Dienst versehen. Der Dienst der Fahrer ist „in jeder Hinsicht geistiger und körperlicher Hinsicht eine der aufreibendsten Thätigkeiten. Sie arbeiten mit Augen, Ohren und beiden Händen. Mit dem einen Fuße stehen sie auf der

Signalglocke und mit dem andren im Gefängnis oder halb im Grabe“.

Wie gestaltet sich nun die eigentliche Arbeitszeit des Fahr-personals? Der Vorbereitungsdienst dauert durchschnittlich bei den Schaffnern 15, bei den Kutschern und Kutscherinnen mindestens 25 Minuten. Das Fahrpersonal noch zu umfangreichen Reinigungs- und Puh-arbeiten herangezogen wird, wie bei Siemens u. Halske und bei der Kontinentalen Gesellschaft, kommt es mit diesem Zeitraum nicht einmal aus. Berechnet man ferner den Abfertigungsdienst für Kutscher und Fahrer durchschnittlich auf 5, für den Schaffner auf 15 Minuten, so würde sich die eigentliche Fahrzeit bei beiden Katego-rien um 30 Minuten verlängern. Die Motorwagen-Führer sollen nach dem mit der Berliner Stadtverwaltung abgeschlossenen Verträgen nur ausnahmsweise länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Infolgedessen ist ihre Dienstzeit zwar kürzer als die der Kutscher und Schaffner, indessen wurden die 10 Stunden bis zum Ausbruch des Streiks bei weitem über-schritten, namentlich bei der Großen Berliner Straßenbahn, wo der Monatsdurchschnitt auf einzelnen Bahnlinien 10 1/2 bis 11 Stunden betrug. Der Dienst der Kutscher und Schaffner dauerte noch länger als der der Fahrer; im elektrischen Betriebe z. B. fährt der Schaffner gewöhnlich eine Tour, d. h. rund 1 1/2 Std. länger als der Fahrer. Bei der Charlottenburger Gesellschaft kamen einmal 16 Stunden 50 Minuten nach dem Dienstverteilungs-plane vor. Bei der Großen Berliner Straßenbahn schwankte der Dienst im allgemeinen zwischen 11 und 14 Stunden, der Durchschnitt betrug etwa 12 1/2 Stunden. Bei Siemens u. Halske kamen im Durchschnitt 11 Stunden heraus. Dazu kamen jede Woche etwa 4 Ueberstunden infolge der Zubetriebnahme von Einschlagwagen an Sonnabenden und Sonntagen, jedoch liegt die durchschnittliche Arbeits-zeit bei den Fahrern auf rund 11, bei den Schaffnern auf rund 13 Stunden erhöhte.

Infolge des Streiks sind bei der Großen Berliner Straßenbahn Herabsetzungen der Arbeitszeiten erfolgt; die Direktion hat die täg-liche Dienstzeit der Fahrer und Kutscher auf durchschnittlich neun, die der Schaffner auf durchschnittlich elf herabgesetzt.

Die Mittags- und Nachtpausen lassen noch manches zu wünschen übrig. Die Große Berliner Straßenbahn gewährt durchgehend eine eigentliche Mittagspause von mindestens einer Stunde, bei der Charlottenburger Straßenbahn dagegen kamen im letzten Winter für die Fahrer verschiedentlich nur Pausen von 15 bis 20 Minuten bei 10-11stündigem Dienst vor. Ebenso war der Dienst eines Kutschers, welcher von 6 1/2 vormittags bis 12 1/2 abends reichte, nur durch eine Mittagspause von 35 Minuten unterbrochen. Erfolgt eine mehrmalige Ablösung, so giebt es zwei Zwischenpausen am Tage, wovon aber die eine gewöhnlich nur von ganz kurzer Dauer ist.

Am schlechtesten von allen Straßenbahnbediensteten sind die Wagenwäscher gestellt; ihre Thätigkeit geht zum größten Teil in der Nacht vor sich, da die Wagen am Tage unterwegs sind. Die erste Reinigung erfolgt in der Hauptsache durch Ueberziehen der Wagen von außen mit kaltem Wasser, das dann wieder abgetropft wird. Dabei läßt sich natürlich nicht vermeiden, daß die Leute selbst noch und schmutzig werden. Ramentlich im Winter ist diese Arbeit eine recht unangenehme; es findet daher auch ein schneller Wechsel unter den Wagenwäschern statt. Bei der Großen Berliner Straßen-bahn arbeiten sie von 10 Uhr abends bis 1/10 Uhr morgens, bei Siemens u. Halske von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Kleine Pausen liegen zwar dazwischen, jedoch können dieselben als besondere Erholung nicht angesehen werden.

Was man ein richtiges Bild über die Arbeitszeit des Personals erlangen, so darf man sich nicht nach den von den Unter-nehmern aufgestellten Dienstverteilungs-Plänen allein richten, sondern man muß auch bei den Angestellten selbst Er-hebungen anstellen. Hierbei aber stößt man gewöhnlich auf Schwierigkeiten, weil den Leuten die Wahrung des Dienstgeheim-nisses“ streng anbefohlen wird. Bei Strafe sofortiger Entlassung ist es ihnen vielfach verboten, irgendwelche Auskunft an Uebersonen zu geben. Man wird dies Verbot vom Standpunkt der Direktionen aus als berechtigt anerkennen, denn diese haben alle Ursache, die überaus lange Ausnutzung des Personals zu verheimlichen.

lokales.

Die Harmlosigkeit der Waldverwüster.

Zu der Nachricht, daß der Forstfiskus drauf und dran ist seine seit längerer Zeit gehegte Absicht der Veräußerung ver-schiedener Forstländereien in der Umgebung Ver-lins — der Schönholzer Heide, der Waldungen bei Nieder-Schöne-weide, der Wühlheide bei Karlshorst — zu verwirklichen, wird jetzt eine Beschäftigungsbewegung verbreitet. Danach würde es sich bei den geplanten Waldverkäufen um etwas ganz Harmloses handeln. Zur Veranschaulichung läge nicht der geringste Anlaß vor — im Gegentheil: man müßte dem Forstfiskus sogar noch dankbar dafür sein, wenn er wirklich dazu schreiten sollte, die oben genannten Waldungen an Terrainpächtern zu veräußern und sie damit dem Schicksal der Abholzung zu überliefern.

Eine Entscheidung über den Verkauf der betreffenden Ländereien sei, so wird versichert, noch nicht erfolgt. Wichtig sei ja, daß bei der Domänenverwaltung eine gewisse Geneigtheit besteht, solche Forst-ländereien in der Nähe von Berlin, die forstlich einen geringen Wert haben und in der unmittelbaren Umgebung von schnell zur Ent-wicklung gekommenen Vororten belegen sind, zu deren baulicher Er-weiterung zu veräußern. Was die Forstgebiete an der Spree, bei Nieder-Schöne-weide usw. betreffe, so sei man in Regierungskreisen der Ansicht, daß diese wegen der Nähe der vielen industriellen An-lagen, deren Ausdünstungen die Vegetation stark beeinträchtigen, den Zweck der Bevölkerung zur Erholung zu dienen, doch nur sehr un-zureichend erfüllen. Die Regierung habe indes die Absicht, für die etwa zum Verkauf kommenden Forstländereien in etwas weiterer Entfernung von Berlin zur Anlage von Erholungsstätten durch Erschließung bzw. Erwerbung anderer Forstgebiete einen mehr als ausreichenden Ersatz zu schaffen. Was im Westen der Grunewald als Erholungsstätte bedeute, solle auch naderwos in der Umgebung Berlins geboten werden. Hierzu wolle man zum Teil die aus dem Verkauf der oben bezeichneten Forsten erzielten Mittel verwenden.

Aus dieser ganzen Anflammer verdient Beachtung nur das Ge-ständnis, daß „eine gewisse Geneigtheit“ besteht, Forst-ländereien in der Umgebung Berlins zu veräußern. Gegen diese Absicht müßte selbst dann Einspruch erhoben werden, wenn wirklich darauf zu rechnen wäre, daß irgendwo „in etwas weiterer Entfernung von Berlin“ für die verwüsteten Waldungen Ersatz geschaffen würde. Die zur Abholzung aus-ersehenen Forsten bei Niederschöne-weide, Karlshorst und Schönholz können sämtlich durch eine kurze 10-Pfennigsfahrt mit der Eisenbahn erreicht werden; Niederschöne-weide vom Görtzger und vom Schlesischen Bahnhof, Karlshorst vom Schlesischen Bahnhof, Schönholz vom Stettiner Bahnhof (außerdem auch auf verschiedenen Straßenbahnlinien). Jede weiter hinaus liegende Erholungsstätte wäre nur mit größerem Zeitverlust und für höheres Fahrgehalt zu erreichen, müßte also für einen großen Teil der erholungs-bedürftigen Bevölkerung Berlins ungenügend sein. So vor-n-herin außer Betracht bleiben. So einwandfrei in hygienischer Hinsicht, so reich an landwirtschaftlichen Reizen der in

Ausficht gestellte Ersatz auch sein möchte: die weniger be-mittelte Bevölkerung hätte kaum Anlaß, dem um die Er-holung der Berliner angeblich so sehr besorgten Forstfiskus zu danken. Sie könnte ja doch nur in ganz geringem Umfange davon Gebrauch machen.

Im übrigen wird man gut thun, an die Harmlosigkeit der Ab-sichten des beschwichtigungsreichen Fiskus nicht zu glauben und nicht darauf zu bauen, daß ernsthaft geplant sei, für die verschächerten und verwüsteten Wälder Ersatz zu gewähren. Welches sind denn „die anderen Forstländereien“, die zu diesem Zweck er-schlossen beziehungsweise erst erworben (!) werden sollen? In „etwas weiterer Entfernung von Berlin“ sollen sie zu suchen sein?! Wo denn? Wir fürchten, das werden Wälder sein, die auf dem Monde liegen.

Was ist mit Ackermann in der Stadtvogtei geschehen?

Diese Frage muß sich jedermann aufdrängen, der die anscheinend inspirierte, freuz- und leibenschöne „Aufklärung“ über den Tod des Kohlenhändlers Ackermann zu Gesicht bekam. Wie wir bereits mitteilten, versucht man die Oeffentlichkeit durch eine fabel-hafte Deliriums-Geschichte zu „beruhigen“, im übrigen aber schiebt einer die Schuld auf den andern. Die Direktion der Jren-Anstalt Herzberge beruft sich auf den von der Polizei lüdenhaft ausgefüllten „Personals-bogen“ des Verstorbenen, infolgedessen sie der Witwe keine Nachricht von dem Ableben ihres Mannes habe geben können. In dieser Darstellung liegt nichts wie eine leere Kuschelerei, denn der sogenannte Personalsbogen enthielt die volle Adresse Ackermanns, die am Sonntag, den 20. Juli, dessen Frau liegend vorgelesen wurde, als sie sich in der Jrenanstalt nach dem Schicksal ihres Mannes erkundigte. Wenn nun auf dem Begleitschein eine Angabe darüber fehlte, ob der Ein-gelieferte verheiratet oder ledig sei, so wurde die Leitung der Jren-anstalt damit keineswegs der Verpflichtung enthoben, den erfolgten Tod desselben nach seiner Wohnung zu melden. Sie hatte kein Recht, die Leiche ohne weiteres einscharrn zu lassen, sondern mußte sich unter allen Umständen nach etwa vorhandenen Angehörigen erkundigen, was überdies auch mit keinerlei Schwierig-keiten verbunden war. Auf der Leitung der Jren-anstalt Herzberge ruht somit ein für allemal der Vorwurf grober Rachlässigkeit, der weder durch faule Ausfüllung noch durch Deliriumsfabeln abzuwaschen ist. Da man sich auch über die zerrissenen Kleidungsstücke des Verstorbenen gänzlich ausschweigt, so ist der Rechtfertigungs-versuch von dieser Seite als völlig mißlungen zu betrachten.

Nun aber entsteht eine andere Frage. Weshalb schweigt auch die der Staatsanwaltschaft unterstellte Verwaltung der Stadtvogtei? Während sich die Leitung der Jrenanstalt wenigstens noch schlecht und recht abmüht, ihre Rachlässigkeit in einem möglichst milden Lichte erscheinen zu lassen, verhält sich die Verwaltung der Stadtvogtei mäusehähnlich. Und doch hätte sie eine mindestens ebenso große Ver-pflichtung, sich zu rechtfertigen, wie jene. Warum hat man von hier aus der Frau keine Mit-teilung von der Erkrankung ihres Mannes ge-macht? Warnte man etwa auch hier nicht, daß der Mann verheiratet war? War Ackermann schon krank, als er sich zur Verbüßung seiner Strafe meldete, oder machte sich die Erkrankung erst im Laufe jener drei Tage bemerkbar, und wie äußerte sich sein Zustand? Ferner: Wer hat konstatiert, daß der Mann geisteskrank geworden war? Ist er in der Stadtvogtei ärztlich untersucht worden? Wer hat seine Ueberführung nach der Jrenanstalt angeordnet? Schließlich: Waren seine Kleider schon in der Stadtvogtei in dieser auffälligen Weise zerrissen? Die Beantwortung dieser Frage wäre um so notwendiger, als von Tag zu Tag mehr Stimmen laut werden, die den Tod Ackermanns den sonder-barsten Umständen zuschreiben. Ein Wunder ist es sicher nicht, denn die eigenartigen Umstände, unter denen die Erkrankung, der Tod und die Beerdigung erfolgten, muß thatsächlich zu den gewagtesten Vermutungen führen. Wann also wird die Verwaltung der Stadtvogtei reden? Und wann wird endlich eine direkte und offizielle Erklärung abgegeben werden?

Berlin das größte okefische Dorf. Für sein Nieselgut Diederichsdorf sucht Berlin einen Lehrer durch folgende Bekanntmachung in Nr. 175 des „Teltower Kreisblattes“:

Bekanntmachung. Die Stelle eines Lehrers an der unter unserm Patronate stehenden Schule zu Diederichsdorf bei Mahlow, Kreis Teltow, soll zum 1. Oktober d. J. neu besetzt werden. Mit der Stelle ist ein bares Dienstfehlkommen von 875 Mark, Alterszulagen von je 120 M. und eine Dienstwohnung, bestehend aus einer Stube, einer Kammer und einer Küche im Werte von 90 M. verbunden. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und einer beglaubigten Abschrift ihrer Zeugnisse bis spätestens 15. August 1902 bei der unterzeichneten Verwaltung hier — Neue Friedrichstraße 9/10 — einreichen. Ob Anzugskosten gewährt werden, bleibt späterer Entscheidung vorbehalten. Berlin, den 23. Juli 1902.

Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Nieselfelder. gez. Marzgraf.

Berlin bietet seinem Lehrer also 875 M., d. h. 2,40 M. pro Tag und eine Wohnung im Werte von 90 M. Ob bei diesem horrenden Gehalt noch die Anzugskosten gezahlt werden, behält sich der Magistrat vor. Wer von den Lehrern nun nicht freisinnig wird, dem ist nicht zu helfen! —

Zwei mutmaßliche Mädchenhändler wurden am Donnerstag früh von der Kriminalpolizei festgenommen, kurz bevor sie ihre Kreise mit den angeworbenen Mädchen antreten konnten. Seit einiger Zeit hielten sich hier in Berlin zwei Männer auf, die in einem Hause der Universitätsstraße Wohnung genommen hatten und in mehreren Blättern junge Damen als Tänzerinnen für das Aus-land suchten mit dem Hinzufügen, daß Vorkenntnisse nicht erforderlich seien. Sie bezeichneten sich als den ehemaligen Tänzer Max Wachs-mann und den früheren Direktor Paul und geben vor, für das Tivoli-Etablissement in Amsterdam die jungen Mädchen anzuwerben. Die Ausbildung sollte der Tänzer Wachs-mann inner-halb 14 Tagen bewirken. Die Anknüpfungen in den Zeitungen waren der Behörde aufgefallen, die nun ihre eingehenden Beob-achtungen anstellte. Von der Anzahl der sich meldenden Mädchen wählten die Agenten sich neun aus; dabei waren ein hübsches Neuhäuser, ein möglichst jugendliches Alter und gute Kleidung aus-schlaggebend. Die Adresse sollte am Donnerstag früh erfolgen, wie die polizeilichen Nachforschungen ergaben. Die 9 angeworbenen jungen Mädchen waren in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße untergebracht und sollten nach dem Bahnsteig geführt werden. Hier aber wartete schon die Polizei, die die beiden Werber an der Aus-



führung ihrer Arbeit verhinderte und bis zur genauen Klärung der Angelegenheit sicherstellte.

Eine weitverzweigte Betrügerbande entwickelt seit einiger Zeit ihre unheimliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Stellenvermittlungswesens. Sie hat Agenten in Berlin, Paris, London, Budapest und Wien und sucht durch ganz harmlos abgefaßte Inserate in den großen Berliner Tageszeitungen sowie in den besten Provinzialblättern Leute, die sich zum Adressenschreiben, Auskunfts-Einholen und ähnlichen leichten Arbeiten eignen. Diese Gesuche bezwecken lediglich die betrügerische Ausbeutung leichtgläubiger Leute. Ein junger Mann aus der Invalidenstraße schrieb auf ein solches Inserat hin und belaus sofort aus Wien einen großen Scheinbrief, der die Zukunft des Stellensuchenden in rosigen Farben ausmalte. Es wurde u. a. ein postnumerando zahlbares Aufnahmehalt von 150 M. in Aussicht gestellt. Als einzige Bedingung, die der Chef stellte, war das Abonnement auf die wöchentlich erscheinende „Informationsliste“, deren Abonnementbetrag von dreißig Mark p. a. infolge der hohen Druckkosten im voraus zu zahlen sei. Der junge Mensch ließ auf den Schein an und opferte die dreißig Mark vor vier Wochen, hat jedoch bis heute noch keine Informationsliste erhalten. Auf Reklamationen wurde ebenfalls nicht geantwortet. Die angegebenen Adressen sind meist falsch. (Wohladressen.) Ebenfalls findet man jetzt in den Zeitungen Inserate, wonach für die neuen englischen Kolonien in Südafrika junge Leute aller Stände gesucht werden. Da die Anstellungsbedingungen verlockend geschildert werden, so ist mancher junge Mensch auf die Angebote eingegangen. Behörden seitens ist aber festgestellt, daß die unter irgend einer Chiffre erlassenen Anzeigen von einem Institut zur Förderung und Hebung der Kultur in Afrika, Karl Schulze, München, Holzmarktstr. 35, ausgehen. Dieser entpuppte sich nach einer Mitteilung der Polizeidirektion als ein gefährlicher Stellenvermittlungsschwindler, weshalb seine Verhaftung erfolgte.

Die Versandung der Spree, welche besonders im Oberlauf des Flusses zwischen Rottbusch und Finken sich bemerkbar macht, so daß dort der Schiffsahrtverlehr schon häufig erschwert wurde, ist nun auch in Berlin innerhalb des Weichbildes eingetreten. An der Ankerstelle für die Obstläden an der Friedrichsbrücke hat eine derartige Sandablagerung stattgefunden, daß selbst bei mittlerem Wasserstande das rechtsseitige Flußbett aus den Finten hervortritt. Es hat sich die Notwendigkeit einer sofortigen Ausbaggerung des Flußbettes im Interesse der nun bald wieder eintreffenden Obstläden herausgestellt, um diesen die Landung zu ermöglichen.

Neunzehn Personen vermißt. Im Monat Juli sind innerhalb des Polizeibezirks Berlin neunzehn Personen als vermißt gemeldet worden, von denen sich acht wieder bei ihren Angehörigen eingefunden haben. Fünf der Vermissten sind als Leichen aufgefunden worden. Bei vier der Toten, darunter der Schlosser Neglass, welcher in der Havel bei Gatow gelandet wurde, scheint nach den bisherigen amtlichen Feststellungen Selbstmord vorzuliegen, während der Hotelbedienter Lens vermutlich beim Baden an verborgener Stelle ertrunken ist. Von sechs Verschwundenen konnte der Verbleib derselben bisher nicht ermittelt werden. Von acht im Monat Juni verschwundenen Personen, über deren Aufenthalt bis Anfang Juli nichts entdeckt werden konnte, haben sich nachträglich wieder fünf bei ihren Angehörigen eingefunden. Zwei der Vermissten, welche als Leichen aufgefunden wurden, haben Selbstmord verübt, während über den Verbleib einer Person trotz der sorgfältigsten polizeilichen Recherchen bisher nichts ermittelt werden konnte.

Schwerer Radfahrer-Unfall. Tödlich verunglückt ist gestern abend der Handlungsangestellte Bernide aus Berlin, welcher eine Anzahl Kunden in den nördlichen Vororten besucht hatte und zur Zurücklegung der Tour sich eines Zweirades bediente. Er trat abends gegen 9 Uhr in anscheinend etwas angetrunkenem Zustande von Schönwalde aus die Radfahrt an und jagte in größter Schnelligkeit mit seiner Maschine die nach Franz-Buchholz fahrende Chaussee entlang. Er hatte etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt, als der junge Kaufmann mit voller Gewalt gegen einen Pfeiler anfuhr. Das Zweirad zertrümmerte und B. stürzte kopfüber auf einen Streifen Chausseesteine, wo er bestunntungslos liegen blieb. Hier wurde der Verwundete von anderen des Weges kommenden Radfahrern aufgefunden und nach französisch-Buchholz gebracht. Ein dort hinzugezogener Arzt stellte fest, daß B. eine Schädelverletzung, Gehirnerschütterung und innere Verletzungen erlitten hatte und veranlaßte seine sofortige Ueberführung nach dem Weichenseer Victoria-Krankenhaus, wohin er noch in der Nacht in fast hoffnungslosem Zustande gebracht wurde. Es dürfte wohl kaum möglich sein, B., welcher noch immer bestunntungslos daniederliegt, am Leben zu erhalten.

Unfälle im Straßenbetriebe. Ein fesselamer Unfall trat gestern nachmittags gegen 5 Uhr in Reinickendorf zu. In der Meißenerstraße, Ecke der Justusstraße verlor die Droschke Nr. 11 wohnende Gerber Schmidt von der Vorderplattform des in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens 2099 der Linie Kreuzberg-Schönholz abzuspringen, kam zu Fall und blieb neben dem Wagen liegen. Der Fahrer gab sofort Gegenstrom. In diesem Augenblick wollte ebenfalls in der Fahrt der Reinickendorf, Willestraße 1, wohnende Klein Schmidt von dem Droschi-Anhängerwagen 639 absteigen; er stieg die Treppe an der Hinterplattform hinunter, bekam anscheinend durch den Gegenstrom einen elektrischen Schlag und fiel über die Hinterplattform hinweg auf das Straßenpflaster. Beide Personen erlitten glücklicherweise nur unbedeutende Kontusionen und konnten sich nach ihren Wohnungen begeben. — Nachmittags um 3 Uhr kreuzte unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen ein dem Führer Weisenbögen gehöriger, mit Holzlaten beladener Arbeitswagen am Neuen Markt das Geleis. Dem Straßenbahnfahrer Geisler gelang es zwar, seinen Zug zum Stehen zu bringen und einen Zusammenstoß zu vermeiden. G. wurde jedoch von der weit überragenden Ladung des Arbeitswagens erfasst und erlitt eine Quetschung des rechten Oberarmes. Er wurde nach der Unfallstation in der Praterstraße gebracht. — Abends um 8 Uhr passierte der Kaufmann Paul Freitag, Dragonerstr. 15, auf einem Zweirade die Schönhauser Allee. Vor dem Hause Nr. 1 des Straßenzuges stürzte sein Rad und fiel mit dem Kopf gegen die linke Seite des Anhängers eines gerade vorbeifahrenden Straßenbahnwagens der Linie Wrig-Nordend. Er erlitt eine Kopfverletzung und erhielt auf der Unfallstation in der Kastanien-Allee die erste Hilfe.

Mit einer schweren Kopfwunde aufgefunden wurde am Donnerstagabend um 9 Uhr der 35 Jahre alte Lokomotivführer Paul Kuba, der am Spandauer Berg 18 zu Charlottenburg wohnte und auf dem Bahnhof Charlottenburg als Reiserestaurant angestellt war. Während der dienstfreien Zeit entdeckte man seine Leiche auf einer Steintreppe; sein Hinterkopf wies eine erhebliche Wunde auf. Zunächst wird angenommen, daß zu dem Fall noch ein Herzschlag hinzugekommen ist, da Kuba infolge zweier kleiner Eisenbahnunfälle sehr schreckhaft geworden war. Seine Leiche wurde im Schauhaus untergebracht.

An Brandwunden gestorben ist die 29 Jahre alte Köchin Ernestine Bannert, die bei einem Bankbeamten in der Friedrich-Wilhelmsstraße in Stellung war. Abends um 10 Uhr silvorte sie mit einer Räucherkerze in der Hand auf der Treppe, die Petroleumfüllung explodierte und setzte die Kleider des Mädchens in Flammen. Als auf ihre Schreie Hilfe herbeieilte und das Feuer erlosch, war sie bereits am ganzen Körper schwer verbrannt. Trotz der sorgfältigsten Behandlung im Elisabeth-Krankenhaus erlag das Mädchen den Verletzungen.

Traurige Folgen hat ein Lustmordversuch gehabt, der am 25. Juni v. J. in einem Vorort von Rom in der jetzt 19 Jahre alten Fräulein Minna Kubat aus der Gellertstr. 43 verübt wurde. Der Fall erregte damals großes Aufsehen, der Täter wurde verhaftet und bestraft. Dem Fräulein Kubat wurde bei dem Mordversuch der Kehlkopf eingedrückt. Schwere Krankheit wurde das junge Mädchen in das Königer Krankenhaus gebracht und dort einer

Operation unterzogen. Nach einiger Zeit ergab sich die Notwendigkeit eines zweiten ärztlichen Eingriffs, die Gefahr für das Leben in sich schloß. Aus diesem Grunde wurde Fräulein Kubat, das nicht sprechen konnte, mit dem Einverständnis des Vormundschaftsgerichts durch Vermittelung des Königer Magistrats einer sehr bekannten Autorität in Berlin zugeführt. Ihre Behandlung hat von Mitte September v. J. bis jetzt gedauert. Obwohl ihr Leben nicht mehr in Frage steht, kann sie sich der Sprache nur mit Hilfe einer Kanüle und nur im unvollkommenen Maße bedienen. Ihre ärztliche Behandlung ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch erscheint fraglich, ob noch weitere Erfolge erzielt werden können. Fr. K. wohnt hier bei ihrem Bruder.

Straßenverengungen wegen des Bubbels. Wie das Polizeipräsidium bekannt gibt, werden der Strenzdamen Schloßplatz-Vreitestraße und die Schanzenstraße von der Bohlen- bis zur Kleberstraße behufs Ausführung von Unterleitungsarbeiten von heute ab bis zum 20. August d. J. für Fußverke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Freitag früh kam Griebenowstraße 28 ein Wohnungsbrand aus, der Möbel und Kleider einäscherte. Gleichzeitig war Friesenstraße 5 ein Pechbleiendbrand abzulösen. Daselbst war Fiedrichstraße 28 der Fall. In der Admiralstraße 18 hatte Celluloid in einer Glacerei Feuer gefangen, das anfangs einen großen Umfang annehmen drohte, durch energisches Eingreifen der Wehr aber noch rechtzeitig erlosch werden konnte. Grannstraße 12 gingen Kleidungsstücke in Flammen auf. Ein Alarm nach Schilderstraße 1 betraf einen unbedeutenden Brand.

Die Freie Volkshöhle wählte für das Spieljahr 1902/1903 als künstlerischen Leiter Direktor Adolf Steinert, ihren früheren bewährten Oberregisseur. — Die Vorstellungen beginnen am Sonntag, den 31. August, im Metropol-Theater und folgen für 14 Abteilungen hintereinander. Zur Aufzählung gelangt zunächst „John Gabriel Borkmann“ von Genet Ibsen, und für die zweite Serie im Lessing-Theater am 14. September Maxim Gorki's „Die Kleinbürger“, Schauspiel in 4 Aufzügen (deutsch von August Scholz).

Kinderspiele. Am Sonntagvormittag von 9 bis 11 1/2 Uhr finden wiederum die vom Turnverein Fichte geleiteten Kinderspiele für Knaben und Mädchen statt und zwar für den Nordost-Bezirk auf dem Sportplatz „Friedrichshain“, Treffpunkt: Randberger-Platz am Krieger-Denkmal; Südost-Bezirk auf dem öffentlichen Spielplatz im Treppenhof Park, Treffpunkt: Oberfischeren-Brücke am Silesischen Park; Nord-Bezirk in der Jungfernhöhe beim Förstler-Schule, Treffpunkt: Bahnhof Wesselsstraße. Anmarsch für alle Bezirke zu den Spielplätzen Punkt 8 1/2 Uhr. Um nun einen recht würdigen und für die Kinder erinnerungswürdigen Abschluß unserer diesjährigen Spiele zu erzielen, werden am Sonntag, den 10. August die Spiele in Form eines Kinderspielfestes veranstaltet werden. Zu diesem Zweck findet nachmittags 2 Uhr an den bekannten Treffpunkten die Versammlung statt, worauf in Begleitung der Eltern zu den Plätzen marschiert wird, um nach gemeinschaftlichem Kaffeestaus unter Spiel und Gesang den Nachmittag recht fröhlich und heiter zu verleben.

Das erste allgemeine Arbeiter-Sportfest, welches morgen Sonntag in Friedrichshagen stattfindet, beginnt bekanntlich früh 8 Uhr. Während der Vormittagsstunden fahren die einzelnen Sportgruppen an und wird sich dem bereits um 12 Uhr die Segelregatta als Eröffnung des Hauptprogramms anschließen. Der Segelregatta folgt die der Ruderer, und ohne Unterbrechung werden sich die Vorführungen der übrigen Gruppen anreihen. Das Programm ist ein reichhaltiges und wird jeden Festteilnehmer befriedigen.

#### Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Nixdorf und Britz machen wir auf das am 8. August bei Britz stattfindende, vom Socialdemokratischen Wahlverein Nixdorf arrangierte Sommerfest aufmerksam. Näheres siehe heutiges Inserat.

Pankow. Große Aufregung herrscht in den Reihen der hiesigen Bürgerchaft über ein Projekt, das entweder auf die eine oder andere Weise gelöst werden muß. Es handelt sich um die Abwässer untes Ortes, welche bis jetzt nach dem Röhner-Kothese System geleitet wurden. Diese Einrichtung ist durch die Vergrößerung untes Ortes an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Der Gemeindevorstand hat der Gemeindevertretung vorgeschlagen, das Gut Mühlenberg zum Preise von 820 000 Mark zu käuflich zu erwerben. Das ganze Projekt kostet zwei Millionen und bedeutet eine starke Belastung der Gemeinde. Eine große Unklarheit herrscht darüber, welchem System man sich zuwenden soll. Da das Röhner-Kothese System von der Regierung nicht mehr konfessioniert wird, wollen einige das Kothese-Verfahren angewendet wissen, während andre, unter diesen Professor Mendel, unter allen Umständen die Stadt Berlin zwingen wollen, ihre Abwässer aufzunehmen. Der Herr Professor will die Verreinigung der Kanäle durch die Berliner Miesfelder dazu benutzen, um diesen Zwang auszuüben, verzagt aber dabei, daß wir mit unserer Mäcenatage auch ein rechtlich Teil zur Verpeilung dieses Flußlaufes beitragen.

Frägt man sich nun, weshalb die Herren, die im vorigen Jahre den luxuriösen Rothausbau bewilligt haben, nicht für eine hygienische Einrichtung zu haben sind, die für die ganze Bevölkerung untes Ortes in gesundheitlicher Beziehung von größter Bedeutung ist, so ist die Antwort, die Steuerkraft werde überlastet, das heißt, die Betriebskosten zu dieser Einrichtung müßten erhöht werden und die Herren Grundbesitzer müßten statt 1/4, 2/3 oder 3 Pro. bezahlen. Durch den Rothausbau und die dadurch erfolgte Durchlegung der neuen Schönholzerstraße haben die Herren sich Werte geschaffen, welche Millionen betragen, aber gegen neue Steuern lehnen man sich auf. Es muß hier besonders hervorgehoben werden, daß man sich der Unzulänglichkeit untes Kanalisation schon seit zwei Jahren bewußt war, daß aber, um das Rothausprojekt nicht zu gefährden, die Angelegenheit geheim gehalten wurde, man hätte doch sonst das Rothaus nicht bewilligt erhalten. Das ist die Kommunalpolitik des hiesigen Rats, wie sie überaus zu Tage tritt. Die drei socialdemokratischen Genossen in der Gemeindevertretung bilden das Bürglein an der Woge. Während einerseits die Steuerverhältnisse in Betracht gezogen werden müssen, da die Herren Grundbesitzer es verstehen, die Kosten auf die Mieter abzuwälzen, kommt andererseits die Gesundheitspflege in Betracht, und die Frage der Entwässerung bildet einen wichtigen Faktor dieser Gesundheitspflege. — Das Gut Mühlenberg, welches 1500 Morgen groß ist, erwarb der jetzige Besitzer Mehlanen vor ungefähr sechs Jahren zu dem Preise von 400 000 M.; jetzt soll es 820 000 M. kosten. Das ist in dem kurzen Zeitraum ein Gewinn von über hundert Prozent. Arme noleidende Landwirtschaft!

Die Errichtung des Gewerbegerichts ist nunmehr wieder einen Schritt der Verwirklichung näher gerückt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden als Vorsitzende die Herren Reuter Conradt und Baal gewählt, welche die Wahl erst nach längerem Zögern annehmen. Nach der nun vollzogenen Wahl gehen die Alten wieder ihren Weg zu den in Betracht kommenden Verwaltungsbehörden, alsdann werden die beiden Vorsitzenden beauftragt resp. vereidigt. Sind diese Formalitäten erledigt, so werden ja wohl die Bahnen der Reifer vor sich gehen. Auf eine von unsrer Seite gestellte mahnende Frage, ob das Gericht am 1. Oktober in Tätigkeit treten konnte, wurde im bejahenden Sinne beantwortet.

Lichtenberg. Der Landrat des Niederbarnimer Kreises befragt sich in einer Besammlungs des „Kreisblatts“, daß die Orts-Polizeibehörden die Meldungen von Unfällen in gewerblichen Betrieben an die Gewerbe-Inspektoren nicht mit der erwünschten Schnelligkeit erfolgen lassen und schreibt eventuelle telegraphische Meldung bedeutenderer Unfälle vor. Gleichzeitig teilt der Landrat mit, daß die Einrichtung der Vertrauensmänner für den Bezirk der Sektion III der Norddeutschen Holz-Versicherungsgesellschaft aufgehoben sei. — Im Schlachthaus des Schlächtermeisters W. Hiller hier wurde in diesen Tagen das Fleisch eines an Milzbrand erkrankten

Kindes durch das hiesige Fleischschau-Amt beschlagnahmt und der Abdecker überwiegen. Es soll dies der dritte Fall von Milzbrand in den letzten sechs Jahren sein, der hier an von Berlin in die hiesigen Privat-Schlachthäuser gebrachten Tieren festgestellt wurde.

Nauen. Nach bürgerlichen Blättern haben die Stadtverordneten in dem Städtischen Nauen einen Weltrekord aufgestellt. Fünf Punkte der Tagesordnung ihrer Sitzung am Ende voriger Woche wurden in — 16 Minuten, also 1/4 Stunde 1 Minute, erledigt! Zur Verhandlung standen: 1. Rassen-Revisionsprotokolle. 2. Wahl eines besoldeten Bezirksvorstehers. 3. Beschlußfassung über das Statut der Nauerer Fortbildungsschule. 4. Verbesserungen im städtischen Krankenhaus und 5. Verschiedenes! — Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Bismarck wurden in diesen Tagen in einem Orte der Neumark — Schönfließ — von einem Genarmen von einem Lagerplatz gewiesen, auf dem sie ein Feuer angezündet hatten. Nach dem Hörtzeuge der Gesellschaft stellte sich heraus, daß die braunen Söhne der Posta einen Schwelnefabrik auf dem Hofe der Abdecker aufgestellt und mitgenommen hatten und ihn gerade zugubereiten im Begriffe waren. Eine wunderliche Ordnung muß allerdings bei dem Abdecker herrschen!

In der Fälschungssache des Stadtverordneten Wehe und seines Schwagers, des Geschäftsbüchlers Säuberling in Spandau, erfährt ein Berliner Blatt, daß für den letzten seine vorgesezte Behörde, die Direktion der Geschäftsbücherei, ein ausgezeichnetes Leumundstest beim Gericht eingereicht hat. Zu der Verhaftung hat folgender tatsächlicher Vorgang Anlaß gegeben: Bei Wehe war auf Verreiben eines Gläubigers gepfändet worden. Sein Schwager Säuberling intervenierte, indem er behauptete, die betreffenden Gegenstände wären ihm schon lange Zeit vorher für eine Forderung übereignet worden. Zum Beweise wurde von beiden eine eidesstattliche Versicherung abgegeben; außerdem reichten sie ein Schriftstück auf einem Stempelbogen ein, das, wie der Augenschein ergab, erst kürzlich angefertigt, durch eine Kadierung aber auf 1896 zurückdatiert war. Hierdurch war allem Anschein nach eine Täuschung beabsichtigt. Die Beschuldigten bestritten, jene Kadierung vorgenommen zu haben.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag in das Warenhaus von M. Fisch zu Spandau, das gegenwärtig im Umbau begriffen ist, verübt. Nach Vereitigung einer eheernen Gittertür erbrachen die Diebe einen Schrank mit Uhren, den sie fast völlig ausräumten. Nur einige billige Ketten ließen sie zurück. Wunderbar ist nur, daß die Diebe bei ihrer immerhin zeitraubenden Arbeit weder von den Wächtern noch Passanten gestört worden sind. Die Spandauer Polizei, die schon oft schöne Proben ihrer Findigkeit abgelegt, dürfte den Dieben aber doch sehr bald auf die Spur kommen!

#### Verfassungen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am 25. Juli seine Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende Thoma's erstattete den Geschäftsbericht; danach wurden im 2. Quartal 1902 durch den kostenlosen Arbeitsnachweis vermittelt 258 feste und 4631 Stellen zur Ausfülle. Nach den niedrigsten ordnungsbüchlichen Vermittlungsgebühren berechnet, beträgt die Summe 2685,50 M., welche den Kommissionären entfallen wurde. Den Kassendirektor gab Reiske. Es wurden im 2. Quartal 1902 (inkl. des Bestandes vom 1. Quartal im Betrage von 538,75 M.) insgesamt 3224,10 M. vereinnahmt gegen eine Ausgabe von 2800,65 M. Zur Ersetzung des Vorstandes werden an Stelle Rool und Bod Herzberg und Gebhardt einstimmig gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. August, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, R. L. Franzstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags abendseßlich: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Bergpredigt I“ — Wähe, Damen und Herren, sehr willkommen.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßalund-Franzburg-Rügen. Sitzung am Sonntag, den 3. August, vormittags 10 Uhr, bei Ramlow, Schönhauser Allee 135. Herren als Gäste willkommen.

#### Vermischtes.

Ein entsetzliches Ehebruchdrama hat sich in Tangermünde abgepielt. Die Frau des Dachdeckers Waacke hatte vor längerer Zeit ihren Mann verlassen und war mit ihren beiden Kindern von vier und sechs Jahren zu dem Baumunternehmer Sprenger gezogen, mit dem sie ein Verhältnis einging. Waacke verachtete öfter, seine Frau zur Mitlehr in seine Wohnung zu bewegen. Die Vermählungen blieben aber ohne Erfolg. Sprenger selbst lebte von seiner eignen Frau getrennt. Gestern stieg nun Waacke mit einem Revolver bewaffnet durch ein Fenster in Sprengers Wohnung ein; er erblickte zuerst seine Frau, die er zu Boden schleuderte. Darauf feuerte er einen Schuß auf sie ab, der sie am Kopf verletzte. Hierauf jagte er seinem vierjährigen Sohn Fritz eine Kugel in das linke Auge und schloß schließlich auf seinen sechsjährigen Sohn Hermann. Wie ein Raubtier stürzte er dann auf dem Hause und ließ, die noch im Revolver befindlichen Patronen abfeuernd, ans Elbufer, wo er in den Fluß sprang. Er fand seinen Tod in den Fluten. Während der vierjährigen Anabe lebensgefährlich verlegt ist, haben die Frau und der andre Knabe nur leichte Verwundungen davongetragen.

Im Ballon über die Ostsee. Ueber die Landung des am Dienstagvormittag 4 Uhr zu einer Dauerfahrt in Stockholm aufgestiegenen Ungeländes Ballons erfährt „Stockholms Tidningen“, daß der Ballon am Mittwochmorgen 6 1/2 Uhr ungefähr 150 Meilen von der Stadt Nowgorod-Weiß in der Erdboden erreichte. Der Niederstieg war äußerst schwierig, da die Gegend öde und das Gelände bewaldet und lumpy war. Die Luftschiffer landeten jedoch ohne Unfall und erhielten Hilfe von hinzukommenden Personen. Donnerstag nachmittags gelangten die Luftschiffer nach Nowgorod-Weiß. Die Fahrt über die Ostsee war von günstigen Winden unterstützt worden und ohne Schwierigkeit von staten gegangen.

Furchbare Grubenkatastrophe. In der Kohlengrube Ronnt Rembla bei Wollongong (Neu-Süd-wales) ereignete sich eine furchbare Explosion. Bereits sind 27 Leichen geborgen; 149 Personen wurden gerettet, doch dürften noch 100 Arbeiter verschüttet sein und die Hoffnung, sie zu retten, ist äußerst gering. Die Grube an der Schachtmündung zerstört und ein Teil der Kohlengrube ist in Brand geraten. — Das Parlament von Neu-Süd-wales vertagte sich beim Eintreffen der Unglücksnachricht.

Einsturzgefahr des Glodenturms von St. Stefano. Aus Venedig wird gemeldet: Das Stadtbauamt hat nach genauer Untersuchung des Glodenturms der Kirche von St. Stefano die sofortige Räumung der umliegenden Wohngebäude im Umkreise von beiläufig hundert Metern wegen großer Einsturzgefahr des Glodenturms verfügt. An dem Turm selbst, dessen Fundament vollkommen unversehrt geblieben ist, zeigen sich dieselben Mauerreisse, wie sie am Campanile von San Marco beobachtet wurden. Das Mauerwerk löst sich in größeren und kleineren Trümmern vom Baue ab und stürzt zum Schreden der in den benachbarten, nicht geräumten Häusern wohnenden Parteien unter donnerähnlichem Krachen in die Tiefe. In der Stadt selbst herrscht große Beunruhigung, da man sich allenthalben unsicher zu fühlen beginnt. Die Kirche von San Stefano bildet den Mittelpunkt des gleichnamigen Stadtteiles eines kleinen Vorortes der Stadt. Der Turm ist mehrere Jahrhunderte alt, wurde aber viel später als der Campanile von San Marco errichtet.

Von der West- Bremerhaven, 1. August. Nach einer Bekanntmachung des Quarantänenamtes ist auf Wabagast die West ausgebrochen. Die aus dortigen Häfen kommenden Schiffe unterliegen gesundheitspolizeilicher Kontrolle.